

Hartwig Bernitt

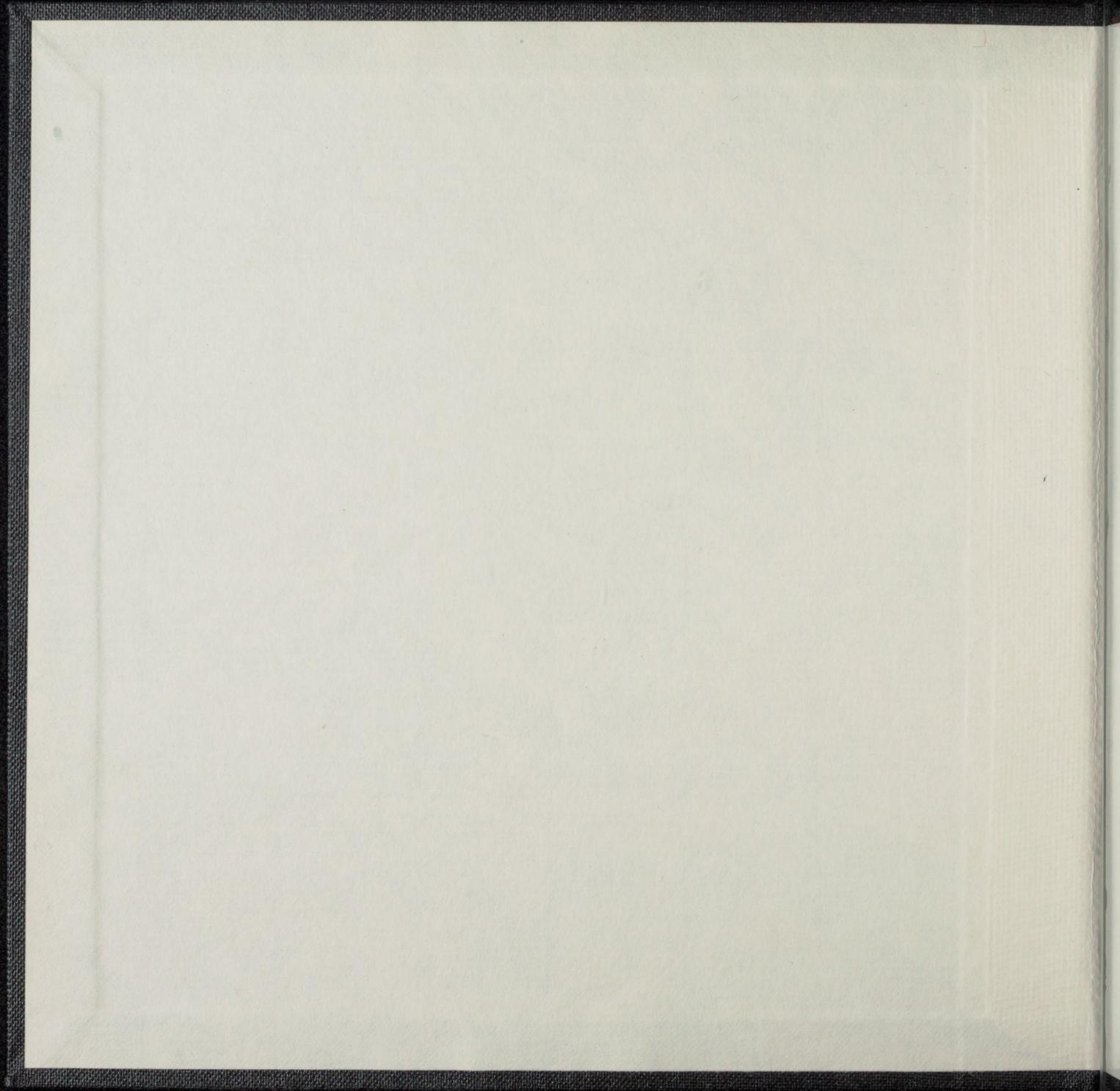
Die Universität Rostock 1945 - 1969 : ergänzende Beiträge zur Universitätsgeschichte

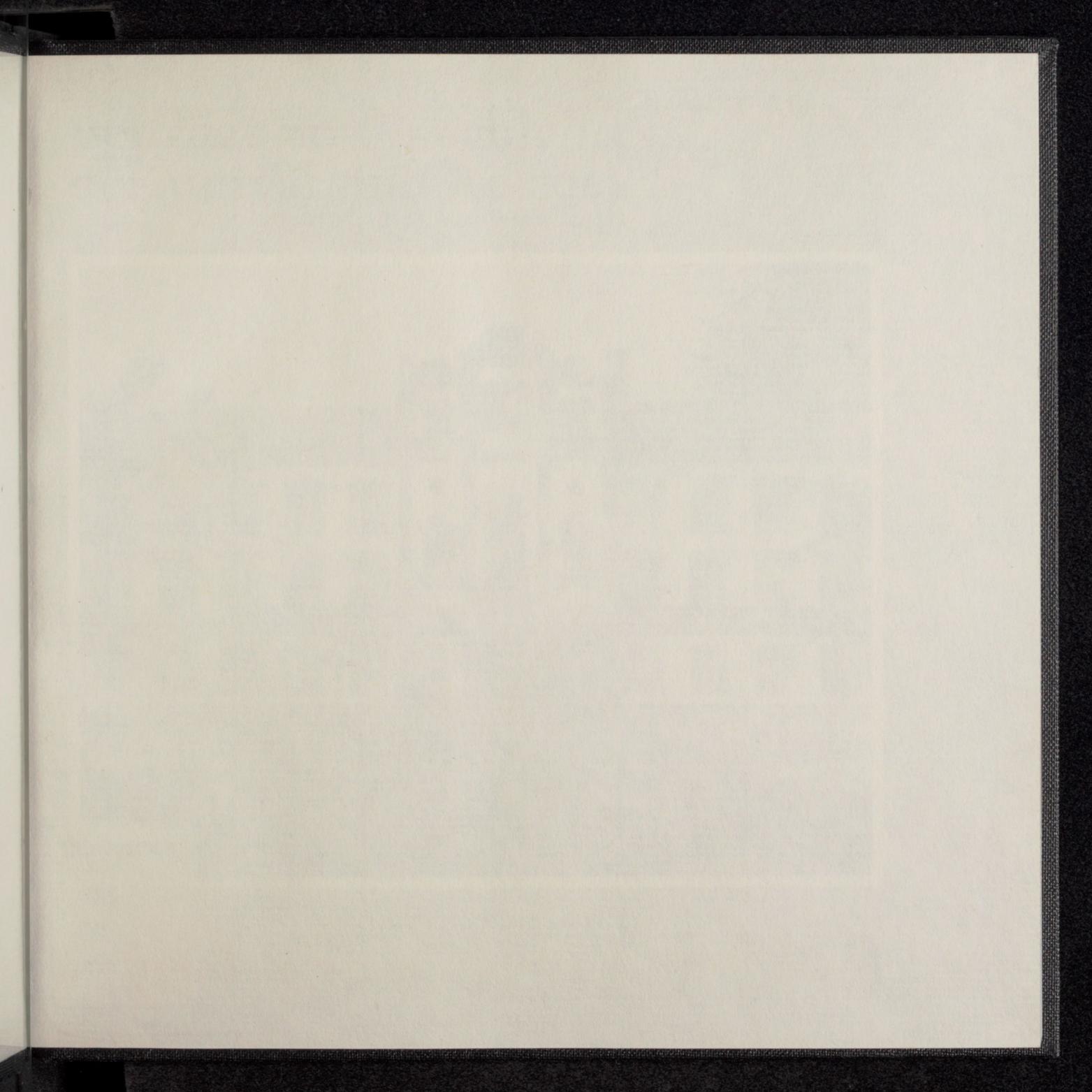
Rostock: Universität Rostock, 1994

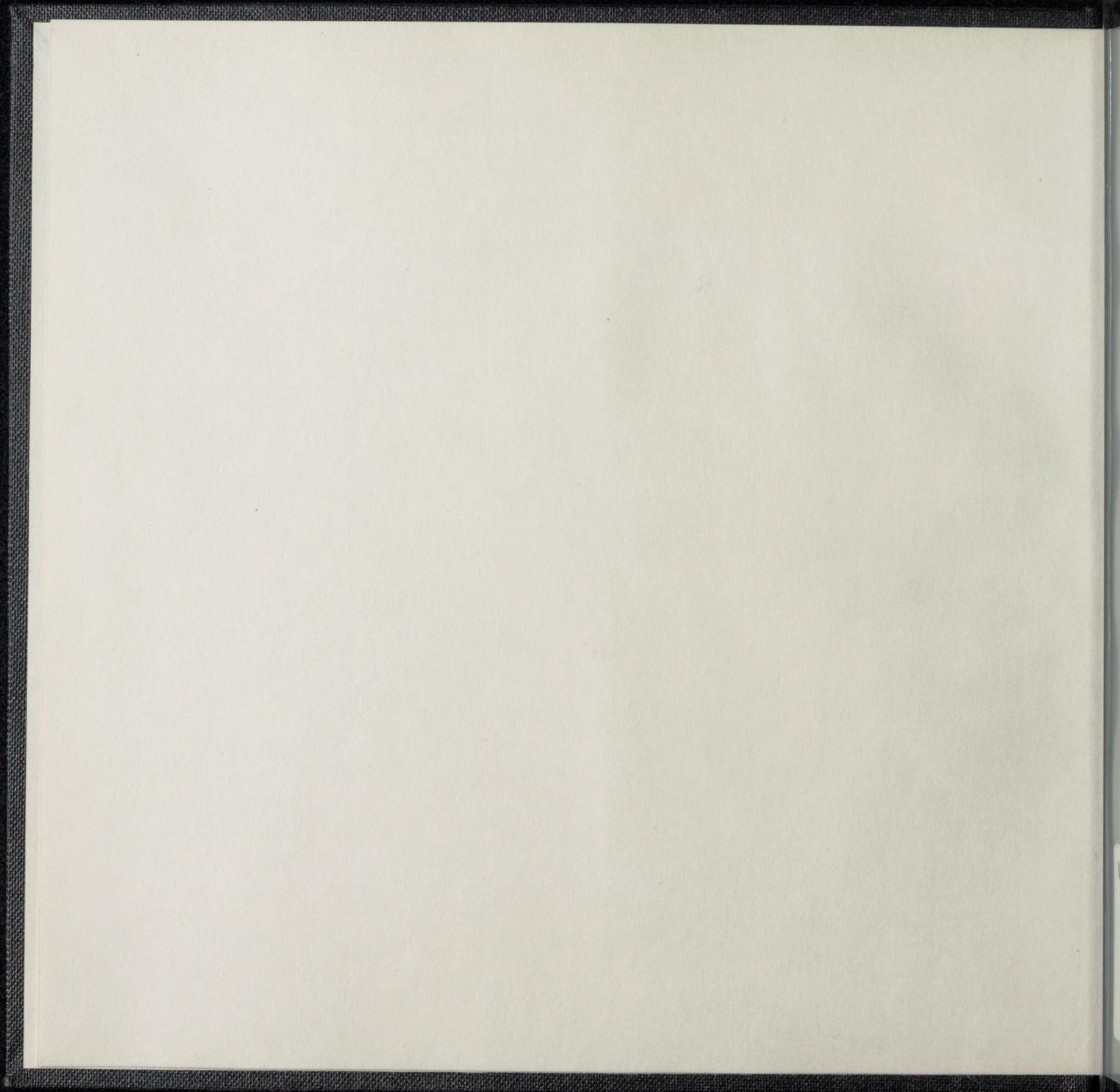
<http://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn882062883>

Druck Freier  Zugang  OCR-Volltext

ck







Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock



UB Rostock

NMK

ZA

89

(19)

Heft **19**



Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock

Die Universität Rostock 1945 - 1969

Ergänzende Beiträge zur Universitätsgeschichte

Heft 19

UNIVERSITÄT ROSTOCK 1992

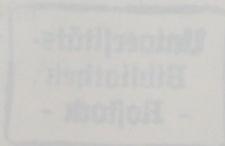
Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock

Die Universität Rostock 1945 - 1969

Ergänzende Beiträge zur Universitätsgeschichte

Heft **19**

UNIVERSITÄT ROSTOCK 1994



(PA) 1945-1969

HERAUSGEBER: Der Rektor der Universität Rostock

WISSENSCHAFTLICHE LEITUNG: Dr. Hartwig Bernitt, Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)

LEKTORAT: Autorenkorrektur

HERSTELLUNG der DRUCKVORLAGE Dipl.-Ing. Elisabeth Bründel
Ingrid Stallbaum

ZITAT KURZTITEL: Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock

ISSN 0946-607X

Titelbild: Hauptgebäude der Universität Rostock

© Universität Rostock, Presse- und Informationsstelle, Wissenschaftspublizistik, 18051 Rostock

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock, Presse- und Informationsstelle, Wissenschaftspublizistik
A.-Einstein-Straße 23, 18051 Rostock, ☎ (0381) 4 40 55 20; FAX (0381) 4 40 54 34

Universität Rostock, Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock

DRUCK: Offset Druck Rostock



NM K - ZA 89 (19)

Inhalt

Seite

Vorwort des Rektors

Vorwort

5

Geleitwort

7

JAKUBOWSKI, Peter; URBSCHAT, Kerstin

Die Universität Rostock in den Jahren 1945 bis 1952 - Versuch und Grenzen eines demokratischen Neuanfangs

9

DRAWZ, Christiane

Die Schließung der Juristischen Fakultät 1950

33

WOCKENFUß, Karl

Professor X: "Wir bilden gewissermaßen Politoffiziere des gesellschaftlichen Lebens aus". - Einblicke in Akten und Schicksale von Professoren und Studenten der Philosophischen und Pädagogischen Fakultät von 1950 bis 1968 -

47

WOCKENFUß, Karl

In memoriam: Karl-Alfred Gedowsky (1927 - 1952) - Sportstudent an der Universität Rostock - umgebracht in der Sowjetunion

89

WOCKENFUß, Karl

Ein Kapitel für sich. Zur Geschichte des Verbandes ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)

97

Verzeichnis der nach 1945 verhafteten Angehörigen der Universität Rostock (einschließlich Studienbewerber)

111

WOCKENFUß, Karl

Ein Jubiläum - zwei Feiern. Die Feier zum 550-jährigen Jubiläum der Universität Rostock in Kiel 1969

119

Inhalt

Vorwort

Geleitwort

JAKUBOWSKI, Peter URBSCHT, Karin
Die Universität Rostock in den Jahren 1945 bis 1952 - Versuch und
Grenzen eines demokratischen Neuanfangs

DRAWE, Christiane
Die Schließung der Juristischen Fakultät 1950

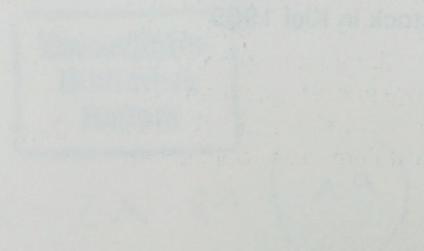
WOCKEL, Kai
Professur X: Wir bilden gewissermaßen Fortsetzer der Geschichte
ihren Lebens aus: Einblicke in Akten und Dokumente von Professo-
ren und Studenten der Rechtsanwaltslehre in Rostock
von 1950 bis 1985

WOCKEL, Kai
In memoriam Kai Alfred Gadow (1917-1992) - Spurensuche zu
der Universität Rostock - Einblicke in die Zeitgeschichte

WOCKEL, Kai
Politische Strukturen der Geschichte der Universität Rostock
Rostock, September 1979

Verzeichnis der nach 1945 verstorbenen Angehörigen der Universität
Rostock, September 1992

WOCKEL, Kai
Ein Jubiläum - zwei Zeiten: Die Zeit von Kai Gadow, Direktor der
Universität Rostock in Kiel 1952



Vorwort des Rektors

Vier Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands feiert die Universität Rostock ihr 575-jähriges Jubiläum. Große Aufgaben stehen vor ihr: Sie soll wieder eine Stätte freier Lehre und Forschung werden und durch ihre wissenschaftlichen Leistungen an große Vorbilder anknüpfen.

Gegenstand der Forschung muß auch die Nachkriegsgeschichte unserer Universität sein. Diese Zeit wurde in der DDR durch parteiliche Geschichtsschreibung einseitig dargestellt. Es gilt daher, der Wahrheit nachzuspüren und über sie zu berichten. Diesem Anliegen dienen die vorliegenden Arbeiten.

Bald nach dem mit viel Hoffnungen versehenen Neuanfang 1946 geriet die Universität in ein vielschichtiges Spannungsfeld zwischen Besatzungsmacht und staatlicher Verwaltung einerseits und dem Bestreben der Hochschule nach Autonomie und Demokratie andererseits. Heute wissen wir, daß über siebzig Rostocker Professoren und Studenten nach 1945 aus politischen Gründen verfolgt worden sind. Unter ihnen war Karl-Alfred Gedowsky, ein heute wenig bekannter Sportstudent, der aus einer Arbeiterfamilie stammte und 1952 in der Sowjetunion mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hingerichtet worden ist. Zur Nachkriegsgeschichte gehört auch, daß viele Studenten ihr Studium aus politischen

Gründen im Westen Deutschlands fortsetzen mußten. Sie hatten zum Teil langjährige Haftstrafen in der Sowjetunion oder der DDR hinter sich. Im Jahr 1957 gründeten sie den Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS). Diese Gemeinschaft blieb der Universität Rostock jahrzehntelang und über die Wende des Jahres 1990 hinaus verbunden. Von keiner anderen Universität der DDR ist ähnliches bekanntgeworden.

Im Jahre 1969 bestand unsere Universität 550 Jahre. Es ist den meisten Rostockern nicht bekannt geworden, daß das Jubiläum gleichzeitig auch in Kiel gefeiert wurde - für alle, die damals aus politischen Gründen nicht nach Rostock kommen konnten. Es entspricht auch ihrem Anliegen, daß die vorliegenden Beiträge zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock an dieser Stelle veröffentlicht und damit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Ich danke den Mitgliedern des VERS für ihre seit Jahrzehnten andauernde Verbundenheit mit der Universität Rostock und den anderen für die aufgewandte Mühe und Sorgfalt und hoffe, daß die Broschüre interessierte Leser findet.

Prof. Dr. Gerhard Maeß

Vier Jahre nach der Wiedererrichtung
Gerichtshaus leitet die Universität Rostock im
575-jähriges Jubiläum. Große Aufgaben sind
den vor ihr. Sie soll wieder eine führende
Lehre und Forschung werden und durch ihre
wissenschaftlichen Leistungen zu großer Ver-
dienst beitragen.

Gegenüber der Forschung muß auch die
Lehrerbildung erneuert werden. Um diese zu
gleichzeit wurde in der DDR durch gesetzliche
Geschichtsbildung einmündig dargestellt. Es
gibt daher, die Wahrheit nachzugehen und
über sie zu berichten. Unsere Aufgabe besteht
in der vorliegenden Arbeit.

Dies heißt dann mit viel Hoffnungen voraus-
den. Im Januar 1948 wurde die Universität in
ein nicht-ständiges Organisations- und
Gesamtwirtschafts- und -kulturelles Zentrum
einmündig und dem Gedanken der Freiheit
nach Autonomie und Demokratie entstanden.
Heute wissen wir, daß über diese Freiheit
Professoren und Studenten nach 1948 aus
politischer Ordnung verfolgt werden sind.
Unter ihnen war Karl-Arnold Gadowitz, ein
heute wenig bekannter Spezialist, der aus
einer Arbeitshilfe hervorgeht und 1952 in der
Sowjetunion mit ein Stipendium einmündig
Wissenschaftler tätigheitslos worden ist.
Zur Nachkriegsgeschichte gehört auch, daß
viele Studenten für Studium aus politischen

Gründen im Westen Deutschlands fortsetzen
mußten. Sie hatten zum Teil langjährige Haft-
strafen in der Sowjetunion oder der DDR hin-
ter sich. Im Jahr 1957 gründete sie den Ver-
band ehemaliger Rostocker Studenten (VERO).
Dieser Verband hat die Aufgabe, für
eine Zusammenarbeit mit der Universität für
eine Zusammenarbeit und über die Wege des
Lebens 1957 hinaus verbunden. Vor allem
anderen Universitäten der DDR ist ein
Beitrag zu leisten.

Im Jahre 1958 wurde in der Sowjetunion
500 Jahre ist, ist den meisten Rostockern
nicht bekannt geworden, daß die Juden
gleichzeitig auch in die Sowjetunion
wie die Sowjetunion und die Sowjetunion
nach Rostock kommen können. Es entspricht
auch, wenn Angaben, daß die vorliegende
Arbeit zu Nachkriegsgeschichte der Univer-
sität Rostock ist, diese Stelle vertritt
und kann nicht jeden Oberbegriff richtig
für gemacht werden.

Im Jahre 1958 wurde die VERO für die
bei Lehrern anderen Verbänden
mit der Sowjetunion und den anderen
für die folgenden Jahre und Jahre
hofft, daß die Sowjetunion
Ihre
Prof. Dr. Gerhard Wenzel

Geleitwort

Der Fachbereich Geschichtswissenschaften der Universität Rostock begrüßt die Veröffentlichung des vorliegenden Bandes, an dem zwei seiner Mitglieder mitgearbeitet und damit einen Beitrag zu einer neuen Sicht der Universitätsgeschichte geleistet haben. Alle Beiträge verstehen sich als notwendig kritische Ergänzungen zur 1969 erschienenen Festschrift zur Fünfhundertfünfzig-Jahr-Feier der Universität. Hatte sich diese noch selbstsicher zur Orientierung auf eine *marxistisch-leninistische Gesamtdarstellung* mit klarer Parteilichkeit bekannt, so haben sich die Geschichtswissenschaften inzwischen pluralistischen Ansätzen bei Toleranz Andersdenkender geöffnet.

Im historischen Rückblick kann es die einmal festgelegten und auf Dauer gültigen Wahrheiten nicht geben, vielmehr sind sie durch freie kritische Diskussion kontroverser Standpunkte stets neu zu finden. Beliebigkeit der Urteile folgt daraus nicht, weil ein gemeinsamer Grundkonsens im Streben nach Wahrheit besteht, der die Offenlegung philosophischer und methodischer Prämissen und eine Reflexion über Folgen von Wissenschaft beinhaltet.

Es ist zu früh, ein endgültiges Urteil über die Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock zu fällen. Daher können die Aufsätze dieses Buches als wertvolle Ergänzungen und Diskussionsbeiträge gelten. Den Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Beginn der fünfziger Jahre schildern Peter Jakobowski und Kerstin Urbschat.

Über das einschneidende Ereignis der Schließung der Juristischen Fakultät berichtet Christine Drawz. Den größeren Teil des Bandes nehmen Arbeiten ein, die im Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) entstanden sind. Der Autor, Oberstudienrat a.D. Karl Wokkenfuß, konnte sich dabei auf Akten des Universitätsarchivs und die Mitarbeit mehrerer Mitglieder des VERS stützen, unter ihnen Frau Elsbeth Popp und Dr. Karl Richard Appel, Dr. Hartwig Bernitt, Prof. Dr. Gerhard Meinl, Prof. Dr. Horst Pätzold und Dr. Friedrich-Franz Wiese. Ihnen sei auch an dieser Stelle gedankt.

Die umfangreichste Arbeit bietet Einblicke in Akten und Schicksale aus der Juristischen, Philosophischen und Pädagogischen Fakultät

von 1950 bis 1968. Wir begegnen Professoren und Studenten, die den Machtanspruch und die Ideologie der kommunistischen Herrschaft mittragen oder sich mutig widersetzen. Viele verteidigten ihre Wissenschaft im *real existierenden Sozialismus* zäh und klug.

Bittere - und vielleicht lehrreiche - Schicksale werden vor uns wieder lebendig. Die Geschichte des VERS und die Kieler Feier zum Jubiläum der Universität 1969 sind abschlie-

ßend dargestellt. Wichtige Dokumente und Bilder runden das Bild ab.

Das Buch erscheint zum neuen Jubiläum unserer Universität - es will und soll Vergessenes in Erinnerung rufen und zum kritischen Nachdenken anregen.

Prof. Dr. Kersten Krüger

Die Universität Rostock in den Jahren 1945 bis 1952 - Versuch und Grenzen eines demokratischen Neuanfangs

Die Wiedereröffnung der Rostocker Universität - ein hoffnungsvoller Neuanfang

Als die Rostocker Universität am 25. Februar 1946 wiedereröffnet wurde, waren bereits zehn Monate seit Kriegsende vergangen. Das Ende des Nationalsozialismus hatte für die Universität zunächst mit der Besetzung des Hauptgebäudes sowie der Schließung der Bildungseinrichtung durch die Besatzungstruppen begonnen. Der Rektor Prof. Wacholder, der nicht der NSDAP angehört hatte, wurde von den Besatzungsbehörden zunächst in seinem Amt belassen. Wacholders Absicht war es, für eine alsbaldige Wiedereröffnung der Universität zu sorgen. Unterstützung erfuhr er dabei insbesondere durch Dr. Richard Moeller, den ersten Nachkriegskurator. Der Rektor hatte sich bei der Besetzung dieses nicht einfachen Amtes Ende Mai 1945 für Moeller entschieden, weil dieser als ausgebildeter Lehrer und ehemaliger Kultusminister des Landes Mecklenburg-Schwerin noch aus der Weimarer

Zeit über entsprechende Sachkompetenz verfügte und zudem durch seine Mitgliedschaft und Funktion als Landesvorsitzender der DDP vor 1933 als ausgewiesener Demokrat in Mecklenburg bekannt war.¹⁾ Zu den ersten Amtshandlungen beider zählte Ende Mai 1945 die Bildung eines Untersuchungsausschusses, der die Zuverlässigkeit der Universitätsangehörigen für einen weiteren Verbleib überprüfen sollte. Einer solchen Überprüfung hatten sich u.a. die 49 Wissenschaftler zu unterziehen, die unmittelbar nach Kriegsende noch in Rostock verweilten.²⁾ Die eigentlichen Maßstäbe einer Entnazifizierung regelte dann seit dem 15. September 1945 der Befehl Nr. 50, der für den Lehrkörper die Säuberung von allen faschistischen und militaristischen Kräften vorsah.³⁾ Einen Tag zuvor hatte die Universität erstmals bei der Landesverwaltung Mecklenburg die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes zum Wintersemester 1945/46 beantragt. Wenn dies abgelehnt wurde, so deshalb, weil nach den Bestimmungen der sowjetischen Militäradministration noch nicht alle Voraussetzungen für eine Wiedereröffnung gegeben waren. Unter diese Bedingungen fielen neben einer umfassenden Entnazifizierung nach den Richtlinien

der Besatzungsmacht, die Existenz eines von Nationalsozialisten freien und entsprechend breiten Lehrkörpers, die Bestätigung der Lehrprogramme durch die SMA sowie eine ausreichende Zahl von geeigneten Studienbewerbern. In nahezu allen Dingen taten sich jedoch noch große Lücken auf. So war beispielsweise der akute Mangel an zur Verfügung stehenden Lehrkräften so schnell nicht zu beheben. Dieses Problems war man sich bereits früh bewußt. Schon Dr. Richard Moeller hatte in einem Brief vom 20. Mai 1945 an den Rektor Professor Wacholder auf dieses zwangsläufig eintretende Defizit an demokratisch orientiertem Lehrpersonal verwiesen. Seine Vorstellungen, auch Lehrer wie liberal gesinnte Studienräte und Direktoren aus höheren Schulen in die studentische Ausbildung einzubeziehen, wurde noch als mögliche Variante erörtert, als Moeller schon nicht mehr Kurator der Universität war.⁴⁾ Er arbeitete bereits seit Anfang Juli 1945 als Ministerialdirektor in der Abteilung Volksbildung bei der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, wo er u.a. auch für die Universitäten des Landes zuständig war.⁵⁾ Die zwischen ihm und der Universität weiter konstruktiv verlaufende Zusammenarbeit fand bereits im Herbst 1945 ein jähes Ende, als Moeller völlig unerwartet von der SMA verhaftet und in das Internierungslager des NKWD nach Fünfeichen verschleppt wurde, wo er bereits im Dezember 1945 infolge seines angegriffenen Gesundheitszustandes und der Haftbedingungen verstarb. Dr. Richard Moeller gehörte damit in bezug auf die Universität zu den ersten Opfern stalinistischer Willkür nach Kriegsende. Die Umstände seiner

Verhaftung sind bis heute nicht genau geklärt. Man nimmt an, daß ein von ihm 1939 unter Pseudonym verfaßtes Buch zur russischen Geschichte den Anlaß gegeben haben könnte.⁶⁾ Für diese Variante spricht, daß bei der Säuberung der Bibliotheken neben NS-Literatur auch die Sowjetunion abwertende Literatur einbezogen worden ist.⁷⁾ Ausgaben des genannten Buches befanden sich ebenfalls in der Universitätsbibliothek Rostock, wo von Ende Mai bis Anfang Juni 1945 eine Kommission der Besatzungsmacht die im Krieg nicht ausgelagerten Bestände überprüfte und entsprechende Literatur aussonderte.⁸⁾

Wie wenig real die Chance einer Wiedereröffnung letztlich zu diesem Zeitpunkt noch war, ließ auch eine Reihe von gravierenden materiellen Problemen deutlich werden, die selbst eine halbwegs normale Wiederaufnahme des Universitätsbetriebes ausschlossen. In einem Bericht des Rektors Prof. Wacholder an die Landesverwaltung vom 17. September 1945 wurden in diesem Zusammenhang u.a. angeführt: die Besetzung von Gebäuden durch Behörden der SMA, die Beschlagnahme von Apparaturen, die Auslagerung von Buchbeständen sowie fehlende Transportmöglichkeiten für deren Rückführung, die Belegung eines Studentenwohnheims im Rosengarten mit Flüchtlingen usw.⁹⁾ Die Bewältigung dieser Dinge erstreckte sich über einen langen Zeitraum. Ein Teil der Probleme blieb auch noch nach Wiedereröffnung der Universität akut. Demgegenüber nahmen die Veränderungen in der Universitätsleitung sowie hinsichtlich des Lehrkörpers seit Ende 1945 sichtbare Formen an. So

fand am 28. November 1945 die erste Rektorenwahl seit 1933 statt. Von den zwei zur Wahl stehenden Kandidaten fiel ein eindeutiges Votum auf den Chemiker Prof. Rienäcker, der 22 von 29 möglichen Stimmen erhielt. Auf den bisherigen Rektor Prof. Wacholder entfielen immerhin noch sechs Stimmen, was sein Ansehen unter der Professorenschaft deutlich werden ließ. Die endgültige Bestätigung Rienäckers als Rektor erfolgte jedoch erst mit dem 7. Januar 1946. Dies hing ursächlich vor allem mit der Zustimmung der Landes- und Zentralbehörden sowie mit der Bestätigung durch die SMA bzw. SMAD zusammen.¹⁰⁾

Rienäcker zur Seite stand der Jurist Dr. Erich Schlesinger, der am 1. Dezember 1945 von der Landesregierung zum Kurator der Universität berufen worden war.¹¹⁾ Am 29. Januar 1946 kündigte der Befehl Nr. 28 des Obersten Chefs der SMAD mit der "Wiederaufnahme der Arbeiten an der Universität Rostock" die direkt bevorstehende Eröffnung der Hochschule an.¹²⁾ Knapp zwei Monate später, am 23. März 1946, gab es seitens der Besatzungsmacht nun endlich auch grünes Licht für den von der Universität aufgestellten Lehrkörper, der sich im Vergleich zum Kriegsende von 124 auf 45 Lehrkräfte deutlich reduziert hatte. Bestätigt wurden danach 16 Professoren, 8 Dozenten und 19 Lehrbeauftragte. Unter den bestätigten Wissenschaftlern, die alle nicht Mitglied der NSDAP waren, befanden sich lediglich 14 Angehörige des alten Lehrkörpers. Hinsichtlich der politischen Zusammensetzung überwogen die Parteilosen, während 8 der CDU, 9 der SPD und einer der KPD ange-

hörten. Der Lehrkörper verteilte sich auf die zunächst vier eröffneten Fakultäten wie folgt: die Theologische Fakultät 3, die Philosophische Fakultät 30, die Landwirtschaftliche Fakultät 6 sowie die Juristische Fakultät 6 Lehrkräfte.¹³⁾ Ab 5. März 1946 begann gemäß einer Verordnung der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung ein "Kurs zur demokratischen Erziehung der Studenten". Insbesondere Themen in bezug auf die Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Vergangenheit waren Gegenstand von insgesamt acht Veranstaltungen, die dem Beginn des eigentlichen Studienbetriebes vorgelagert waren und das erste Nachkriegssemester einleiteten.¹⁴⁾ Ihr Anliegen entsprach dem auf der feierlichen Wiedereröffnungsfeier am 25. Februar 1946 vielfach genannten Anspruch einer demokratischen Entwicklung.

So führte der Rektor Professor Rienäcker während des Festaktes anlässlich der Wiedereröffnung aus: "Das neue Semester,..., ist ja kein Semester im ruhigen Gleichlauf der Zeiten, im wohl abgewogenen Gleichmaß des stets wiederkehrenden, beinahe schon traditionell gewordenen Turnus; es ist ein Neubeginn in einer Zeitenwende."¹⁵⁾ Er verband damit zugleich auch die Zuversicht und den "Anspruch, an führender geistiger Stelle mitzuhelfen am Aufbau unseres neuen Deutschland, in dem allein die Arbeit adeln soll, in dem allein die ehrliche Arbeit den Anspruch auf ein würdiges Dasein erwirken soll. In diesem Land soll Recht über Gewalt gehen; in wahrer Demokratie soll Vertrauen gelten und mit Vertrauen gelohnt werden. Es muß eine Zeit kommen, in

der Recht und Vernunft die zwingenden Argumente sind, ...¹⁶⁾ Mit diesem Anspruch begann das erste Semester nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus - ein hoffnungsvoller Neuanfang.

Universitätsleben im Spannungsfeld zwischen Besatzungsmacht, Administration und Autonomiebestrebungen

Die Wiedereröffnung der Universität Rostock erfolgte unter den komplizierten Bedingungen der Nachkriegszeit, die zunächst eine postfaschistische Zeit war, in der von alliierten Besatzungsmächten verordnete und von dem zahlenmäßig sehr geringen Teil deutscher Nazi-Gegner mitgetragenem Antifaschismus auch an den deutschen Universitäten durchgesetzt werden mußte. Dabei stellte die totalitäre faschistische Gleichschaltung der Universitäten für ihre radikale Umgestaltung eine derart schwierige und defizile Erblast dar, die letztendlich über zahlreiche provisorische Schritte unter den pragmatischen Zwängen und den Präferenzen der Besatzungsmacht angegangen wurde und dann wesentliche Züge der sich herausbildenden Gesellschaft- und Herrschaftsstruktur annahm. Die Standortbestimmung der Universität erfolgte unter den unsäglich komplizierten Bedingungen der Nachkriegszeit im Kräftespiel von Besatzungs-

macht, beschnittener Befugnis der deutschen Selbstverwaltungsorgane in der SBZ und des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie den sich formierenden aktiven gesellschaftlichen Kräften in Parteien, Organisationen und Vereinigungen. Die Universität war existentiell geschwächt und konnte sich nur auf ihre mehr als 500jährige Tradition, fachwissenschaftliche Potenzen und Existenznotwendigkeit in einer modernen Industriegesellschaft berufen. Erstmals in der Geschichte der Hochschule erfolgte deren Wiedereröffnung und Positionierung in der Gesellschaft unter den Zwängen einer längeren Besatzungszeit im Gefolge einer bedingungslosen Kapitulation.

Die Organisation eines durch die Sowjetische Besatzungsmacht bestimmten zivilen Lebens in der SBZ begann mit der Gründung der SMAD vom 9. Juni 1945 und der durch Befehl Nr. 17 der SMAD am 27. Juli 1945 angeordneten Bildung der deutschen Zentralverwaltung in der SBZ. Die zu lösenden Probleme waren äußerst komplex, schwierig und vielfältig, so daß pragmatisch und mit Provisorien der Wiederaufbau in der SBZ erfolgte. Prinzipielle Schwierigkeit dabei war, daß die alliierten Besatzungsmächte in den ersten beiden Nachkriegsjahren keine weitreichende gemeinsam abgestimmte und praktikable Programmatik der Zukunft eines einheitlichen Deutschlands besaßen. Partikuläre Interessen mit dem Faustpfand der Besatzungszonen stritten mit Zielvorstellungen für Gesamtdeutschland in der primären Gestaltung der Nachkriegsordnung. Unberechenbarkeit und Zufälligkeit bestimmten die ersten Schritte des Wiederaufbaus in den

Besatzungszonen. Dabei stand Status und Standort aller bisherigen gesellschaftlichen Einrichtungen zur Disposition. Eindeutig war der politisch-ideologische Charakter der sowjetischen Besatzungsmacht, die die deutschen Kommunisten protegierte, um sie in zentralen Funktionen der SBZ zu etablieren. In der Vielzahl der einzelnen öffentlichen Institutionen war das nicht möglich, da die Zahl der Kommunisten, die die NS-Zeit überlebt hatten, gering war und nicht für alle gesellschaftlichen Bereiche ausreichend kompetente Vertreter vorhanden waren. Politisch-ideologische Fragen mußten unter den materiell schwierigen Bedingungen der Nachkriegszeit zeitweilig zurücktreten.

Die SMAD, die SMA des Landes, die Ortskommandantur in der Stadt sowie die mecklenburg-vorpommersche Landesadministration bestimmten von außen die grundlegenden Prozesse in den einzelnen Institutionen. Für die Gestaltung spezifischer interner Tätigkeiten in den jeweiligen öffentlichen Einrichtungen reichten die Kräfte nicht, so daß eine problematische, von vielen Provisorien geprägte Autonomie zur Bewältigung interner Aufgaben mit erheblichen Einschränkungen kurzzeitig möglich wurde. Das traf auch für die Universität Rostock im Jahr der Wiedereröffnung zu. Vor und mit Beginn des Lehrbetriebes wurde sie von allen postfaschistischen Grundprozessen betroffen, die sich in allen öffentlichen Institutionen vollzogen. Konsequenz wurden die NSDAP sowie die anderen nationalsozialistischen Organisationen verboten und deren Eigentum beschlagnahmt. Alle noch in Rostock

verbliebenen Angehörigen des Lehrkörpers, die Mitglied der Nazi-Partei und ihrer Gliederungen waren, wurden entlassen. Von der faschistischen Ideologie bestimmte Lehren und institutionelle Strukturen verschwanden. Bücher mit nationalsozialistischem Gedankengut wurden aus dem öffentlichen Verkehr gezogen. Im Zuge der Entmilitarisierung wurden alle militärischen Forschungen an der Universität unterbunden und relevante Forschungsmittel als Reparationsgut requiriert. Beschlagnahmt wurden Gebäude der Universität und im Rahmen der Bodenreform universitätseigene Besitzungen wie u.a. das Gut in Groß Stowe enteignet. Die letztendlich maßgeblichen Schritte in diesen Prozessen bestimmte die SMA. Das betraf auch die Zulassung von Studenten und die Personalpolitik, die pragmatisch im Spannungsfeld von Entnazifizierung und Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Universität in den ersten Nachkriegsjahren gehandhabt wurde. Darin einbezogen waren Maßnahmen der Umerziehung und der zeitweisen Bewährung im praktischen Einsatz bei der Bewältigung der Kriegsschäden. Eine der Folgen war, daß im Mai 1948 von den 127 Professoren und Dozenten der Universität 20 ehemalige Mitglieder bzw. zwei ehemalige Kandidaten der NSDAP waren.¹⁷⁾ Die Kontrolle der Universitätsangehörigen war strikt. Langwierige Nachforschungen erfolgten bei den Amtsinhabern, deren Wahl trotz Zustimmung durch die Landesregierung erst durch die zögerliche Bestätigung von der SMA gültig wurde. Unter diesen Bedingungen arbeiteten die mit der Wiedereröffnung etablierten Selbstverwaltungsorgane der Universität ohne gültiges Universitätsstatut. Konzil,

Senat, Rektor und Fakultäten nahmen ihre Arbeit auf, wobei die Professoren bestimmend waren. Die Landesregierung war institutionell durch den Kurator an der Universität vertreten. Die Befugnisse von Kurator und Rektor waren ohne gültige Universitätsverfassung nicht klar fixiert. Das entsprach der Situation der Universität der Nachkriegszeit, in der die antifaschistische Erneuerung klares Programm war, aber die wesentlichen Ziele ihrer Umgestaltung durch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung bestimmt wurden. Rektor und Kurator bewältigten unter diesen Verhältnissen die mannigfaltigen internen Probleme praktikabel und kompromißbereit. Fragile Provisorien mußten in der Balance von SMAD, Landesregierung und differenzierten akademischen Gruppeninteressen zur Konsolidierung der Universität beitragen. Eingebettet in diese praktische Arbeit war eine stete Diskussion um das Universitätsstatut, die schon Monate vor der Wiedereröffnung der Universität begann¹⁸⁾ und bis 1949 andauerte. Zentrale Punkte waren dabei naturgemäß die Stellung des Kurators und damit der Landesregierung sowie der Rahmen der Autonomie der Universität. Wurden zunächst Rektor und Kurator initiativ, so bestimmten nach einer Phase der Verzögerung ab 1948 zentrale Vorgaben aus Berlin die Diskussion. Die Universität konnte dann nur noch reagieren.

Im zweiten Jahr nach der Wiedereröffnung verstärkte sich der Einfluß der SMA sowohl nach Umfang und Tiefe in weite Bereiche des Universitätslebens. Die sowjetische Besatzungsmacht richtete sich auf eine länger-

fristige Administration der SBZ ein, so daß eine flächendeckende Kompatibilität der Struktur und Funktion des öffentlichen Lebens und seiner Institutionen mit den vom Primat der Politik und Ideologie geprägten Verhältnissen in der Sowjetunion anvisiert wurde. Dieser strategisch angelegte Prozeß war vielschichtig und widersprüchlich. Er führte über mehrere Phasen zu einer grundlegenden Umgestaltung der Rostocker Universität. Einschneidend war das Jahr 1948 und die Hochschulreform in den ersten Jahren der 1949 gegründeten DDR, die kontinuierlich die Hochschulpolitik der SMAD zunächst noch unter deren Vorherrschaft fortsetzte.

1947 waren die inneren Voraussetzungen an der Universität Rostock für eine rigide Veränderung zu einer Hochschulbildungsstätte pro-sowjetischer Prägung in geringem Maße gegeben, so daß in die antifaschistische Umgestaltung des Universitätslebens erste Schritte im Sinne des strategischen Ziels der SMAD eingebaut wurden. Dies führte zu einem Vorgehen, in dem die die Hochschulpolitik der sowjetischen Besatzungsmacht direkt vertretende oder nahestehende Kräfte von außen massiv unterstützt, weite Teile von politisch zurückhaltenden, aber fachkompetenten Universitätsangehörigen stillgehalten wurden sowie die Auseinandersetzung bis hin zur Ausschaltung von politisch aktiven Kräften erfolgte, die dem antifaschistisch-demokratischen Wiederaufbau verpflichtet waren, aber in ihren gesellschaftspolitischen Zielen als Gegner begriffen wurden. Deren Einfluß sollte zurückgedrängt und weitestgehend ausgeschaltet werden, wobei

die gravierenden Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld der Universität bestimmend waren. Welchen dominierenden Einfluß die SMAD hatte, zeigt die Diskussion um das von der Landesregierung erlassene vorläufige Statut der Universität am 1. November 1948 im Senat. Es wird resümiert: "Zur Zeit liegen die Verhältnisse so, daß die Regierung und die Universität unter den Befehlen der Besatzungsmacht stehen und deren Weisungen zu befolgen hätten".¹⁹⁾ Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich einschneidende Ereignisse vollzogen, die universitätstypische Gegebenheiten abbauen sollen. Innerhalb der Konsolidierung des Universitätsbetriebes erfolgte ein Umbau der materiellen und finanziellen Situation. Abgebaut wurden spezifische universitätstypische Eigentumsverhältnisse (Güter, Liegenschaften,) und Finanzierungen. Auch Stiftungen für die Universität wurden direkt der Landesregierung unterstellt. In diese Zentralisierungstendenzen ordnen sich u.a. die Zuteilung einer Lebensmittelzusatzkarte für die Lehrkräfte seit dem 1. Mai 1947 und der Befehl Nr. 55 der SMAD vom März 1947 mit den Bestimmungen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ein. Das war Teil der Personalpolitik der Besatzungsmacht an den Universitäten und Hochschulen, die frühe Elemente einer langfristig angelegten Kaderpolitik impliziert. Gleiches gilt auch für die Regelung bei der Auswahl der Studierenden und der Arbeit der Zulassungskommissionen, in denen seit 1947 außeruniversitäre Kräfte entscheidend wurden. Diente dieses Vorgehen auch der Beseitigung des Bildungsmonopols, der antifaschistisch demokratischen Erneuerung der Intelligenz und

der Bereitstellung fachkompetenten Personals für Wirtschaft und Gesellschaft, so war ebenso unverkennbar, daß eine Auswahl zukünftiger Kader miterfolgen sollte. Als deren erste Bewährung war die Teilnahme an der Umgestaltung der Universität vorgesehen. Diesen Zielen entsprach ebenfalls die 1946 errichtete Vorstudienanstalt, die 1949 in der ABF aufging. Vielschichtig war die Personalpolitik der SMAD gegenüber dem Lehrkörper, dessen Fachkompetenz benötigt wurde. Er unterlag einer umfassenden Kontrolle (kontinuierliche Berichterstattung) und einer antifaschistischen Umerziehung, wobei starke Verunsicherungen innerhalb des Lehrkörpers auch durch Versuche zur prosowjetischen Orientierung nicht zu übersehen waren. Am 16. August 1947 wurde durch Befehl Nr. 201 der SMA eine nochmalige Überprüfung der Universitätsangehörigen verfügt. Die mit den endgültigen Entscheidungen der Entnazifizierungskommission des Landes von 1948 offiziell abgeschlossen wurde. Unsicherheiten resultierten gleichermaßen aus den längerwährenden Bestätigungsprozeduren der gewählten Rektoren und die vorläufigen Berufungen von Lehrkräften durch die Landesregierung ohne gültigen Bescheid der SMAD. Zwar erfolgte unter diesen Konditionen eine Wahl der akademischen Selbstverwaltungsorgane durch die Professoren, aber von laufenden Veränderungen begleitet, die eine starke Einflußnahme seitens der Regierung und der SMA ermöglichten. Erst eine Bestätigung durch sie machte die Wahlen gültig. Doch die Einflußnahme auf die Wahlen war komplex, wobei in Vorstadien zur jeweiligen Abstimmung Aktivitäten ergriffen wurde, um

genehme Resultate zu erzielen. Im Verbund von Berufungs- und Personalpolitik sowie der Gründung neuer Fakultäten (1947 Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät, 1949 ABF, 1950 Technische Fakultät für Schiffbau) wurden Veränderungen in der Zusammensetzung des Senats angestrebt. Ordentliche Mitglieder wurden zusätzlich drei Nichtordinarien und Dozenten, der Studentendekan und ein Vertreter des FDGB ab Mai 1949. Das ermöglichte, Amtsinhaber zu instalieren, die die Hochschulpolitik von SMAD und Landesregierung durchsetzen sollten.²⁰⁾ Vorabsprachen zu den Wahlen auf allen Ebenen in eingeschränkten Entscheidungskreisen wurden möglich. Dieser Linie dienten auch die 1948 erfolgten Vorschläge der Landesregierung, den Rektor durch den Senat wählen zu lassen und die Dekane zu ernennen. Grundlegende Rechte von Konzil und Fakultät werden außer Kraft gesetzt. Die Universität konnte sich zu diesem Zeitpunkt mit ihrer Ablehnung noch einmal durchsetzen. Personalpolitik, provisorische akademische Selbstverwaltungsstrukturen sowie die langwierigen Diskussionen um ein gültiges Universitätsstatut kennzeichnen die Auseinandersetzungen an der Universität um ihren Charakter in der Umgestaltung. Diese Prozesse waren eingebunden und hauptsächlich bestimmt durch eine politische Situation, in der ab 1947 die divergierenden Entwicklungen in den drei westlichen Besatzungszonen und der SBZ manifest wurden. Innerhalb der politisch und gesellschaftlich aktiven Kräfte in der SBZ traten unter den Bedingungen eines verordneten antifaschistischen Konsens die Divergenzen bei der Gestaltung eines

zukünftigen Deutschlands klarer hervor. Diese Divergenzen führten zu vertieften Polarisierungen und verschärften politische Auseinandersetzungen, in die die sowjetische Besatzungsmacht rigide eingriff. Massive Unterstützung erfuhren die der SMAD ergebenden und nahestehenden Kräfte. Mit Behinderung, Einschüchterung und repressiven Maßnahmen wurden die als politische Gegner eingestuft Gruppen bekämpft. Ein Klima großer Verunsicherung in einem sich entwickelnden politischen System mit Elementen illegaler Machtausübung belastete das Leben der Menschen in der SBZ, die Wiederaufbau und Reparation leisten mußten. Das prägte auch 1948 die Situation an der Universität Rostock. Bedrohlich wirkten die Nachrichten über Verhaftungen von Studenten aus politischen Gründen. Auf den Sitzungen im April und Juni 1948²¹⁾ beschäftigte sich der Senat mit diesem Umstand und bat die Schweriner Regierung um Auskunft. Offizielle Reaktionen erfolgten nicht, was auch die Inhaftierungen des folgenden Jahres durch die Organe der sowjetischen Besatzungsmacht betraf. Das Klima verschärfte sich rasant. Verboten wurde die Betriebsgruppe der LDP, und das Tauschverfahren für Studenten zwischen deutschen Universitäten wurde im Februar 1948 untersagt. Diese und andere Aktivitäten waren Bestandteil der Strategie einer Erhöhung des Druckes von außen auf die Universität, die mit Maßnahmen einer entschiedenen Politisierung des Universitätslebens verbunden war. Politische Handlungen durchsetzten und wurden Bestandteil normaler Universitätsarbeit. Außerakademische Organisationsformen traten neben die

Institutionen der traditionellen Selbstverwaltung. Beginnend mit dem 12. Mai 1948 erfolgten Vollversammlungen der Universitätsangehörigen. Der Rektor übernahm Funktionen in an der Universität institutionalisierten politischen Gremien wie in dem im Sommersemester 1948 gegründeten "Komitee für Einheit und gerechten Frieden an der Universität Rostock". Verstärkt wurden der Rostocker Universität Diskussionen um universitätsunspezifische Bewegungen in der SBZ aufgezwungen. Das betraf die seit Juli 1948 beginnende Auseinandersetzung um deren Platz im ökonomischen Zweijahresplan der SBZ, in der Aktivistischen Bewegung (Hennecke-Aktivist) und die Organisation von Wettbewerben an und zwischen den Universitäten. Die Universität als Ganzes war 1948 in ihrer Umgestaltung an dem Punkt, wo sie auf vorgegebene Prozesse in der SBZ reagieren mußte. Zeigten sich einzelne Institutionen widerspenstig, so drohte deren Schließung, wie es die im Wintersemester 1948 beginnende Diskussion um den Abbau der Juristischen Ausbildung an der Rostocker Universität zeigt.²²⁾ Politische Stellungnahmen wurden zum normalen Bestandteil akademischer Arbeit, die im Senat mit dem auf der Vollversammlung vom 6. April 1949 gebilligten "Friedensaufruf" begannen.

Seit 1948 nahmen Handlungen zu, die Universität Rostock in ihren Leitungsstrukturen nach dem Vorbild öffentlicher Institutionen in der Sowjetunion umzuformen. Im Zentrum stand der Aufbau der an der Universität zu institutionalisierenden Macht der politischen Massenorganisationen und der SED. In der

FDJ und dem FDGB sollte der Einfluß der SED zum dominierenden werden. Außerdem wurde zur Aktivierung einer prosowjetischen Orientierung die Hochschulgruppe der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion gegründet. Eigene institutionalisierte Wirkungsmöglichkeiten von CDU und LDP existierten 1948 mit erheblicher Einschränkung. Die SED wurde massiv unterstützt. Jedoch konnte sie 1948 die ihr zugeordnete Funktion nicht abdecken. Zwar gehörten nach einer Lehrkörperstatistik vom 15. Mai 1948²³⁾ von den 127 Professoren und Dozenten 45 der SED (10 CDU, 7 LDP) an, aber ihr Einfluß waren in vielen Bereichen relativ begrenzt. Die Mitglieder konzentrierten sich an einigen Fakultäten (Gesellschaftswissenschaftliche, Pädagogische und einige Institute der Philosophischen Fakultät sowie der Vorstudienanstalt) und nicht wenige Mitglieder bekannten sich zur Tradition der SPD. Am 25. März 1946 waren von 55 Professoren, Dozenten und Lehrbeauftragten 9 in der SPD, 8 in der CDU und einer in der KPD. Der überwiegende Teil der Mitglieder der SED kam 1948 aus der Studentenschaft.²⁴⁾ Schwerwiegender aber war, daß die Betriebsgruppe der SED noch nicht den Charakter einer Kaderpartei (Partei neuen Typus) besaß. Vielfältige Maßnahmen in der Parteiarbeit wurden zur Realisierung dieses Ziels entfaltet. Am Anfang stand die Reorganisation der SED-Betriebsgruppe im Sommersemester 1948. Verstärkung erfuhr die pflichtgemäße und zentral angeleitete Schulungsarbeit. Weitere Schritte waren die Einrichtung von zunächst einer und ab Juni 1950 zwei hauptamtlichen Parteisekretärsstellen an der Universität. Den

vorläufigen Endpunkt der Reorganisation stellte die Überprüfung aller Mitglieder der SED im Jahre 1951 dar. Unter ihrem Einfluß standen die Massenorganisationen und mit der Gründung des Universitätsausschusses der Nationalen Front am 6. Februar 1950 auch die anderen Blockparteien.

Die politische Macht war institutionalisierter Bestandteil der Universitätsleitungsstruktur geworden. Mit der Weisung vom 14. Oktober 1949 ordnete der Landesvorstand der SED in Schwerin an, daß der Rektor in die Parteiarbeit einbezogen wird. Es wurde weiterhin beschlossen, ihn bei vorhandener Mitgliedschaft in das Sekretariat der Universitätsparteileitung zu wählen. Nachdrücklich werden hiermit die gravierenden Veränderungen innerhalb der Machtverhältnisse in der Universität aufgezeigt, wobei sie die "normale" Struktur einer öffentlichen Bildungseinrichtung in der SBZ bzw. DDR erhielt, deren mögliche Spezifik im konditionierten Rahmen aus der Qualität der agierenden Person erwuchs. Der Rektor wurde zu dem verantwortlichen staatlichen Leiter, dessen Arbeit innerhalb gesellschaftspolitischer Determinanten bestimmt war. Der maßgebliche äußere Einfluß auf die Universität war politisch geprägt und durch die hauptamtliche Funktion des Sekretärs der Universitätsparteileitung der SED institutionalisiert worden. Die Funktion des Kurators in ihrer ganzen Breite war überflüssig geworden.

Diese Prozesse spiegelten sich in den Diskussionen um die Ausarbeitung eines neuen Statuts von 1945 bis 1951 wieder.²⁵⁾ Nach den politischen Ereignissen von 1948 und

1949 sowie den universitätsinternen Vorgängen begann eine zentrale Klärung dieses Problems mit dem Erlaß der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der SBZ vom 23. Mai 1949 durch die "Vorläufige Arbeitsordnung der Universitäten und Wissenschaftlichen Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands" sowie mit der Durchführungsbestimmung des Ministeriums für Volksbildung der DDR "Geschäftsregelung für Verwaltungsdirektoren der Universitäten und Wissenschaftlichen Hochschulen" am 24. Oktober 1949. Das bedeutete eine Rektoratsverfassung mit faktischer Beschränkung der Rechte und Funktionen der akademischen Selbstverwaltungsorgane, die vorrangig zentrale Beschlüsse umsetzen sollten. An der Universität registrierte der Senat diese Vorgänge mit der notwendigen Klarheit. Im Protokoll der Sitzung vom 1. Dezember 1948 anlässlich der Diskussion über die Vorschläge der Landesregierung zur Ernennung der Dekane wird klar zum Ausdruck gebracht: "Es wurde über den Schritt der Regierung diskutiert, insbesondere da man den Eindruck habe, daß die Regierung der Universität den letzten Rest von Autonomie nehmen will."²⁶⁾ Die Weichen waren jedoch gestellt. Vorauswahl und Modalitäten zur Wahl der akademischen Administration erfolgten mit maßgeblicher Zustimmung von sowjetischer Seite und der SED. Proteste begleiteten eine derartige Entwicklung. Studenten der rechtswissenschaftlichen Fakultät lehnten auf einer außerordentlichen Vollversammlung am 15. Dezember 1949 die Vorauswahl der Kandidaten zu den Studentenratswahlen ab. Von von 54 Anwesenden stimmten 41 gegen eine

Entschließung, in der es u.a. hieß: "Die Studentenschaft erkennt, daß der bestehende Wahlmodus noch die Möglichkeit bietet, daß auch Studenten in den Studentenrat kommen, die nicht ihre gesellschaftliche Verpflichtung erfüllen. Deshalb müsse der Wahlmodus geändert werden. Die Massenorganisationen als Träger des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der Universität, als Träger des Kampfes für Freiheit und nationale Unabhängigkeit sollen das Recht erhalten, Kandidaten aufzustellen und die moralische und fachliche Haltung zu überprüfen."²⁷⁾

Mit der Gründung der DDR setzten sich diese Tendenzen fort. Administrativer Endpunkt war dabei die am 22. Februar 1952 von der DDR-Regierung erlassene "Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens", in der die alleinige Unterstellung der Universitäten unter das Staatssekretariat für Hochschulwesen verfügt wurde. Es erhielt Weisungs- und Kontrollrecht in allen Fragen des Universitätslebens bis in jede Institution hinein. Um- und Durchsetzung der zentralen Beschlüsse wurden zum bestimmenden Element der akademischen Administration. Gravierende Veränderungen in der Universitätsleitung waren die Folge.²⁸⁾ Die 1951 beginnende Reform der Universitäten der DDR veränderte radikal die Selbstverantwortung in der Lehre. Zwar gab es bis zu diesem Zeitpunkt Versuche, die Lehrinhalte zu beeinflussen, aber sie ließen die Eigenverantwortung des Lehrenden im wesentlichen noch unangetastet. Behinderungen stellten ein eingeschränkter Bezug von

wissenschaftlichen Zeitschriften und Fachliteratur aus den Westzonen dar, der nicht nur durch finanzielle Engpässe zu erklären war. Seit 1948 begannen zunächst durch Vortragsreihen von sowjetischen Wissenschaftlern die ersten Schritte der Orientierung auf das sowjetische Hochschulwesen, wobei ideologisch relevante Fachgebiete wie Philosophie, Geschichte, Wirtschaftswissenschaften u.a. als erste betroffen waren. Der gravierende Einschnitt in der Lehre erfolgte mit der Universitätsreform, die ein geregeltes Studium mit zentral vorgegebenen Lehrprogrammen und -inhalten vorsah. Integraler Bestandteil eines Fachstudiums wurde ein marxistisch-leninistisches Grundstudium. Von der Universität Rostock ging der Protest vieler Professoren gegen die maßgebliche Einschränkung der akademischen Lehrfreiheit in der DDR aus. Im Frühjahr 1952 verfaßten die Dekane der Medizinischen, Philosophischen, Theologischen, Mathematisch-Naturwissenschaftlichen, Landwirtschaftlichen und Technischen Fakultät für Schiffbau ein "Memorandum"²⁹⁾, in dem sie ihre Kritik anbrachten. Zahlreiche Professoren von Universitäten der DDR schlossen sich diesem Protest an. Die Hochschulreform wurde durchgesetzt.

Mit diesem Schritt erlangte die Universität Rostock das Profil einer öffentlichen Bildungseinrichtung, die kompatibel in einer Gesellschaft war, die von einer zentralen, hierarchisch gegliederten Administration geprägt war und in der offiziell das Primat der Politik alle Lebensbereiche bestimmte. Die geschilderten Prozesse vollzogen sich unter den

Bedingungen einer offenen Grenze, sich verschärfenden Tendenzen der Spaltung eines geteilten Nachkriegsdeutschlands und dem längerandauernden Einfluß der Besatzungsmächte divergierender Prägung in den Westzonen und der SBZ sowie der Gründung zweier deutscher Staaten.

Rostocker Studenten zwischen Konformität und Nonkonformität³⁰⁾

Zum Zeitpunkt der Wiedereröffnung der Rostocker Universität, am 25. Februar 1946, waren zunächst 325 junge Menschen in den vier vorerst eröffneten Fakultäten immatrikuliert worden. Ende des ersten Nachkriegssemesters zählte die Universität bereits 556 Studenten.³¹⁾ Ihre Zulassung zum Studium erfolgte nach den Richtlinien der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der SBZ, durch die Tätigkeit einer Zulassungskommission sowie unter Aufsicht und Zustimmung der SMA. Entsprechend der ersten "Verordnung für die Zulassung an Universitäten und Hochschulen" vom 30. September 1945 war der Zugang zur Universität für begabte Jugendliche aller sozialen Schichten möglich, die nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus einem demokratischen Neuanfang offen gegenüberstanden. Vom Hochschul- bzw. Universitätsstudium ausgeschlossen sollten jedoch künftig diejenigen bleiben, die vormals der NSDAP angehört oder in NS-

Organisationen Ämter bekleidet hatten. Präzisierungen und Differenzierungen in den folgenden Semestern ergänzten dann die Auswahlkriterien für Studienbewerber u.a. in bezug auf die Leistung, die politische Zuverlässigkeit, die Berücksichtigung von ehemals Verfolgten des Nazi-Regimes und nicht zuletzt hinsichtlich der Förderung von bislang benachteiligten sozialen Gruppen, also Jugendlichen aus Arbeiter- und Bauernkreisen. Dieser ausdrücklich fixierte Anspruch ließ sich jedoch zwangsläufig - selbst bei noch so nachhaltiger Förderung und durchaus praktizierter Bevorzugung - aufgrund des in diesen Gruppen vorherrschenden Bildungsstandes in den Folgejahren nur sehr langsam realisieren. So verweist die soziale Strukturierung der im Herbst 1947 immatrikulierten 1523 Rostocker Studenten erklärlicherweise mit 32,1 Prozent auf einen nur verhältnismäßig geringen Anteil der aus dem Arbeiter- und Bauernmilieu stammenden Studenten. Die Dominanz lag eindeutig bei den traditionellen Mittelschichten. Danach kamen 67,9 Prozent der zu diesem Zeitpunkt in Rostock Studierenden ihrer sozialen Herkunft nach aus Familien, deren Eltern der Intelligenz, dem Angestellten- bzw. Beamtentum, den Kaufmanns- und Handwerkerkreisen sowie in einem Falle der Kategorie Industrieller zugeordnet wurden. Allein 561 junge Menschen wiesen Elternhäuser aus, die unter den Sozialstatus der Beamten- und Angestelltenschaft fielen.³²⁾ Selbst unter zunehmendem Einfluß von Besatzungsmacht und SED sowie auch einseitiger zuungunsten anderer Schichten praktizierter Zulassungsbestimmungen hielten sich grundlegende Veränderungen hinsichtlich

der sozialen Zusammensetzung der Rostocker Studentenschaft bis zum Beginn der 50er Jahre in Grenzen. Noch 1951 gibt die Studententatistik für die Arbeiter- und Bauernstudenten einen Anteil von lediglich 35 Prozent bezogen auf die Gesamtstudentenschaft in Rostock an. Vorstudienanstalt (ab Dezember 1946) und Arbeiter- und Bauernfakultät (ab Oktober 1949), zur Erlangung der Hochschulreife eingerichtet, führten Jugendliche aus unteren Schichten nach einem Ausbildungszeitraum von drei Jahren erst Ende der 40er / Anfang der 50er Jahre verstärkt in die Hochschule. Insbesondere die ABF, an der sich in Rostock 1951 zu etwa 90 Prozent junge Menschen aus dem Arbeiter- und Bauernstand auf ein Universitätsstudium vorbereiteten³³⁾, galt allgemein als eine Art zweiter Bildungsweg, mit dem der systematische Aufbau einer demokratischen und schließlich sozialistischen Intelligenz sowie die Erosion des Bildungsprivilegs wohlstatuierter Schichten verbunden wurde. Die faktisch seit Wiedereröffnung der Universität betriebene Förderung von aus einfachen Verhältnissen kommenden Menschen führte zwischen den neuen politisch herrschenden Kreisen einerseits und der traditionell bürgerlichen Intelligenz andererseits zwangsläufig zu Vorbehalten. Auch an der Rostocker Universität, die vor dem immer stärker werdenden administrativen Zugriff noch in den ersten beiden Nachkriegsjahren hinsichtlich ihrer Verwaltung und Organisation, dem vorwiegend bürgerlichen Lehrkörper und der weitgehend mittelständischen Studentenschaft wie eine traditionelle Universität funktionierte, brachen Vorbehalte auf, die das Verhältnis belasten. So forderte

die "Tägliche Rundschau" in Schwerin am 11. September 1946 von der Pressestelle der Universität sicher nicht grundlos kurzfristige Informationen ein, in denen sogenannte Volkstudenten über "Ihre Pläne, Wünsche, Sorgen ... und über eventuelle Divergenzen mit dem Teil der alten Studenten, der sie nicht anerkennen will ..." ³⁴⁾, berichten sollten. Ein Umstand, der sich später unter anders gelagerten Bedingungen in unterschiedlichen politischen Ansichten und entsprechendem Engagement von Studenten fortsetzen sollte.

Unmittelbar nach Wiedereröffnung der Universität bestimmten jedoch andere, oft existentielle, Fragen das Leben der meisten Studenten. Politisches Engagement lag der Mehrheit der Studenten so kurz nach Kriegsende fern. Deutlich spürbar waren Berührungsängste gegenüber Organisationen und politischen Diskussionen sowie Abneigungen gegen vorgefertigte Meinungen. Was tatsächlich zählte, war die Konzentration auf das Studium (s. Dok. 1, Abb. 1). Dies fiel allerdings zumeist schwer, wenn man die vielfältigen Probleme bedenkt, die, angefangen von der beschwerlichen Wohnungssuche im zerstörten Rostock, über die angespannte Geld- und Lebensmittelsituation bis hin zu Kohlen-, Lehrbuch- und Papiermangel, den Studentenalltag der unmittelbaren Nachkriegszeit oft schon ausfüllen konnten. Hilfe und Unterstützung waren hier gefragt. Aber woher? Definitive Möglichkeiten und Wege zur Wiederbelebung einer studentischen Interessenvertretung ergaben sich erst mit den Richtlinien der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern vom 15. März

Abb. 1
Seminar im
Sommer-Semester
1948

(Entnommen aus
"Beiträge zur Ge-
schichte der Wilhelm-
Pieck-Universität
Rostock", H. 11,
Rostock 1988,
S. 31)



1946, die die Modalitäten zur Bildung von Studentenausschüssen an den Universitäten Rostock und Greifswald regelten. So war es bei der allgemeinen Zurückhaltung der Studenten schon ein glücklicher Umstand, daß der Rektor, Prof. Rienäcker, Studenten und Studentinnen mit einem derartigen Projekt beauftragen konnte. Er selbst beschrieb sie als einen Kreis von zwölf jungen Leuten, die ihm "persönlich und anderen Stellen als zuverlässig, aufbauwillig und bereit zu positiver Mitarbeit bekannt waren."³⁵⁾ Als Hauptstudentenausschuß, der seit dem 30. April 1946 über ein eigenständiges Programm verfügte, wollten diese Studenten neben der dringlichen Sozialarbeit, die u.a. die Aufgaben Studentenspeisung/Mensa, Wohnraumpolitik und Stipendienberatung umfassen sollte, auch in den

Bereichen wie Kultur/Kulturpolitik, Sport und Außenarbeit aktiv werden. Die Leitung des Studentenausschusses übernahm ein Kopfausschuß, der sich aus vier Referenten und dem Geschäftsführer zusammensetzte. In der Studentischen Arbeitsgemeinschaft der Universität Rostock, wie sich der Studentenausschuß nunmehr nannte, sah man sich zuerst und gemeinsam der momentanen Situation der Studentenschaft, nicht aber der Profilierung im Interesse einer der politischen Richtungen verpflichtet. Obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keinerlei Parteiorganisationen an der Universität existierten, waren von den Hauptausschußmitgliedern 5 in der LDP, 4 in der SED und 3 bei der CDU organisiert, was jedoch die Arbeit des Gremiums nicht belastete.³⁶⁾ Ein ebenfalls soziales Anliegen verfolgte die am 12.

Dok. 1

Auszug aus der Rede des Rektors Prof. Rienäcker anlässlich der feierlichen Wiedereröffnung der Rostocker Universität am 25. Februar 1946 in der Aula

"...

Meine Studentinnen und Studenten!

Seit Monaten warten Sie nun fast schon mit Ungeduld darauf, endlich wieder in unsere Hörsäle und Laboratorien kommen zu dürfen. Ich weiß, daß Sie alle nur den einen Wunsch haben, endlich wieder für ihr Studium, für ihre Zukunft und damit für Deutschlands Zukunft und Erneuerung zu arbeiten, und ich weiß, daß Sie diese Arbeit ernst nehmen und mit ganzer Kraft anpacken wollen....Muß ich Ihnen eigens versichern, daß Ihnen unsere ganze Sorge gelten wird? Wir versprechen Ihnen, daß wir Ihnen nach bestem Vermögen die wissenschaftliche und fachliche Ausbildung geben wollen, um Sie für Ihren Auftrag bereit zu machen. Damit soll und darf aber unsere Aufgabe sich nicht erschöpfen.

Wir wissen, daß über Ihnen, der neuen Jugend, eine Tragik liegt, wie sie selten einer Jugend beschieden war. Sie sind in einer Zeit aufgewachsen und geistig mündig geworden, die jetzt auf das kläglichste zusammengebrochen ist. Viele von Ihnen sind über die Schlachtfelder dieses Krieges gegangen und durch die Begegnung mit dem Grauen und mit dem Tode für das ganze Leben gezeichnet. Viele von Ihnen waren erfüllt von heiligsten Idealen und voller Bereitschaft zu heroischem Einsatz; diese Ihre erste schönste Begeisterungsfähigkeit der Jugend ist mißbraucht und irregeleitet worden. Einige mögen vielleicht dem Vergangenen mit einigen Fasern des Herzens noch anhängen, viele suchen nach neuen Wegen in die Zukunft. Glauben Sie nicht, daß wir das alles nicht wissen. Die Ideale, für die man Sie in Ihren jungen Jahren zu begeistern suchte, sind in Trümmer gefallen, und jeder versucht jetzt, Ihnen die Reste aus dem Herzen zu reißen. Es mag sein, daß nun mancher das Gefühl hat, leer und ausgebrannt sich selbst überlassen zu sein. Das darf nicht sein, Jugend darf nie resignieren, Jugend sucht immer nach Tätigkeit. Aber Tätigkeit ist sinnlos, ohne daß man die Richtung und das Ziel erkennt. Wir versprechen Ihnen, Ihnen dabei zu helfen, und bitten Sie, unsere Hilfe anzunehmen...."¹⁾

1) Zitiert nach: Dokumente. Günther Rienäcker, Die demokratische Sendung der Universität (Rede anlässlich der Wiedereröffnung der Universität am 25.2.1946), in: Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, H. 2, Rostock 1982, S. 63.

Dezember 1946 von Studenten in Form einer Genossenschaft gegründete Studentische Selbsthilfe. Entsprechend der Satzung gehörten mit der "Errichtung und Unterhaltung von studentischen Betreuungsbetrieben (Studentenheimen, Mensa academica, Schuster- und Schneiderwerkstätten, Wäschereien usw.)"³⁷⁾ dringende Probleme und Bedürfnisse der Studentenschaft zum Gegenstand des genossenschaftlichen Unternehmens. Die beiden genannten studentischen Institutionen arbeiteten infolge ähnlich gelagerter Interessen eng zusammen. Waren die ersten Studentenausschüsse zunächst vom Rektor eingesetzte Gremien, so ermöglichte das im Januar 1947 von der Zentralverwaltung für Volksbildung erlassene "Vorläufige Statut" erstmals nach Kriegsende die Wahl einer studentischen Interessenvertretung durch die Studentenschaft selbst. Die entsprechende Wahlordnung für die Universitäten des Landes Mecklenburg-Vorpommern sah in diesem Zusammenhang eine direkte, freie und geheime Personenwahl vor, auf deren Grundlage ein Studentenrat zu bilden war, der in der Verantwortung von Studenten und Rektor stand. Parallel dazu war auch eine studentische Vertretung in den jeweiligen Fakultätsräten vorgesehen. Die unerwartet hohe Wahlbeteiligung der Rostocker Studenten bei den ersten Studentenratswahlen vom 14. Mai 1947 zeugte bei 86 Prozent generell davon, daß der Schritt in Richtung einer frei gewählten studentischen Vertretung von der deutlichen Mehrheit der Studentenschaft angenommen worden war. Gewählt wurden vor allem Kandidaten, die seit Wiedereröffnung der Universität im Interesse der Studenten

besonders aktiv waren. Gemessen wurde bei der Nominierung und Wahl zuerst an der jeweiligen Persönlichkeit, Organisations- bzw. Parteizugehörigkeit waren hier noch zweitrangig, wofür auch die gleichmäßig verteilten Sympathien durch die Studenten sprachen (s. Abb. 2). Auch war die etwaige Einflußnahme

Stimmzettel

für die Wahl zum

STUDENTENRAT

Rechts- und Wirtschafts- wissenschaftliche Fakultät:

77
 35
 59
 106
 48
 73

1. Helmuth Cornelius
2. Horst Derge
3. Arno Esch
4. Henning Frank
5. Karlheinz Friedrichs
6. Wolfgang Hildebrandt

Abb. 2 Stimmzettel zu den ersten Studentenratswahlen an der Universität Rostock am 14. Mai 1947¹

¹UA Rostock, AUH Studentenratswahlen Mai 1947

von Parteien nach dem vorgegebenen Wahlmodus nicht direkt, sondern nur über die jeweiligen Personen im Studentenrat möglich. Wenn es der SED schließlich bei den folgenden Studentenratswahlen am 10. Dezember 1947 bei einer 88,7 prozentigen Wahlbeteiligung gelang, die stärkste Fraktion im Studentenrat zu stellen, so hing dies ursächlich neben Ansehen und Aktivität der betreffenden Kandidaten auch mit den im Vergleich zu anderen für sie günstigeren Bedingungen zusammen. Maßgeblich waren hierbei die breiteren Möglichkeiten allein schon durch die Existenz einer SED-Betriebsgruppe seit Dezember 1946 und die gezielte Einflußnahme der Partei von außen. Während die SED also bereits über eine institutionalisierte Struktur verfügte, war die erst im Oktober 1947 gegründete Parteigruppe der LDP zu diesem Zeitpunkt noch in der Konstituierung begriffen, wodurch sich letztlich Nachteile erklären lassen. Entsprechend der Wahlergebnisse setzte sich der neue Studentenrat aus 11 SED-, 2 LDP-Mitgliedern, einem CDU-Vertreter sowie 7 Parteilosen zusammen.³⁸⁾ Das Jahr 1948 brachte dann für die Universität erste sichtbare Einschnitte bezüglich ihrer bis dahin weitgehend bewahrten Autonomie, was nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeit des Studentenrates blieb. Während die Professorenschaft die schrittweise Zurücknahme in der Selbstverwaltung trotz ihrerseits artikulierter Vorbehalte und Kritik mehr oder weniger akzeptierte, schieden sich innerhalb der Studentenschaft an diesen Dingen zunehmend die Geister. Angriffsflächen lieferten in diesem Jahr u.a. die Zulassungsbestimmungen - die neben dem Leistungsprinzip gleicher-

maßen die politische Einstellung als Kriterium einbezogen -, die Verlagerung der Immatrikulationsausschüsse aus der Universität in Instanzen der Kommunal- und Landesebene bei nur noch partieller Einbeziehung der Wissenschaftler sowie der Entwurf zu einem Universitätsstatut.³⁹⁾ Was die Zulassungsbedingungen zum Studium im einzelnen betraf, so formierte sich unter Teilen der Studentenschaft Mitte 1948 Widerspruch. Insbesondere aus Kreisen der LDP- und CDU-Mitglieder wurden Stimmen laut, die eine pauschale Bevorzugung von Studienbewerbern aus dem Arbeiter- und Bauernstand sowie eine Beurteilung nach der politischen Zuverlässigkeit als mitentscheidende Kriterien ablehnten. Ausschlaggebend für die Aufnahme eines Studiums sollte nach ihrem Ermessen allein die Leistung sein. Mit diesem Einwand verband man insbesondere die Gefahr der Benachteiligung von bestimmten sozialen Gruppen und politischen Gruppierungen. Demgegenüber war bei den Befürwortern der Richtlinien, zumeist aus SED- bzw. FDJ-Kreisen stammend, aus einer verständlichen Befindlichkeit heraus die Parteinahme für die in der Vergangenheit aufgrund des Bildungsprivilegs benachteiligten Arbeiter- und Bauerschichten deutlich zu spüren. Im Ergebnis der durchaus konträr verlaufenden Diskussion, faßte der Studentenrat am 1. Juni 1948 seine grundsätzlichen Bedenken in einer Resolution zusammen, die u.a. der Landesregierung zugesandt wurde (s. Dok. 2).⁴⁰⁾ Das Ministerium für Volksbildung bei der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern rechtfertigte jedoch seine Position in Anlehnung an die Zulassungsmodalitäten der Zentralverwaltung. In

Dok. 2

Resolution des Studentenrates der Universität Rostock betreffs der Handhabung der Zulassungsbestimmungen gemäß der Anordnungen der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Berlin und der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern vom 1. Juni 1948

Abschrift

Studentenrat der Universität Rostock

Resolution

Der Studentenrat ist sich darüber im klaren, daß die Forderung des Arbeiter- und Bauernstudiums eine dringende Notwendigkeit ist. Dennoch erklärt sich der Studentenrat mit der Abfassung der Bestimmungen über das Zulassungsverfahren nicht einverstanden und macht folgenden Gegenvorschlag.

Grundsätzlich soll die bessere Leistung entscheiden. Den Bauern- und Arbeiterkindern und den hochqualifizierten OdF ist nur dann der Vorzug zu geben, wenn ihre Leistung die gleiche ist, wie die der übrigen Bewerber.

Ferner steht der Studentenrat auf dem Standpunkt, daß die aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Studienbewerber die gleiche Bevorzugung genießen sollen wie die oben erwähnten.

Rostock, den 1. Juni 1948

Der Studentenrat der Universität Rostock¹⁾

1) UA Rostock, Akte Studentenrat Mai 1947-31. Dezember 1948

einem Schreiben an den Rostocker Studentenrat vom 11. Juni 1948 schrieb das Ministerium, daß "... zu dem Gesamtbegriff "Leistung" nicht allein die rein fachliche Eignung, sondern darüber hinaus eine Wertung der charakterlichen Gesamtpersönlichkeit und die Aktivität in der Mitarbeit am demokratischen Aufbau ... bestimmend sein müsse, so daß der Begriff der Leistung somit einen umfassenderen Charakter haben muß, ... Weiter ist bei der gleichen Eignung dem Arbeiter- und Bauernkind

unbedingt der Vorzug zu geben, da seine Leistung unter weitaus schwierigen sozialen Bedingungen erarbeitet werden muß, als es bei Kindern aus sozial besser gestellten Gesellschaftsschichten der Fall ist."⁴¹⁾ Die Auseinandersetzung um die Handhabung der Zulassungsbestimmungen, die sich, wie jüngste Forschungen zeigen⁴²⁾, weiter fortsetzten, ließ deutlich werden, daß diese Debatten zunehmend eine politische Dimension annahmen. Zusätzlich zu universitären und nach wie vor

dringenden sozialen Problemen gewannen unter der Studentenschaft nunmehr auch Diskussionen zu tagespolitischen Fragen bezüglich der Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Entwicklung in der SBZ und ganz Deutschlands einen größeren Raum. Anteil an diesen Dingen hatten vor allem politisch aktive bzw. interessierte Studenten. So schätzte der Studentenratsvorsitzende Mitte Juni 1947 die Bereitschaft unter den Studenten, sich auch solchen Fragen zu stellen, als durchaus unterschiedlich ein. Nach seiner Meinung setzte sich die Studentenschaft in dieser Phase etwa zu gleichen Teilen aus politisch gleichgültigen bzw. desinteressierten jungen Leuten und politisch interessierten Jugendlichen zusammen. Die an der Meinungsbildung teilnehmenden Studenten waren danach zumeist Mitglieder der einzelnen Parteien, die in der Diskussion durchaus auch die jeweiligen Parteikonzepte vertraten.⁴³⁾ Divergierende Auffassungen und Widerspruch gegen vorgegebene Urteile, eine der jungen Generation eigene Mentalität, wurde von einem Teil der engagierten Studenten einerseits eher als eine Art Kultur des politischen Streits, im Sinne von Normalität und Anregung, empfunden. Andererseits war jedoch nicht mehr zu übersehen, daß sich auch die Zahl derer mehrte, bei denen die Intoleranz gegenüber Andersdenkenden infolge von Fremdbestimmung zunahm. Entsprechende Maßnahmen zur Ausschaltung unliebsamer und unbequem gewordener Studenten betraf verstärkt LDP-Mitglieder, aber auch von gängigen Positionen abweichende SED- und FDJ-Vertreter. Die gezielt betriebene Entfernung aus Positionen war eine Folge. Eine weitere

Möglichkeit war der eigene Rückzug, indem man das Mandat für ein Amt zur Verfügung stellte. Andere Studenten wiederum wählten dann in den folgenden Jahren den Weg in den Westen, um Repressalien oder einer drohenden Verhaftung zu entgehen. Diesbezügliche Erfahrungen hatte man schon in den ersten Nachkriegsjahren machen müssen. So meldete der Studentenrat am 20. März 1948 an den Rektor die ihm bekannten Namen von sieben Rostocker Studenten, die zwischen 1947 und Frühjahr 1948 durch die sowjetischen Behörden verhaftet worden waren.⁴⁴⁾ Diese sich 1948 anbahnende Situation belastete die Entwicklungen des folgenden Jahres nachhaltig. So spitzte sich die Lage nach den Studentenratswahlen vom 8. Februar 1949 erheblich zu, als am 29. April 1949 plötzlich Flugblätter auftauchten, in denen die anonymen Verfasser gegen die nach ihrer Auffassung herrschende SED-Parteidiktatur an der Rostocker Universität protestierten. Insbesondere die heftigen Angriffe gegen angesehene Wissenschaftler, durch die die damalige Haltung der Betroffenen zum Kommunismus mit der jeweils angeblich persönlichen Vergangenheit der Genannten im Faschismus konfrontiert wurde, lagen außerhalb einer sachlichen Argumentation, was den Bogen des Anliegens bei weitem überspannte.⁴⁵⁾ Zu ähnlichen Auseinandersetzungen war es bereits mit Beginn des Wintersemesters 1948/49 gekommen, als die Einführung von Anwesenheitslisten in den Lehrveranstaltungen administrativ angeordnet worden war. LDP-Studenten, die diese reglementierende Maßnahme ablehnten, hatten in diesem Zusammenhang die Universität Rostock in

einem öffentlichen Aushang mit einer Nationalsozialistischen Erziehungsanstalt verglichen.⁴⁶⁾ Bereits dieses Ereignis hatte das Verhältnis empfindlich belastet. Gegen die neuerliche Flugblattaktion, die in eine ähnliche Richtung tendierte, erhoben Universitätsleitung und Studentenrat schärfsten Protest. Der Vorgang wurde umgehend von der Kriminalpolizei untersucht, worauf das "Verzeichnis für gegen Studierende eingeleitete Strafverfahren" verweist. Der hier unter der Nummer 252 registrierte Vorfall blieb allerdings unaufgeklärt und wurde mit dem Vermerk "unbekannt" abgeschlossen.⁴⁷⁾ Darüber hinaus schaltete sich die SMA ein. Später folgten weitere willkürliche Verhaftungen, ebenso Repressalien insbesondere gegen Liberaldemokraten, die man aufgrund des o. g. Vorfalls hinter dieser Aktion vermutete. Seitens der SMA wurde die weitere Tätigkeit der LDP an der Rostocker Universität ab Sommer 1949 vorerst durch Verbot unterbunden. Bereits seit längerem stand die sich hier formierende Opposition, die sich in erster Linie mit Studenten der Juristischen Fakultät verband, unter Beobachtung der örtlichen Besatzungsbehörden. Letztlich verblieb den LDP-Mitgliedern für die politische Betätigung an der Universität zunächst fast ausschließlich das Feld der studentischen Selbstverwaltung, was den Aktionsradius beträchtlich einschränkte. Die Situation spitzte sich weiter zu, als im Herbst 1949 eine weitere Verhaftungsaktion erfolgte. Einige Studenten konnten sich dem durch rechtzeitige Flucht in die Westzonen entziehen, andere Studenten und Jugendliche der LDP in Mecklenburg-Vorpommern wurden am 18. Oktober 1949

inhaftiert. Unter ihnen befand sich auch der für die LDP politisch engagierte und allseits bekannte Jura-Student Arno Esch (s. Abb. 3).



Abb. 3 Arno Esch, geb. 6. Februar 1928 in Memel; hingerichtet 24. Juli 1951 in der UdSSR¹

¹UA Rostock, Studentenakte Arno Esch

Dies veranlaßte den Studentenrat am 25. Oktober 1949 zu einer Mitteilung an die Universitätsleitung und die Landesregierung, in der es u.a. hieß: "Seit Tagen werden Studenten beim Studentenrat vorstellig, die uns mitteilen, daß die Studenten Esch und W. seit dem 18.10. nicht mehr in Rostock anwesend sind. Die gleichen Studenten lassen durchblicken, daß Esch und W. von der SMA verhaftet worden wären."⁴⁸⁾ Esch, der auf Universitäts-, Orts-, Landes- und zentraler Parteiebene der LDP führende Positionen einnahm, hatte sich offen und programmatisch mit den Möglichkeiten und Grenzen der gesellschaftlichen Entwicklung auf unterschiedlicher Ebene auseinandergesetzt, was die Aufmerksamkeit der Besatzungsmacht zunehmend auf ihn gelenkt hatte. Arno Esch, der von den Professoren der Rechtswissenschaftlichen Fakultät als ein integrierender und hochbegabter junger Mann mit Ausblick auf eine wissenschaftliche Laufbahn eingeschätzt wurde⁴⁹⁾, hatte mit seinen Aktivitäten und Vorstellungen über Liberalismus und Chancen einer Demokratie die aus Sicht der Besatzungsmacht zulässigen Grenzen im Sinne einer sowjet- und SED-feindlichen Position überschritten. Esch wurde am 24. Juli 1951 im Alter von nur 23 Jahren in der UdSSR hingerichtet.⁵⁰⁾ Die Ereignisse vom Herbst 1949 paralyisierten nicht nur die Aktionsfähigkeit der Liberaldemokraten an der Rostocker Universität, zumal die Willkür der SMA auch bei anderen Studenten einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen hatte. Dennoch kam es unter der Studentenschaft noch Ende 1949, inzwischen war die DDR gegründet, im Zusammenhang mit der geplanten Veränderung

der Wahlordnung für die Studentenratswahlen zu heftigen Debatten. Ein Großteil der an der Diskussion beteiligten Studenten lehnte es ab, die bisherige Personenwahl durch die Einführung einer Listenwahl der gesellschaftlichen Organisationen zu ersetzen. Wesentliche demokratische Ansätze, schließlich auch die Möglichkeiten für Gegenkräfte, drohten auf diesem Wege demontiert zu werden. Während einer außerordentlichen Fakultätsratssitzung der Rechtswissenschaften am 15.12.1949 trafen die konträren Ansichten wie anderswo auch direkt aufeinander. Der Befürworter der neuen Wahlordnung, ein Vertreter des Studentenrates, hielt sie auch deshalb für angemessen, weil sie verhindere, daß "Schreihälse und sachlich unqualifizierte Kandidaten in den Studentenrat kommen."⁵¹⁾ In der Erwiderung wies laut Protokoll ein anderer Redner "auf einen Brief der SED an die LDP hin, in dem es heißt, daß die Studentenratsmitglieder R., W. und P. aus dem Studentenrat müssen. Daraus erkenne man die politische Affäre."⁵²⁾ Ein in den Rechtswissenschaften für die neue Wahlordnung eingebrachter Abstimmungsantrag scheiterte klar. Auch an anderen Fakultäten verhielt es sich ähnlich. Die Ablehnung ging quer durch die Rostocker Studentenschaft. Letztlich jedoch konnte man an der Wahlordnung, die im Dezember erlassen worden war, nichts ändern. Fortan setzten sich die Studentenräte nach der Zurücknahme der bislang demokratischen Wahlelemente auf der Grundlage von Listenabstimmungen zusammen, wie bereits die folgende Wahl im Februar 1950 zeigte. Dies hatte insbesondere den Effekt, daß die herrschenden politischen Kräfte ihren

Führungsanspruch fast widerstandslos realisieren konnten.

Die ersten Nachkriegsjahre hatten gerade auch auf der Ebene der Studentenschaft gezeigt, daß sich nach dem hoffnungsvollen

Neuanfang aller demokratischen Kräfte die anfangs bestehende Toleranz gegenüber unterschiedlichen Konzepten in nicht zuletzt auch gegenseitige Intoleranz gewandelt hatte.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Universitätsarchiv Rostock (im folgenden UA Rostock), K 1/11, K 1/687.
- 2) Vgl. Geschichte der Universität Rostock 1419-1969, 2Bde., Rostock 1969, Bd. 2, S. 35.
- 3) Vgl. Thomas Ammer, Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, Köln 1990, S. 9.
- 4) Vgl. Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, MfU 213, 219.
- 5) Vgl. UA Rostock, K 1/687, K 1/ Vol. II/ 1005, K 19/143.
- 6) Vgl. Helge Bei der Wieden, Mecklenburgische Regierungen und Minister 1918 bis 1952, Köln-Wien 1976, S. 50f.
- 7) Vgl. UA Rostock, K 1/11.
- 8) Vgl. Ebenda, K 19/143.
- 9) Vgl. Ebenda, K 1/Vol. II/1005, K 19/143.
- 10) Vgl. Ebenda, K 2/17.
- 11) Vgl. Ebenda, K 1/787.
- 12) Vgl. Rosemarie Hoffmann, Der Kampf um eine demokratische Neueröffnung der Universität Rostock (Mai 1945-Februar 1946) phil. Diss., Universität Rostock, Rostock 1964, (MS), S. 97.
- 13) Vgl. UA Rostock, K 13/218, 219.
- 14) Vgl. Rosemarie Hoffmann, Der Kampf, S. 143.
- 15) Zitiert nach: Dokumente. Günther Rienäcker, Die demokratische Sendung der Universität (Rede anlässlich der feierlichen Wiedereröffnung der Universität am 25.2.1946), in: Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, H. 2, Rostock 1982, S. 57.
- 16) Zitiert nach: Ebenda, S. 58.
- 17) Vgl. UA Rostock, R I, Senatsprotokolle 1946-1948.
- 18) Vgl. Ebenda, K 2/4.
- 19) Vgl. Ebenda, R I, Senatsprotokolle 1946-1948.
- 20) Vgl. Geschichte der Universität Rostock, Bd. 2, S. 25f.
- 21) Vgl. UA Rostock, R I, Senatsprotokolle 1946-1948.
- 22) Vgl. Ebenda.
- 23) Vgl. Ebenda.
- 24) Vgl. Geschichte der Universität Rostock, Bd. 2, S. 52.
- 25) Vgl. Ebenda, S. 26-32.
- 26) Vgl. UA Rostock, R I, Senatsprotokolle 1946-1948.
- 27) Ebenda, Juristische Fakultät/209.
- 28) Vgl. Geschichte der Universität Rostock, Bd. 2, S. 93f.
- 29) Vgl. Der Tag, Berlin 30.4.1953.
- 30) Zu den neuesten Publikationen zählen: Friedrich-Franz Wiese/Hartwig Bernitt, Arno Esch. Eine Dokumentation, Dannenberg/Elbe 1994 und Christiane Krause, Studenten im Aufbruch. Ein Beitrag nicht nur zur Rostocker Universitätsgeschichte, Rostock 1994.

- 31) Vgl. UA Rostock, R I/2.
 32) Vgl. Ebenda, K I/62.
 33) Vgl. Ebenda, SED/102.
 34) Ebenda, R III/Pressestelle 1946-1965.
 35) Ebenda, K 14/1019.
 36) Vgl. Ebenda, Akte Studentenausschuß 1945-1947.
 37) Vgl. Ebenda, K 14 / 946; Akte Studentische Selbsthilfegenossenschaft 1945-1952, 1973.
 38) Vgl. Ebenda, Akte Studentenratswahlen Mai 1947 - Dezember 1947; Thomas Ammer, Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, Köln 1990, S. 33.
 39) Vgl. UA Rostock, R I/2.
 40) Vgl. Ebenda, Akte Studentenrat Mai 1947-31. Oktober 1948.
 41) Ebenda, K 14/1019.
 42) Vgl. Christiane Krause, Studenten im Aufbruch, S. 73ff.
- 43) Vgl. UA Rostock, K 1/Vol. II/1005.
 44) Vgl. Ebenda, Akte Studentenrat Allgemeines 1946-1951.
 45) Vgl. Ebenda, Akte Verleumdung durch Flugblatt Dezember 1949-April 1950.
 46) Vgl. Thomas Ammer, Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, Köln 1990, S. 45f.
 47) Vgl. UA Rostock, R III/ Verzeichnis gegen Studierende eingeleitete Strafverfahren 1910-1968.
 48) Zitiert nach: Friedrich-Franz Wiese/Hartwig Bernitt, Arno Esch, S. 138.
 49) Vgl. UA Rostock, Juristische Fakultät/209.
 50) Vgl. Friedrich-Franz Wiese/Hartwig Bernitt, Arno Esch, S. 9.
 51) UA Rostock, Juristische Fakultät/209.
 52) Ebenda.

Die Schließung der Juristischen Fakultät 1950

Zum Wintersemester 1950/51 wurde die Juristische Fakultät auf Anordnung des Volksbildungsministeriums in Berlin geschlossen. Dies war ein einschneidendes Ereignis, da diese Fakultät seit 1419 bestanden und viele verschiedene Regimes überdauert hatte. Warum erfolgte die Schließung gerade unter dem SED-Regime?

Eine sachgerechte Beantwortung der Frage erfordert eine nähere Beleuchtung der Vorgeschichte. Nach 1945 hatten die Universitäten im zerstörten Deutschland die Aufgabe, den Lehrbetrieb so schnell wie möglich wieder aufzunehmen. Es mußte also gleich mit dem Aufbau der Fakultäten begonnen werden. Studienbewerber für die Juristische- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät fanden sich genug. Der Bildungshunger der jungen Generation war groß. Bald wuchs die Zahl der Rechtsstudenten auf über 100 an.

Der Lehrkörper der Fakultät

Problematisch war der Aufbau eines neuen Lehrkörpers. Die Neueröffnung der Universität

gab vielen Angehörigen des Lehrkörpers neue Hoffnung und weckte in ihnen die Bereitschaft, die Lehr- und Forschungstätigkeit trotz der schwierigen materiellen Bedingungen wieder aufzunehmen.

Etliche Professoren waren jedoch im Krieg gefallen; andere befanden sich noch in Kriegsgefangenschaft, hatten die Universität gewechselt oder wurden als ehemalige NSDAP-Mitglieder nicht mehr als Hochschullehrer eingesetzt. Der juristischen Abteilung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät war nur Heinrich Mitteis erhalten geblieben.

Heinrich Mitteis, als Sohn eines bekannten Rechtshistorikers und Professors 1889 in Prag geboren, war 1939 von Wien nach Rostock versetzt worden, wo gerade der deutschrechtliche Lehrstuhl frei geworden war. An der Rostocker Fakultät vertrat Mitteis, der als Rechtshistoriker seit längerer Zeit internationale Anerkennung besaß, bürgerliches Recht, deutsches Privatrecht, Kirchengeschichte und deutsche Rechtsgeschichte.¹ Kurze Zeit nach der Wiedereröffnung der Universität wurde Prof. Mitteis, inzwischen erster Dekan der

wiedereröffneten Juristischen Fakultät, jedoch an die Universität Berlin berufen.

Aufgrund dessen übernahm Prof. Dr. Hellmuth Mayer vorübergehend das Dekanat der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, bis 1947 Prof. Dr. Wollheim an dessen Stelle trat.

Assistenten waren nicht vorhanden, zumal bisher nur eine Planstelle hierfür vorgesehen war. Man half sich durch die Heranziehung von Persönlichkeiten, die in dem neu gebildeten demokratischen Justiz- und Verwaltungsapparat wichtige Funktionen bekleideten.

Allerdings waren die Auswahlmöglichkeiten zwangsläufig beschränkt, da nur relativ wenige in der NS-Zeit unbelastet gebliebene Juristen zur Verfügung standen. Von ihnen wurde erwartet, daß sie im Sinne der neuen Entwicklung auf die Studierenden Einfluß nehmen würden.

In der Folgezeit wurden vorerst in die Vorlesungstätigkeit einbezogen:

Senatspräsident Dr. Wilhelm *Bruns* (Zivilrecht); Landgerichtsdirektor Dr. Friedrich-Wilhelm *Wollenberg* (Zivilrecht u. Römisches Recht); Rechtsanwalt Dr. Hugo *Hasse* (Wirtschaftsrecht); Ministerialdirektor und Kurator der Universität Rostock Dr. Erich *Schlesinger* (Verwaltungsrecht); Finanzminister des Landes Mecklenburg Dr. Hans Gotthilf *Strasser* (Deutsches Recht u. Rechtsgeschichte) sowie Oberlandesgerichtspräsident Wilhelm *Weiland* (Strafrecht).

Schlesinger, Strasser und Weiland wurden bald darauf zu Professoren ernannt.

Lehraufträge erhielten in der Folgezeit:

Dr. Käte *Hertwig* (Arbeitsrecht); Prof. Dr. Heinz *Herz* (Rechts- und Wirtschaftssoziologie); Dr. Rudolf *Scheuermann* (Zivilrecht) und Wilhelm *Heinrich* (Zivilrecht). Als Mitteis und Mayer in den Jahren 1946/47 endgültig aus dem Lehrkörper ausgeschieden waren, berief man den Völkerrechtler Dr. Elfried *Härle* und Dr. Arno *Hübner* (Staats- und Verwaltungsrecht) als weitere Professoren.

Damit war die juristische Ausbildung an der Universität Rostock weitgehend sichergestellt.

Als schwierig empfand man auch die notwendige Profilierung des Studiums im Sinne der sich vollziehenden gesellschaftlichen Umgestaltung und staatlichen Neuordnung. Die Mitglieder des Lehrkörpers waren zwar überwiegend gegen den Nationalsozialismus eingestellt, jedoch zum größten Teil Vertreter der herkömmlichen Rechtsauffassung oder doch auf ihrer Grundlage ausgebildet und erzogen. Obwohl es oft nicht am guten Willen fehlte, bereitete die immer stärker geforderte "ideologische Neuorientierung" vielfach Schwierigkeiten.

Von den Mitgliedern des Rostocker Lehrkörpers bemühten sich namentlich Weiland und Hertwig um die Durchsetzung der Prinzipien der sogenannten "antifaschistisch-demokratischen Ordnung" im Bereich der Rechtslehre. Prof. Steiniger tat sich durch seine scharfe

und kämpferische Polemik gegenüber Erscheinungsformen der "bürgerlichen Staats- und Verfassungstheorie" hervor. Von besonders nachhaltigem Einfluß war zudem das Wirken des späteren, langjährigen Rektors der Universität, Professor Schlesinger, dessen Verdienste sich weit über die Juristische Fakultät hinaus auf die Belange der gesamten Rostocker Universität erstreckten.

Er wurde als Sohn eines Eisenbauingenieurs 1880 in Warstade/Kreis Neuhaus geboren, im Dezember 1945 von der neugebildeten Landesverwaltung zum Kurator der Universität Rostock, 1946 zum Honorarprofessor und 1949 zum ordentlichen Professor für Verwaltungsrecht ernannt.²

Schlesinger war ein bürgerlicher Demokrat, der sich infolge seines sicheren und korrekten Auftretens, seines klaren und sachlichen Vortrags sowie seiner hohen menschlichen Qualitäten von seiten der Studenten und seiner Kollegen einer allgemeinen Beliebtheit erfreute.

Der Lehrbetrieb

Die damaligen Studienbedingungen sind mit den heutigen nicht zu vergleichen. So wurde zunächst nach einem 6-semesterigen Studium das 1. Staatsexamen durchgeführt. Diese Regelung wurde jedoch seitens der Professoren gerügt. Die Studienzeit sei viel zu kurz, zumal bei einer großen Anzahl der Studierenden aufgrund der Kriegsverhältnisse eine verminderte Aufnahmefähigkeit und eine lückenhafte

Vorbildung gegeben sei. Aufgrund dessen wandte sich der Dekan mit einem Schreiben an das Mecklenburgische Volksbildungsministerium und bat um Verlängerung des juristischen Studiums um ein Semester. Er begründete seine Bitte damit, daß in dieser kurzen Studienzeit die einzelnen Rechtsgebiete viel zu cursorisch behandelt werden müßten und das notwendige Eingehen auf Details fast ausgeschlossen sei. Desweiteren komme es zu störenden Überschneidungen bei der Lehrstundenzahl. Unberücksichtigt bleibe auch, so der Dekan, daß in einigen Fächern eine Erhöhung der Stundenzahl erforderlich sei und somit eine zu große Belastung für die Studenten bestehe. Es müßten Möglichkeiten zur Erweiterung des Allgemeinwissens gegeben sein.

Der Dekan schlug auch vor, der Zulassung zum Rechtsstudium eine praktische Ausbildung von einem halben Jahr bei den Gerichten vorzuschalten. Nach einigen Überlegungen und Versammlungen wurde dann Ende 1949 beschlossen, das juristische Studium auf 7 Semester zu verlängern.

Von den angebotenen Vorlesungen seien als Beispiele hier genannt:

Allgemeine Wirtschaftstheorie (Prof. Wollheim); Bilanzen mit Übungen (Dipl.-Volkswirt Bauer); Statistik (Dr. Braeuer); Finanzwissenschaft (Prof. Dr. Fleck); Die französische Nationalökonomie von Sally bis Turgot (Dr. Braeuer); allgemeine Wirtschaftsgeschichte (Prof. Dr. Wollheim); Forensische Psychiatrie (Doz. Dr. Heygster, Doz. Dr. Dr. Hasse); Gewerbe- strafrecht, Versicherungsrecht, Urheber- und

Erfinderrecht sowie Grundzüge des Steuerrechts.

Bereits 1948, also schon im dritten Jahr nach der Wiedereröffnung der Universität, ergriff die Regierung eine Reihe von Maßnahmen, die den Lehrbetrieb und das Studium der Rechtswissenschaften zunehmend beeinträchtigten.

Inzwischen waren sogenannte Volksrichter eingesetzt worden. Diese hatten keine oder keine ausreichende akademische Ausbildung, erhielten nach dem erfolgreichen Absolvieren von Lehrgängen aber die Befähigung, das Richteramt auszuüben. Verständlich, daß diese konkurrierende Einrichtung Unruhe und Besorgnis in der Fakultät auslöste. Bei den Diskussionen ging es auch um die Frage, inwieweit die Volksrichterexamina den juristischen Referendarexamen gleichzustellen wären. In erster Linie sollte geklärt werden, welche Kenntnisse und Fähigkeiten im Einzelnen der Kandidat mitbrachte. Grundsätzlich müßte ein ausreichendes Universitätsstudium verlangt werden, um die Ablegung des Doktorexamens als wissenschaftliche Prüfung zu rechtfertigen. Durch die Ermöglichung der Promotion für Volksrichter sollte jedoch nicht nur die äußerlich geordnete Gleichstellung der beiden Ausbildungsformen gesichert werden, sondern darüber hinaus der angeblich wissenschaftliche Charakter der Volksrichterausbildung betont werden. Die Verschiedenheit der Ausbildungsgänge ließ jedoch nicht ohne weiteres zu, das Bestehen der Prüfung als Volksrichter der akademischen Vorbildung in wissenschaft-

licher Beziehung gleichzustellen.³ "Da sich diese nicht in der kursmäßigen Weise wie bei den Volksrichterlehrgängen erarbeiten läßt, müßte deshalb für die fehlende wissenschaftliche Ausbildung eine ausreichende akademische Nachbildung gefordert werden, die auf mindestens 3 Semester bemessen und auf die wissenschaftlich-historische Vertiefung der erworbenen Kenntnisse ausgerichtet sein müßte".⁴

Nach Ansicht der Fakultät sollte die mehr technische Ausbildung der Volksrichter zwar für die untere Instanz, nicht aber für die höhere und höchste Instanz ausreichen.⁵

Es bleibt festzustellen, daß sich die parallel laufende Ausbildung von Volksrichtern auf die Berufsaussichten von Hochschulabsolventen negativ auswirkte.

Eine weitere einschneidende Maßnahme erfolgte zum Wintersemester 1948/49. Die Ausbildung von Wirtschaftswissenschaftlern in der Fakultät wurde eingestellt und die entsprechende Abteilung in die neugegründete Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät überführt. Die Zentralverwaltung für Volksbildung in Berlin verfügte die Umbenennung der Fakultät in "Juristische Fakultät".

Der Dekan der Juristischen Fakultät brachte sein Bedauern über diesen Umstand in einem Schreiben an die Deutsche Verwaltung für Volksbildung zum Ausdruck: "Die bestandene, sehr günstige Vereinigung der juristischen und

wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten ist hier leider gelöst worden".⁶

Folge dieser Trennung war ein deutlich zu verzeichnender Rückgang der Studierenden an der Juristischen Fakultät.

Eine aus heutiger Sicht kaum vorstellbare Maßnahme folgte unmittelbar: Es durften keine Neuimmatrikulationen für diese Fakultät erfolgen. Lediglich durch Umschreibungen von der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät und durch Zuwanderung von außen erhielt sie in geringem Maße Zuwachs. In einem Schreiben des Dekans an das Volksbildungsministerium Schwerin heißt es dazu: "Wenn nicht in der Zwischenzeit durch Abzweigung von der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät eine kleine Auffrischung erfolgt wäre, stünde die Fakultät heute schon nur mit Mitgliedern des 5.-8. Semesters da. Diese Tatsache ist unerfreulich, wirkt bedrückend auf Dozenten und Studierende und nimmt ihnen die rechte Berufs- und Lernfreudigkeit. Auf die Dauer läßt sich dies nicht aufrecht erhalten. Eine ganze Reihe von Erscheinungen bei der Fakultät, die ihr zur Last gelegt werden, beruhen auf dem Mißverständnis zwischen Bestand und Nachwuchs und lassen sich mit Sicherheit dadurch vermeiden, daß ihr spätestens im Wintersemester 1950/51 ein entsprechender Nachwuchs zugeführt wird".⁷

Zu den Berufsaussichten für den akademischen Nachwuchs heißt es in einem Schreiben vom 17. März 1950:⁸

"So lange nicht in irgendeiner Weise und bestimmter als bisher die Frage geklärt ist,

welche Aussichten den jungen Akademikern im Justizdienst angesichts der Konkurrenz der Volksrichter gegeben sind, lassen sich keinerlei bestimmte Angaben machen. Das Interesse für den Justizdienst im akademischen Nachwuchs ist außerordentlich groß; die Berufsaussichten in ihm bedauerlicherweise sehr gering. Unter den Nichtspezialisierten befinden sich etwa zur Hälfte solche, die zum Eintritt in die Justizlaufbahn neigen und für den Fall ihrer Nichtübernahme in die Anwaltschaft eintreten wollen, während der Rest nach Betätigung in der Wirtschaft strebt, wenn deren Weiterentwicklung günstige Perspektive für sie in der Zukunft öffnet".

Die Studentenschaft

Seitens des Staates, der SED und der Besatzungsmacht war es erwünscht, neue Kriterien bei der Zulassung zum Studium zu entwickeln. Im Jahr 1969 wurde dies so erklärt: "Eine der wichtigsten Aufgaben der antifaschistisch - demokratischen Revolution war es, das Bildungsprivileg der Bourgeoisie zu brechen und eine neue, vorwiegend aus den Reihen der Arbeiterklasse und ihren wichtigsten Verbündeten, der werktätigen Bauernschaft, stammende Intelligenz zu entwickeln. Das Bildungsprivileg der Bourgeoisie zu brechen erforderte daher, in einem zähen Klassenkampf die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft zu verändern, die Arbeiter- und Bauernstudenten zum bestimmenden Element zu machen und

somit die politische Führung der Arbeiterklasse unter der Studentenschaft durchzusetzen".⁹

Die diesen Prinzipien folgende neue Zulassungspolitik mußte vor allem in dreierlei Hinsicht wirksam werden:

a) Es mußten in wachsender Zahl Arbeiter- und Bauernkinder politisch und fachlich auf ein Hochschulstudium vorbereitet werden.

b) In Übereinstimmung damit mußte für eine vorrangige Zulassung dieser Bewerber gesorgt werden.

c) Dem mußte sich sowohl die materielle Sicherung des Studiums der Arbeiter- und Bauernstudenten als auch eine maximale Förderung ihrer politischen und fachlichen Entwicklung während des Studiums anschließen.

Eine der ersten bedeutsamen Maßnahmen bei der Schaffung eines Systems zur Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums war die Gründung der Vorstudienanstalten. Trotz zahlreicher Widerstände nahm Ende des Jahres 1946 auch an der Universität Rostock eine Vorstudienanstalt ihre Tätigkeit auf. Im Wintersemester bereiteten sich an ihr 66 junge Menschen auf ein Hochschulstudium vor. Der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder unter ihnen betrug 77,3 %.

Nach Aussagen von Herrn Vormelker, einem Zeitzeugen, bestand bei den Kindern aus der Arbeiter- und Bauernschaft jedoch nur wenig Interesse, Jura zu studieren, zumal es auch

erhebliche Schwierigkeiten bezüglich der Finanzierung des Studiums gab.

Anfang 1949 hatte der Einfluß der SED, die sich der vollen Unterstützung der Besatzungsmacht erfreuen konnte, auf die Universitäten stark zugenommen. Dennoch war es ihr nicht gelungen, die Mehrzahl der Studenten und wohl auch des Lehrkörpers für die von ihr vertretene Ideologie und Gesellschaftspolitik zu gewinnen.¹⁰ Namentlich an der Juristischen Fakultät herrschte ein geringes Interesse an der Parteiarbeit der SED und an einer Mitgliedschaft in der FDJ. So wurde z.B. in einem Bericht des Vorsitzenden der FDJ-Hochschulgruppe der Universität Rostock an den Zentralrat der FDJ in Berlin über die Juristische Fakultät folgendes geschrieben: "Die Juristische Fakultät der UNI Rostock ist seit langer Zeit das politische Sorgenkind unserer Arbeit. Während an allen anderen Fakultäten die FDJ-Arbeit eine Aufwärtsentwicklung nahm, verschlechterte sich diese Arbeit an der Juristischen Fakultät zusehends. Hierfür gibt es mehrere Gründe: Die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft ist schlecht. Die wenigen an der Fakultät studierenden Arbeiter- und Bauernstudenten werden im allgemeinen in das offensichtlich rückschrittliche Fahrwasser der Mehrzahl der Studenten hineingezogen. Wir haben hier, wie an keiner anderen Fakultät zu verzeichnen, daß Arbeiter- und Bauernstudenten, die von der Arbeiter- und Bauernfakultät kommen, ihre Verpflichtungen vergessen und politisch inaktiv, wenn nicht reaktionär werden. 75 % der Studentenschaft dieser Fakultät stehen der FDJ-Arbeit offen-

sichtlich ablehnend gegenüber, obgleich sie im allgemeinen zu geschickt sind, als daß man ihnen reaktionäres Verhalten nachweisen könnte".¹¹

In den ersten Nachkriegsjahren war ein deutlicher Widerstand von Studenten, die der LDP oder der CDU nahestanden, zu verspüren. Ihnen war die erneute Uniformierung und Gleichschaltung des Lebens der Menschen in der sowjetischen Besatzungszone zutiefst zuwider. An der Juristischen Fakultät der Universität Rostock trat diesbezüglich vor allem die LDP-Hochschulgruppe¹² in Erscheinung. Ein herausragendes Mitglied dieser Partei war der am 6. Februar 1928 in Memel geborene Jurastudent Arno Esch.

Er war ein vorzüglicher Rhetoriker, Programmatiker und Organisator, der es verstand, mit jedem zu reden und überzeugend zu argumentieren, ob SED-Funktionär, FDJ-ler, Akademiker oder Arbeiter. Arno Esch besaß über die Juristische Fakultät hinaus hohes Ansehen. Sein Auftreten bei öffentlichen und universitären Veranstaltungen verschaffte ihm eine immer größer werdende Anhängerschar. Seine politischen und hochschulpolitischen Vorstellungen und Aktivitäten blieben auch den sowjetischen Hochschuloffizieren nicht verborgen. Prof. Härle, Völker- und Staatsrechtler an der Juristischen Fakultät, aber auch viele andere hielten Esch wegen dieser Entwicklung für persönlich gefährdet. Prof. Härle meinte, Eschs Ausstrahlung könne die Sowjets veranlassen, das zu tun, was sie in solchen Fällen in der Vergangenheit stets getan hätten, nämlich ihn zu liquidieren.¹³ Diese Befürchtungen

sollten sich bald bewahrheiten. Eschs politisches Wirken, insbesondere der Aufbau von Organisationen liberaler Kräfte, wurde von der Besatzungsmacht als Konterrevolution angesehen.¹⁴

Arno Esch wurde von den Sowjets wegen "Verschwörung gegen die Staatsgewalt" angeklagt, zum Tode verurteilt und am 24. Juli 1951 in der Sowjetunion hingerichtet.

Verhaftungen von Studenten und Reglementierungen des studentischen Lebens führten 1948/49 zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen einem kleinen Teil des Lehrkörpers und den Studierenden. Dies hatte unter anderem auch eine Reihe von Disziplinarverfahren zur Folge, von denen zwei erwähnt werden sollen. Das eine richtete sich im Februar 1949 gegen die Mitglieder des Vorstandes der LDP-Hochschulgruppe. Auslösend war die Anordnung des Rektors vom Januar 1949 über die Kontrolle des Vorlesungsbuches durch Einführung von Anwesenheitslisten und über die Semesterbegrenzung. Die Empörung darüber war allgemein, fühlten sich doch fast alle Studenten dem Vorwurf ausgesetzt, nicht ordnungsgemäß und zügig zu studieren. Nach Ansicht der Studierenden wäre die Anordnung der Kontrolle gar nicht erforderlich gewesen, da nicht nur die Vorlesungen und Seminare gut besucht, sondern oft sogar überfüllt waren. Dabei gab es Unterschiede in der Beliebtheit: Während der Hörsaal für Prof. Heydes "Einführung in die Philosophie" oft nicht reichte, waren bei den "Politischen und sozialen Problemen der Gegenwart" die Linientreuen meist unter sich. Es wird behauptet, daß der

schlechte Besuch dieser Vorlesung der eigentliche Grund für die Folge von Ereignissen war, die als die "unerhörten Vorgänge an der Universität Rostock" zu einer großen Versammlungs- und Pressekampagne der Linientreuen führte.¹⁵

Besonders groß war der Zorn bei den Liberalen. Sie hängten einen Artikel im Schaukasten ihrer Hochschulgruppe aus, der mit "Der Vorstand" unterzeichnet war und mit den Worten endete: "Wir hoffen, daß die angekündigten Maßnahmen nicht Wirklichkeit werden, und daß wir weiter das Gefühl behalten dürfen, an einer Universität zu sein und nicht auf einer nationalpolitischen Erziehungsanstalt."

(Bei solchen Erziehungsanstalten - auch Napola genannt - handelte es sich um Eliteschulen des Nationalsozialismus, die wegen ihres ideologisch ausgerichteten Unterrichts und ihrer strengen Disziplin bekannt waren.)

Dieser Artikel erregte großes Aufsehen bei der Studentenschaft und wurde von der SED-Presse als unerhörte faschistische Provokation bezeichnet. Auch die Besatzungsmacht wurde durch diese Vorgänge erneut auf den Vorstand der LDP-Hochschulgruppe aufmerksam. Dennoch blieb es im Endergebnis bei der Einleitung von Disziplinarverfahren gegen 3 Mitglieder des Vorstandes. Die Verfahren führten zur Relegation eines Mitgliedes, während die beiden anderen Studenten einen strengen Verweis unter Androhung der Relegation im Wiederholungsfalle erhielten.¹⁶

Ein weiteres Disziplinarverfahren wurde gegen den Jurastudenten Hans Ulrich Schwarz

eröffnet. Dieser hatte an der Vorlesung von Prof. Strasser über Allgemeine Staatslehre teilgenommen. Sinn dieser Lehrveranstaltung war es, über aktuelle staats- und verfassungsrechtliche Themen zu referieren und zu diskutieren.

Schwarz referierte am 8. Februar 1949 über das Thema "Liberalismus und Sozialismus" und soll nach Angaben des SED-Betriebsgruppenvorsitzenden und Jurastudenten Hildebrandt in seinem Referat ausgeführt haben, daß man sich in einem sozialistischen Staat wie in einem Trauerhaus fühle. Die Menschen gäben sich nicht wie gewöhnliche freie Menschen, sondern wie Marionetten.¹⁷ Esch, der an der Lehrveranstaltung teilgenommen hatte, äußerte sich dazu folgendermaßen: "Die Behandlung des Themas war verschiedentlich meiner Ansicht nach polemisch zu scharf, wobei diese Formulierung meiner Ansicht nach nicht dem Willen entsprangen, die politisch anders Denkenden anzugreifen, sondern dem Wunsch, die politischen Gegensätze klar herauszustellen. Insbesondere gesehen war es jedoch immer der allgemeine Eindruck, daß ein Abgleiten in parteipolitische Auseinandersetzungen vermieden worden ist und die Diskussion ein beachtliches wissenschaftliches Niveau hatte."¹⁸

Der Dekan Weiland zog aus diesem Vorfall seine Konsequenzen: "Um die Wiederholung derartiger Fälle zu verhüten, hat die Fakultät ihrem Lehrkörper nachträglich in Erinnerung gebracht, die Vorlesungen so abzuhalten, wie sie im Lehrprogramm niedergelegt sind. Die Fakultät hat ferner den Dozenten ihres

Lehrkörpers zur Pflicht gemacht, Referate, die von Studenten gehalten werden sollen, vor Abhaltung genau zu überprüfen.¹⁹

Schwarz wurde exmatrikuliert und ging im März 1949 nach Westberlin.

Die Fälle machen deutlich, daß bereits im Jahre 1949 durch den zunehmenden Einfluß der SED die freie Meinungsäußerung und die allgemeine Handlungsfreiheit beschränkt wurden.

Die letzten Tage der Fakultät

Als offizieller Vorwand für die Schließung der Juristischen Fakultät wurde angegeben, daß das Bestreben der SED, das Studium in ihrem Sinne effektiver zu machen und einen politisch zuverlässigen akademischen Nachwuchs heranzuziehen, eine stärkere Vereinheitlichung und Konzentration des Bildungs- und Hochschulwesens erforderlich mache. In der Folgezeit kam es also innerhalb der Universität zu einschneidenden Veränderungen.

Von ihnen wurde besonders die Juristische Fakultät betroffen. Sie erhielt am 31. August 1950 ein Schreiben, das die vorübergehende Schließung der Fakultät verkündete.²⁰ Es enthielt die Anweisung, die Vorlesungen, Übungen und Seminare ab Wintersemester 1950/51 einzustellen. Die Studierenden sollten die Möglichkeit erhalten, an einer anderen Juristischen Fakultät der DDR ihr Studium fortzusetzen. Diejenigen Studenten, die bereits mit der Abolvierung ihres Staatsexamens begonnen

hatten, sollten dieses beeilt zu Ende führen. Bezüglich des Lehrkörpers wurden die Lehraufträge für das Wintersemester nicht mehr erneuert. Infolge der Schließung war auch die Möglichkeit zur Promotion nicht mehr gegeben. Den Doktoranden wurde empfohlen, ihre Promotion an einer anderen Fakultät zu beantragen. Die Räume der Fakultät konnten für andere Zwecke verwendet werden, die Bibliothek sollte an der Universität verbleiben und bei Bedarf den Studierenden anderer Fakultäten zugänglich gemacht werden. Tatsächlich war in einer Besprechung mit Vertretern des Landesministeriums beim Volksbildungsministerium in Berlin schon zuvor beschlossen worden, die Juristische Fakultät bis zum Wintersemester 1950 aufzulösen. In der Begründung heißt es: "Da die Juristische Fakultät der Universität Rostock zur Zeit nicht die Gewähr für die Erfüllung des neuen Stundenplanes und für die Heranbildung eines Nachwuchses, der von der Justiz dann auch übernommen werden kann, bietet, ist die Fakultät vorübergehend zu schließen."²¹

Das traditionelle Studium entsprach also nicht mehr den Anforderungen, die an den neuen Typ eines linientreuen Juristen gestellt wurden. 1969 formulierte man: "Da es noch nicht genügend marxistische Rechtswissenschaftler gab, die an die Stelle der bürgerlichen und zum Teil reaktionären Wissenschaftler treten konnten, war eine Konzentration der Ausbildung in den einzelnen Fachrichtungen an einigen Hochschulen der DDR unerlässlich."²²

Der Beschluß über die Schließung der Fakultät wurde vom Volksbildungsministerium

Berlin zunächst an den Parteivorstand der SED weitergeleitet; dieser informierte die Landesleitung der SED, welche im Schreiben vom 12. Juli 1950 dann auch den Hauptabteilungsleiter der Abteilung Volksbildung, Wohlgemuth, in Schwerin in Kenntnis setzte.²³ Erkennbar ist somit, daß bereits 1950 ein dichtes und gut funktionierendes Geflecht zwischen Partei und Regierung bestand.

Der Lehrbetrieb der Fakultät wurde ab Wintersemester 1950/51 eingestellt. Professor Weiland wurde als letzter Dekan mit der Abwicklung der schwebenden Angelegenheiten beauftragt. Die Studenten, die unter Beteiligung der "gesellschaftlichen Organisationen" für würdig befunden wurden, weiter zu studieren, konnten dies in Jena und Leipzig tun. Bewerbungen für die Fakultät in Ostberlin sollten mit dem Hinweis auf deren Überfüllung umgeleitet werden.²⁴ Die Professoren Härle und Hübner wurden an die Juristische Fakultät in Jena versetzt, während Professor Schlesinger und Prof. Strasser anderweitige Lehraufträge innerhalb der Rostocker Universität übernahmen. Die Professoren Weiland und Wollenberg wurden aufgrund ihres vorgerückten Alters emeritiert.

Innerhalb der Abwicklung der Fakultätsgeschäfte galt es zu beschließen, was mit dem Bücherbestand der Fakultät geschehen sollte. So wurde in einem Schreiben der Abwicklungsstelle der Fakultät vom 15.03. 1951 an den Rektor der Universität folgendes mitgeteilt: "Nachdem infolge der Beendigung der Prüfungen mit Ende dieser Woche die Voraussetzungen für die Weiterbenutzungsnot-

wendigkeit weggefallen sind, und die Pädagogische Fakultät die Räume braucht, möchte noch vor Beginn des neuen Semesters die angeordnete Überführung der Bibliothek erfolgen.²⁵ Diese vorgesehene Überführung warf jedoch einige Probleme auf. Einerseits sollte der Bücherbestand zusammenhängend erhalten bleiben und andererseits bewarben sich einige Fakultäten der Universität Rostock (Gesellschaftswissenschaftliche und Theologische Fakultät), andere Universitäten der DDR (Humboldt-Universität, Universität Potsdam-Babelsberg und Universität Jena), ja sogar das Justizministerium in Berlin für seine Staatsbibliothek um die Zuweisung der Bücher als Leihgabe. Der Rektor der Universität Rostock schrieb jedoch an das Staatssekretariat für Hochschulwesen in Berlin: "Versuche, die in den letzten Jahren von verschiedenen Dienststellen unternommen wurden, der Universität diese wertvolle Bibliothek zu entziehen, konnten mit Erfolg abgewehrt werden".²⁶

Die Abwicklung der Fakultätsgeschäfte wurde am 1. August 1951 als abgeschlossen gemeldet.

Der Juristischen Fakultät war also nach der Wiedereröffnung nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Immerhin sind während dieser wenigen Jahre zahlreiche junge Juristen ausgebildet worden, die nur zum Teil in die neu entstandene sozialistische Gesellschaftsordnung integriert werden konnten. Viele haben die Flucht vorgezogen und sich eine Existenz in jenem Teil Deutschlands aufgebaut, in dem sich ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat entwickeln konnte.

Anmerkungen

- 1 HAALCK, Jörgen: Die Geschichte der Juristischen Fakultät, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 17, 1968, S. 591, 612, f.
- 2 Die Geschichte der Universität Rostock 1419-1969, Band II, Teil 4, Berlin 1969, S. 23 f.
- 3 Universitätsarchiv Rostock, Signatur 112: Schreiben vom 24.06.1949.
- 4 Ebenda, Signatur 135.
- 5 Ebenda, Signatur 112: Schreiben vom 12.10.1949.
- 6 Ebenda.
- 7 Ebenda, Signatur 113: Schreiben vom 04.03.1950.
- 8 Ebenda, Signatur 112: Schreiben vom 17.03.1950.
- 9 Die Geschichte der Universität Rostock 1419-1969, Band II, Teil 4, S. 60 f.
- 10 Der Hinweis stammt aus einem Gespräch mit dem Zeitzeugen Herrn Vormelker.
- 11 Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Bericht vom 02.05.1950.
- 12 Liberal-Demokratische Partei.
- 13 Weitere Nachweise bei: BRAUN, Erwin, in: Esch I, S. 108 f.
- 14 Die Nachricht stammt vom Zeitzeugen Gerhard Völz.
- 15 WIESE, Friedrich-Franz, in: Esch I., S. 95 f.
- 16 Ebenda.
- 17 Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Bericht des Dekans vom 09.02.1949.
- 18 Ebenda, Protokoll des Dekans vom 16.02.1949.
- 19 Ebenda, Sitzungsprotokoll vom 24.02.1949.
- 20 Siehe dazu Akten im Dokumententeil.
- 21 Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Schreiben vom 14.08.1949.
- 22 Die Geschichte der Universität Rostock 1419-1969, Band II, Teil 4, S. 41.
- 23 Siehe dazu Akten im Dokumententeil.
- 24 KRAUSE, Christiane: Studenten im Aufbruch, Rostock 1994, S. 119.
- 25 Universitätsarchiv Rostock, Signatur 224: Schreiben vom 15.03.1951.
- 26 Ebenda, Schreiben vom 21.01.1955.

Dokumentarischer Anhang

Schreiben des SED Landesvorstandes vom 12. Juli 1950 (s.S. 44)

Schreiben der Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Volksbildung vom 31. August 1950 (s.S. 45)

SED
SOZIALISTISCHE
EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

LANDESVORSTAND
MECKLENBURG
AUGUST-BEBEL-HAUS



88

TAGEBUCH-NR.:

ABTEILUNG:
Sekretariat

SCHWERIN, 12. Juli 1950
KARL-MARX-STRASSE 20
SAMMEL-NR. 6031-35

Ku/Ho.

An den
Genossen Franz Wohlgemuth
Ministerium für Volksbildung
Schwerin

=====

Werter Genosse Wohlgemuth!

Wie wir soeben vom Parteivorstand erfahren, wird die juristische Fakultät der Universität Rostock mit Ende des Sommersemesters 1950 geschlossen. Es wird notwendig sein, sofort die hierfür infrage kommenden Arbeiten aufzunehmen und die notwendigen Massnahmen zu treffen.

Wir schlagen vor, eine Stellungnahme auszuarbeiten

1. für den weiteren evtl. Einsatz einiger Dozenten,
2. für die Umschreibung der Studenten der juristischen Fakultät an andere Universitäten, insbesondere nach Leipzig.

Ausserdem müssen wir Vorbereitungen treffen für eine Aufklärungskampagne, in der die Notwendigkeit der Schliessung dieser Fakultät noch vor Semesterschluss allen Studenten klargelegt wird.

Wir bitten, diese Frage zunächst noch intern zu behandeln, da der offizielle Beschluss des Ministeriums erst nach Eingang einer Stellungnahme durch uns bekanntgegeben wird.

Wir bitten Dich, uns eine Stellungnahme bis spätestens Sonnabend, d. 15. d. Mts. einzusenden.

Es ist vorgesehen, dass eine Kommission des Parteivorstandes mit uns alle weiteren Schritte bezüglich der Auflösung der Fakultät in den nächsten Tagen bespricht.

Mit sozialistischem Gruss!

Landesleitung der SED
Mecklenburg
- Sekretariat -

Kritzmann

Professor X: "Wir bilden gewissermaßen Politoffiziere des gesellschaftlichen Lebens aus"

- Einblicke in Akten und Schicksale von Professoren und Studenten der Philosophischen und Pädagogischen Fakultät von 1950 bis 1968-

Einleitung

Was sollte nach Katastrophe von 1945 aus Deutschland werden? Die Lose wurden ungleich verteilt. Den Westdeutschen eröffnete sich schon bald die Chance, ihr Leben in Freiheit und Wohlstand zu gestalten, und sie griffen tatkräftig zu. Das härteste Schicksal traf die Ostdeutschen, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden und dabei über zwei Millionen Tote zu beklagen hatten.

Die Mitteldeutschen gerieten vom Regen in die Traufe. Im Grunde hatten sie seit 1914 nur noch schlechte Zeiten gesehen. Nun wurde ihnen von der sowjetischen Besatzungsmacht die totalitäre Herrschaft der Kommunisten aufgelegt. Erst 45 Jahre später, im Herbst des Jahres 1989 und dann 1990, gelang ihnen das Unglaubliche, ihre Unterdrücker abzu-

schütteln. "Wir sind das Volk!" "Wir sind ein Volk!"

Die Geschichte dieser 45 Jahre ist für viele Ältere die Geschichte ihres Lebens. Sie blicken zurück und versuchen, die Zeit und sich selbst einzuordnen. Die Jüngeren können aus dem, was wirklich gewesen ist, viel lernen für die Bewältigung der Gegenwart und Zukunft.

Was wirklich gewesen ist, wissen Zeitzeugen und enthüllen Archive. Jeder weiß, daß die Universitäten weder am 17. Juni 1953 noch im Herbst 1989 Vorkämpfer der Freiheit und Wiedervereinigung gewesen sind. Hatten sie sich von der SED-Herrschaft so ganz vernehmen lassen?

Die vorliegende Auswahl aus dem Archiv der Universität Rostock versucht, der Wahrheit näher zukommen. Sie zeigt Professoren und Studenten mit allen menschlichen Eigenschaften, wie sie unter autoritärer und dann

totalitärer Herrschaft unterschiedlich agiert und reagiert haben. Man kann davon ausgehen, daß sich Westdeutsche in ähnlicher Situation ähnlich verhalten hätten.

Überzeugte Kommunisten waren anfangs selten. Im Laufe der Jahrzehnte rückten Jüngere nach, die in der DDR aufgewachsen waren und nichts anderes kannten. Das Klima wurde besonders durch den Typ des wissenschaftlichen mittelmäßigen, aber politisch übereifrigen Opportunisten vergiftet. Dieser bildete "Politoffiziere des gesellschaftlichen Lebens" aus, machte Karriere und anderen das Leben schwer. Er ist hauptverantwortlich für Deformierungen der Philosophischen und Pädagogischen Fakultät.

Die große Zahl der Professoren und Studenten mußte sich zwar auch - nach außen - mit dem "real existierenden Sozialismus" arrangieren, konzentrierte sich aber darauf, gute wissenschaftliche Arbeit zu leisten. "Es zeigte sich, daß auch bei Genossen die marxistischen Gedankengänge nur hauttief saßen."

In den Akten finden sich auch nicht wenige Beispiele aufrechter und kluger Menschen, die sich den Machthabern nicht unterwarfen, ihre Überzeugungen nicht preisgaben und sich gegen Ungerechtigkeiten zur Wehr setzten.

Dies wurde in den ersten Jahren nach 1945 häufiger gewagt als später, allerdings auch brutal unterdrückt. Aus dieser Zeit sind namentlich über 70 Professoren und Studenten

der Universität Rostock bekannt, die aus politischen Gründen zu schweren Strafen, vornehmlich zu 25 Jahren Zwangsarbeit, verurteilt worden sind.¹ Stellvertretend für sie wird der 1951 in der Sowjetunion umgebrachte Jurastudent Arno Esch heute im Foyer der Universität durch eine Gedenktafel geehrt.

Nach dem Ungarn-Aufstand 1956 und besonders nach dem Mauerbau 1961 setzte die SED die Gleichschaltung der Universitäten rücksichtslos durch. Doch die beiden letzten Berichte über den "Prager Frühling" 1968 zeigen deutlich: Die Macht der SED saß auf Bajonetten; auf die Herzen der Menschen konnte sie nicht zählen.

Die nachfolgende Auswahl ist zeitlich geordnet und will - beispielhaft - das Leben und Überleben der Philosophischen und Pädagogischen Fakultät in DDR-Zeiten in Erinnerung rufen. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Berichte der rücksichtslose, aber letztlich vergebliche Versuch der Machthaber, die Universitäten gleichzuschalten. Und wir begegnen immer wieder Professoren und Studenten, die diesen Versuch unterliefen und wenigstens kleine Freiheitsräume zäh und geschickt verteidigten.

Mögen aus der wiedergewonnenen Freiheit neue Kräfte erwachsen, die die Universität Rostock an der Jahrhundertwende wieder zu einer "Leuchte des Nordens" werden lassen!

Das Kostümfest der Pädagogischen Fakultät, der Rattenfänger von Rostock und die Selbstbereinigung

- Das Tribunal gegen Professor Steinbrecher -
(21.02. und 24.02.1950)

Wenn Studenten Feste feiern, geht es ausgelassen und fröhlich zu. Anfang 1950 erfuhren jedoch die Pädagogen, daß ihr Kostümfest zu einem Politikum wurde und ein Opfer forderte.

Professor Steinbrecher war unter Studenten hochgeachtet und zog in seinen Vorlesungen viele Hörer an, da er sich auch kritisch mit dem Marxismus-Leninismus befaßte. Das erforderte schon damals viel Mut. Er war ursprünglich Sozialdemokrat. Seit der Zwangsvereinigung der KPD und SPD im Jahre 1946 war er dann Mitglied der SED geworden.

Anfang 1950 wurde ihm im Senat der Universität vorgeworfen, er benutze seine Einfluß, um die Studenten wie ein "Rattenfänger von Hameln" vom rechten Weg des Marxismus-Leninismus abzubringen. Der Vorfall sprach sich schnell herum.

Bald darauf nahm Professor Steinbrecher am Kostümfest der Pädagogischen Fakultät teil. Zahlreiche Studenten erschienen im Schülerkostüm. Auf dem Höhepunkt der Stimmung spielte die eingeweihte Kapelle das Lied vom Rattenfänger. Professor Steinbrecher machte

den Ulk mit und führte Studenten, die sich ihm fast alle anschlossen, in einer Polonäse aus dem Saal.²

Ein Studentenulk? Nicht so für humorlose und unerbittliche Dogmatiker! Das Sitzungsprotokoll der Pädagogischen Fakultät der Universität Rostock vom 21. Februar 1950 enthüllt ein Tribunal gegen einen Aufrechten. Schweres Geschütz wurde gegen ihn aufgeföhren. Aber er wurde von seinen Kollegen auch mutig verteidigt.

Steinbrecher hatte wohl schon Böses geahnt und dem Leiter der Hochschulabteilung in Berlin, dem er offenbar vertraute, von dem Vorfall berichtet. Doch dieser teilte dem Dekan Professor Müller alles mit. Der Dekan und auch der damalige Rektor der Universität Professor Struck, der der Pädagogischen Fakultät angehörte, fühlten sich persönlich angegriffen. Ersterer sprach von Affront, üble Intrige. "Es ist ein schwerer Fall von Obstruktion, der geahndet werden muß." Steinbrecher habe gegenüber dem Leiter der Hochschulabteilung ein Geständnis abgelegt und das Ansehen der Pädagogischen Fakultät und der Universität Rostock verletzt. Er sei seit drei Tagen ohne Anmeldung fort, das sei ein schwerer Fall von Disziplinlosigkeit.

Der Dekan war besonders erregt über die Äußerung Steinbrechers, der Lehrkörper stehe geschlossen hinter ihm. Wenn es zu einer Entscheidung käme, würden sich nur aus Angst einige Herren gegen ihn stellen. "Das sieht beinahe nach einer Art Untergrundbewegung

aus", rief der Dekan drohend aus. Er sprach von einem Angriff auf die Fakultät, eine Zusammenarbeit sei nicht mehr möglich, die Fakultät müsse sich sofort von Steinbrecher distanzieren.

Da sich erheblicher Widerstand gegen diese Überreaktion regte, verstärkte er den Druck. Wenn keine Einstimmigkeit herbeigeführt würde, werde er das Dekanat niederlegen. Der Entschluß müsse bald erfolgen, "denn der Leiter der Hochschulabteilung fragt jeden Tag telefonisch an, ob die Fakultät entschieden habe". Ein Zögern habe unter Umständen bedenkliche Auswirkungen für die Fakultät. "Die Landwirtschaftliche Fakultät soll jetzt aus Greifswald nach Rostock verlegt werden. Die Pädagogische Fakultät wird dann eventuell in Greifswald zusammengelegt!" Verbarg sich hinter den energischen Worten auch Angst und Mißgunst?

Auch der Rektor griff immer wieder in die Diskussion ein. "Ich fühle mich ... als höchste Instanz der Universität beleidigt." Er warf Steinbrecher vor, vieles in seiner Zeit als Dekan versäumt zu haben. Daher sei die Fakultät in den ersten Jahren nicht vorwärtsgekommen. Z.B. habe er nicht durchgesetzt, daß die Gewerbelehrer-Ausbildung nach Rostock kam. Diese Kritik erntete die Gegenfrage, warum Steinbrecher dann nicht von der Regierung abgesetzt worden sei.

Die Sitzung dauerte - bis kurz vor Mitternacht - annähernd vier Stunden! Allein daraus wird ersichtlich, wie mutig und erbittert sich zahlreiche Professoren vor ihren angegriffenen

Kollegen stellten. Professor Heyde stellte nachdrücklich fest: "Es ist nicht richtig, daß eine Fakultät zu Gericht sitzt, der Angeklagte muß sich äußern können." Es herrschte noch absolute Unklarheit. "Wir sind überhaupt nicht zuständig."

Professor Niepage versuchte abzuwiegeln. Von einer Spitze gegen Magnifizienz könne doch gar keine Rede sein. "Wenn ich das nicht von Steinbrecher selber höre, kann ich das nicht glauben." Er sei eben beliebt und habe den Ulk mitgemacht. Als die Abstimmung unmittelbar bevorstand und die Erregung auf den Siedepunkt gestiegen war, nahm Niepage kein Blatt mehr vor den Mund: "Ich jedenfalls könnte kein Urteil über Steinbrecher abgeben, ich bin nie in seinen Vorlesungen gewesen, ich lausche nicht an Türen, kenne nicht seinen Verkehr mit den Studenten und ich halte mir keine Leute, die mir Nachrichten hinterbringen!"

Schulrat Neick betonte damals, die Sache sei noch nicht genügend geklärt, der Angeklagte müsse gehört werden. Dann versuchte er eine Goldene Brücke zu bauen und stellte zwei Anträge:

1. "Eine gründliche Untersuchung soll erfolgen, sobald Steinbrecher sich verteidigen kann. Dann erst kann eine Entscheidung gefällt werden."
2. "Die Fakultät stellt sich hinter Dekan und Rektor."

Der erste Antrag wurde mit 8:10 Stimmen abgelehnt. Steinbrecher hatte es geahnt:

Wenn es hart auf hart käme, würden einige aus Angst abspringen. Aber Neick wiederholte hartnäckig seine Forderung, Steinbrecher zu holen, damit ein gerechtes Urteil gefällt würde. Andere schlossen sich dieser Forderung an.

Daraufhin stellte der Rektor den Antrag, die Entscheidung drei Tage auszusetzen und Steinbrecher "durch ein dringendes Telegramm" einzuladen. Leiste er der Einladung nicht Folge, müsse die Fakultät sich von ihm distanzieren. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein Professor wurde beantragt, Frau Steinbrecher aufzusuchen und die Einladung zu überbringen.

Frau Steinbrecher gab an, sie wisse nicht, wo ihr Mann sich befinde. Sie habe ein Telegramm aus Berlin-Baumschulenweg erhalten, daß er erkrankt sei und zur Zeit nicht zurückkommen könne.

In der Fakultätssitzung vom **24. Februar 1950** gab es noch eine längere Diskussion, deren Verlauf im Protokoll nicht festgehalten ist. Dann wurde einstimmig der Beschluß gefaßt: "Professor Dr. Steinbrecher hat durch sein Verhalten das Ansehen von Universität und Pädagogischer Fakultät schwer geschädigt. Der Lehrkörper der Pädagogischen Fakultät lehnt deshalb eine weitere Zusammenarbeit mit Professor Dr. Steinbrecher an."

Professor Steinbrecher war nach Westberlin geflüchtet.

Der Dekan hatte während der Sitzung vom 21. Februar erklärt: "Selbstbereinigung ist ein seit 1945 anerkanntes Verfahren!"

"... begrüßen wir den Vorschlag des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland"

- "Freiwillige" Spenden an der Universität Rostock - (19.07. und 25.09.1951)

Die Angehörigen der Universität Rostock wurden immer wieder unter Druck gesetzt, die Politik der SED durch "freiwillige" Spenden zu unterstützen. Einige Beispiele aus dem Jahr 1951 zeigen deutlich, wie schamlos die SED die Unterstützung einforderte und dann propagandistisch auswertete:

19. Juli 1951:

Schreiben des Rektors Professor Struck an den Dekan der Pädagogischen Fakultät:

"... werden die Damen und Herren, die mit dem Abzug eines Beitrages in Höhe des Honorars einer Vorlesungsstunde (Assistenten DM 8.--) zu den Weltfestspielen in Berlin nicht einverstanden sind, gebeten, dies der Verwaltung der Universität Rostock bis Montag, den 23. Juli 1951 bekanntzugeben."

25. September 1951

Schreiben des Referenten beim Rektor an den Dekan der Pädagogischen Fakultät:

"Betr.: Geldspende für streikende Arbeiter in Westdeutschland. Um den Friedenskampf in Westdeutschland zu unterstützen, erklärt sich

der Senat bereit, hierzu einen Beitrag sämtlicher Angehörigen der Universität Rostock in Form einer freiwilligen Spende zu leisten. Die Sekretärinnen der Fakultäten werden ersucht, Sammel Listen aufzustellen und innerhalb ihrer Fakultät im gesamten Lehrkörper die Sammlung durchzuführen. Die Geldbeträge sind mit den Sammel Listen bis Freitag, den 28.09.1951 an das Mitglied der BGL ... abzuliefern."

Am 27. September meldete das Institut für körperliche Erziehung einen Betrag von 16,-- DM, gestiftet von 11 Personen.

Ohne Datum:

Resolution des Lehrkörpers der Pädagogischen Fakultät:

"... hat der schnelle Aufbau der von amerikanischen Bombern zerstörten deutschen Hauptstadt allergrößte Bedeutung. Der Aufbau einer schönen und würdigen Hauptstadt wird die große Kraft zeigen, mit der die deutschen Menschen für ihre nationalen Lebensinteressen kämpfen.

Damit Berlin...noch mehr zum Zentrum der großen patriotischen Bewegung unseres Volkes im Kampf um Frieden, Einheit und Wohlstand wird, begrüßen wir den Vorschlag des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und erklären uns bereit, ab 01.Januar 1952 drei % unseres Lohnes auf ein Jahr für das Nationale Aufbauprogramm Berlins zu zeichnen."

Es folgen 20 Unterschriften, davon 3 mit dem Zusatz "vom Hilfsassistentengehalt". Als 21. wick ein Professor von der vorgeschriebenen Linie ab und verpflichtete sich zu 1 %!

Stalin, "der große Lehrmeister der Völker", Pawlows "höchste Nerventätigkeit" und Kerschenssteiner

- Der vergebliche Versuch der SED im Jahre 1952, die Pädagogische Fakultät der Universität Rostock gleichzuschalten - (29.01., 05.02. und 27.02.1952)

Die Erziehungsziele des DDR-Schulwesens seit etwa 1951 wurden im Lehrbuch der Pädagogik von Ogorodnikow-Schimbirew deutlich ausgedrückt: "Die Erziehung der heranwachsenden Generation im Geiste der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, der bolschewistischen Ideen und der Unversöhnlichkeit gegenüber der bürgerlichen Ideologie muß die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule...durchdringen."³

Was hatte Stalin bewogen, die DDR so fest an seine Macht und Ideologie zu binden und die Spaltung Deutschlands und Europas politisch und geistig zu vertiefen?

1950 war der Korea-Krieg ausgebrochen. Aus den Verbündeten des Zweiten Weltkrieges

waren wieder "feindliche, kapitalistische Staaten" geworden. Stalin tat alles, um den kommunistischen Machtbereich unter seiner unangefochtenen Führung militärisch und ideologische zusammenzufassen und aufzurüsten. Um das zu erreichen, scheute "der große Lehrmeister der Völker" nicht davor zurück, wesentliche Thesen des Marxismus-Leninismus willkürlich zu ändern. Das geschah - unter dem Deckmantel der Sprachwissenschaft - 1950 in seinen Briefen "Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft".

Er propagierte nun einen sowjetischen Patriotismus mit kaum verhülltem Führungsanspruch der russischen Nation, was im Widerspruch zum internationalen Charakter des Marxismus-Leninismus stand. Hierbei konnte er die Erinnerung an den "Großen Vaterländischen Krieg" nutzbar machen.

Entgegen der bisher gültigen marxistischen Sprachwissenschaft erkannte er die Eigenständigkeit nationaler Sprachen und ihrer geschichtlichen Entwicklungen an. Die Theorie von Basis und Überbau könne auf die Erforschung der Sprache nicht angewendet werden. Diese sei auch neutral oder gleichgültig gegenüber den Klassen und ihrem Kampf. Sie folge auch nicht dem Gesetz dialektisch-revolutionärer Sprünge, sondern entwickle sich stetig. Die Muttersprache müsse gefördert werden. Die russische Sprache war für Stalin ein Mittel, den großrussischen Führungsanspruch zu unterstützen und Nationalitäten und Klassen der Sowjetunion zu verbinden.

Die Anerkennung des Nationalen - über Klassegegensätze hinweg - als geschichtswirksamer Kraft ermöglichte auch Stolz auf die vorrevolutionäre großrussische Geschichte, in der sich die "Schicksalsgemeinschaft der Völker der Sowjetunion" gebildet hatte.

Die deutsche Ausgabe der Stalinschen Briefe erschien 1951 in Berlin. Die Pädagogen der DDR waren irritiert und verunsichert. Die neuen Vorstellungen Stalins über "Basis und Überbau" und "Inhalt und Form" machten ihnen schwer zu schaffen.

Wie reagieren die Pädagogen der Rostocker Universität auf die Forderungen der SED, die reichen Traditionen der deutschen und europäischen Pädagogik großenteils über Bord zu werfen?

Beispielhaft geben die Protokolle der Fakultätssitzungen vom **29.01.**, **05.02.** und **27.02.1952** Aufschluß darüber, wie sie sich teils willig oder resigniert unterwarfen, teils aufrecht und mutig ihre pädagogischen Einsichten und Überzeugungen verteidigten.

Gebetsmühlenartig stellten SED-Pädagogen immer wieder die "Stalinschen Arbeiten" in den Vordergrund, am 27. Februar siebenmal! Stalins Forderung einer patriotischen Erziehung konnte im Jahr 1952 geschickt mit dem "Fröbeljahr" verbunden werden, in dem zum 100. Jahrestag des bekannten - aus Thüringen stammenden - Pädagogen Friedrich Fröbel das "Nationale Erbe" beschworen wurde. Doch mußte Fröbel ganz hinter Stalin zurücktreten.

Die Anwendung des Historischen Materialismus auf das pädagogische Erbe war vorrangig.

Zu einer Kontroverse kam es am 29. Januar über die Frage, ob der Arbeitsschulgedanke des bekannten Pädagogen Georg Kerschensteiner (1854-1932) zum "Nationalen Erbe" zu rechnen sei. Professor Wolff setzte sich mutig für Kerschensteiner ein. Sein Arbeitsschulgedanke sei sehr wertvolles pädagogisches Erbe, er sei in fast allen Ländern der westlichen Welt hochangesehen. Es käme auf die Brauchbarkeit eines pädagogischen Gedankens an, also auf Zeitgemäßheit und praktischen Nutzeffekt in der Schule. "Diese Frage wird durch die Praxis entschieden."

Assistent Pakulla entgegnete "in bestimmter Form": Die Erziehung diene der Ausbildung eines richtigen Überbaues, der der gesamten Gesellschaft diene. Hierbei könne man nicht von einer kontinuierlich fortschrittlichen Entwicklung sprechen. "Besonders Kerschensteiner ist zu den am wenigsten fortschrittlichen Pädagogen zu rechnen, denn das Bestreben seiner Arbeitsschule zielt darauf ab, Arbeitsobjekte für die Interessen des Kapitalismus zu schaffen, indem sie die Jugend mit einem Mindestmaß an Kenntnissen ausstattet, das diese lediglich befähigt, ihre Arbeit auszuüben."

Das Protokoll fährt fort: "Diese Ausführungen fanden bei einem Teil des Lehrkörpers keine Zustimmung." Schulrat Neick sprach von verfehlter Darstellung. Die Beschränkung der Kenntnisvermittlung erfolge nicht, um Ausbeutungsobjekte zu schaffen, sondern mit

Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit des Kindes.

Professor Wolff bestritt die Ansicht, in Kerschensteiners Arbeitsschulgedanken lediglich einen Versuch zu sehen, Ausbeutungsobjekte zu schaffen. Er versuchte deutlich zu machen, daß das Arbeitsschulprinzip eine zweckmäßige Form der Arbeit darstelle, um die Schüler nicht nur zur Stoffaufnahme und -sammlung zu erziehen, sondern zu kritischem und selbständigem Denken anzuleiten. "Was heute nicht brauchbar ist, werfen wir gern über Bord, aber wir sind nicht gewillt, aus irgendeiner Perspektive heraus einen so bewährten Pädagogen über Bord werfen zu lassen!"

Der SED-gebundene Teil des Lehrkörpers, der den Verlauf der Diskussion mit zunehmender Besorgnis verfolgt hatte, griff nun ein. Das Protokoll gibt Auskunft: "Da die Gefahr bestand, durch diese in die Breite gehende Diskussion über Kerschensteiner vom eigentlichen Grundthema abzukommen, kam von verschiedenen Seiten der Vorschlag, die Diskussion über Kerschensteiner abzubrechen und zum Gegenstand einer besonderen Sitzung zu machen."

Die SED-Pädagogen kamen immer wieder auf "Stalins Arbeiten" zurück. Sie seien die Grundlage für die Erziehungsziele. Die neuen Richtlinien aus Moskau hatten immerhin ein Gutes: Die Pflege der Muttersprache gehörte zu den Erziehungszielen.

Bei der Vorbereitung der zentralen theoretischen Konferenz in Berlin über die "Stalin-

schen Arbeiten" wurde die Unsicherheit der Pädagogen immer wieder deutlich. Besonders orientierungslos stand man der Forderung gegenüber, auch die Lehre des russischen Physiologen Pawlow (1849-1936) von der "höchsten Nerventätigkeit" miteinzubeziehen. Erkenntnisse sowjetischer Wissenschaftler, wie z.B. von Lyssenko und Mitschurin, mußten ja kritiklos übernommen werden.⁴ Daß Stalin in die Entscheidungen der sowjetischen Biologie noch stärker eingegriffen hat, als seinerzeit schon vermutet wurde, ist neuerdings durch Öffnung der Parteiarchive bekanntgeworden.⁵

In der Fakultätssitzung vom 27. Februar wird fünfmal "Pawlow" erwähnt, und viermal stereotyp geantwortet, "man dürfe sich nicht zu weit vorwagen" auf Gebiete, die noch nicht genügend erforscht seien. Sehnllich erwartete Übersetzungen aus der sowjetischen Wissenschaft standen noch nicht zur Verfügung.

Pawlow, Nobelpreisträger des Jahres 1904, war weithin bekanntgeworden durch seine Versuche mit Hunden und seine Lehre von den durch Dressur oder Gewöhnung entstandenen "bedingten Reflexe". Die im Grunde wissenschaftliche Fragestellung schien zur materialistischen Philosophie des Marxismus-Leninismus zu passen und eröffnete die Möglichkeit, Pawlows Versuche auch auf die Erziehung von Kindern zu übertragen, um unbewußte "positive" Grundeinstellung zu schaffen.

Wie beflissen manche "Pädagogen" in der DDR den "Pawlowismus" übertrieben, berich-

tete Professor Hans Mieskes, der bis 1956 an der Universität Jena lehrte. So wurde z.B. die Wirkung einer falsch gestellten Frage einer Lehrerin so erklärt: "Durch den fehlerhaften Impuls der Lehrerin irradierte der einsetzende Erregungsprozeß über weite Teile der Großhirnrinde und hemmte die Zentren, die für die Weiterarbeit benötigt wurden." ⁶

Die Diskussion in der Rostocker Fakultätssitzung am 29. Januar wurde in den folgenden Sitzungen von Dekan Professor Müller kritisiert. Die "aufmüpfigen" Professoren wurden unter Druck gesetzt, sich der neuen Linie anzupassen.

Am 05. Februar heißt es im Protokoll: "Es hat sich gezeigt, daß die genaueste Kenntnis des Marxismus-Leninismus notwendig ist, um die gegenwärtigen aktuellen Probleme der Pädagogik wissenschaftlich untersuchen zu können. Da nicht alle Angehörige des Lehrkörpers den Marxismus-Leninismus studiert haben, konnte man bei den Diskussionen feststellen, daß bereits in zwei Sprachen gesprochen würde. In diesem Zusammenhang empfahl er die Teilnahme am Parteisuljahr der SED."

Und am 27. Februar: "Bei allen Ausführungen waren ideologische Schwächen festzustellen. Mangel am Kampf der Meinungen. Man hätte eine freie Diskussion zulassen sollen. Man muß die Fehler aufdecken, damit sie nicht noch einmal gemacht werden!"

"...danken wir der sowjetischen Regierung für ihre befreiende Tat"

- Die Entstehungsgeschichte einer "spontanen" Resolution - (11.03., 15.03. und 21.03.1952)

Wie kamen unter dem SED-Regime Resolutionen zustande, die dann der Weltöffentlichkeit als begeisterte Zustimmung präsentiert wurden? Die Note der sowjetischen Regierung vom 10. März 1952 mit ihren verlockenden Wiedervereinigungsangeboten ließ die Pressestelle der Universität Rostock schon einen Tag später (!) aktiv werden.

11.03.1952

Der Prorektor für das Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium Professor L. schrieb unter dem Absender "Pressestelle der Universität Rostock" an den Dekan der Pädagogischen Fakultät Professor Müller:

"...beweist einmal mehr, daß die Regierung der UdSSR konsequent für die Einheit Deutschlands eintritt...Die von der Regierung der UdSSR gemachten Vorschläge verfolgen den Zweck, dem deutschen Volke endlich seine nationale Souveränität wiederzugeben...Diese Note ist der Ausdruck der Politik der Sowjetunion, die zielklar die Erhaltung des Friedens verfolgt...

Die Pressestelle der Universität bittet Sie und die Damen und Herren Ihres Lehrkörpers um eine kurze Stellungnahme, damit wir sie gegebenenfalls der Presse übergeben können."

15.03.1952

Der Dekan antwortete:

"...erlaube ich mir, Ihnen zunächst eine Gesamtentschließung unserer Fakultät zur Friedensnote der Sowjetunion...zu übersenden. Ich habe außerdem durch Rundschreiben alle Damen und Herren unseres Lehrkörpers gebeten, ihrerseits eine individuelle Stellungnahme bei der Fakultät in Kürze einzureichen..." Die "Damen und Herren" mußten schriftlich bestätigen, daß sie darum gebeten worden sind, eine schriftliche persönliche Stellungnahme bis zum 19. März im Dekanat abzugeben.

Die Gesamtentschließung lautete: "Im Westen unseres Vaterlandes steht die Bonner Regierung...kurz vor dem Abschluß des Generalkriegsvertrages. Einem solchen Vertragsabschluß, der die Spaltung Deutschlands verewigen und durch den amerikanischen Krieg zur völligen Zerstörung der deutschen Nation führen würde, fehlt jede völkerrechtliche Grundlage...Die Note der sowjetischen Regierung vom 10. März 1952...fordert konsequent den Abschluß eines Friedensvertrages als Voraussetzung für die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und souveränen deutschen Staates. In einer Situation, in der imperialistische Interessenpolitik die Menschheit in eine neue Katastrophe zu treiben droht, zeigt die Note der Sowjetregierung den einzig mög-

lichen Weg zur Erhaltung des Friedens...danken wir der sowjetischen Regierung für ihre befreiende Tat. Wir werden ihren Kampf um den Frieden mit allen Kräften unterstützen."

21.03.1952

Der Dekan übersandte der Pressestelle der Universität 19 Einzeldarstellungen. Die begeisterte Zustimmung der Professoren konnte in der Presse erscheinen!

Niemand an der Universität wird eingestellt, der nicht von der SED überprüft wird"

- Das Kesseltreiben gegen Frau Dr. Emmel am Germanistischen Institut - (05.06.1953)

1953 - kurz vor dem 17. Juni - war es am Germanistischen Institut der Philosophischen Fakultät zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen "Frl." Dr.Emmel und "Herrn" E. gekommen. Frau Dr.Emmel wurde bei der SED-Hochschulgruppe und sogar beim ZK der SED denunziert. Ihr wurde vorgeworfen, ein "bürgerliches Dogma" zu vertreten. Da Herr E. Mitglied der SED war, lud sich der 1.Sekretär der SED-Hochschulgruppe Bonnen zur Sitzung der Philosophischen Fakultät vom **05.06.1953** ein, um der unbequemen Frau gegenüberzutreten. Frau Dr. Emmel war mit seiner Anwesenheit einverstanden.

Beide Kontrahenten trugen ihre Stellungnahmen nacheinander schriftlich vor. Frau Dr.

Emmel machte die marxistische Literaturbetrachtung Herrn E. dafür verantwortlich, daß immer wieder fachliche Differenzen entstünden, in die auch die Studenten über Gebühr hineingezogen würden. Die Auseinandersetzungen entstanden wohl auch dadurch, daß Dr. Emmel zwar fachlich qualifizierter war und im Gegensatz zu Herrn E. Promotion und Habilitation vorweisen konnte, aber dieser mit dem richtigen Parteibuch zum kommissarischen Direktor der Abteilung für Neuere Deutsche Literaturgeschichte gemacht worden war.

Die Angegriffene sprach offen aus, daß sie sich in ihrer Lehrfreiheit bedroht fühlte. Sie hat offenbar auch das "Studentenschicksal" von Gisela Hollandt angesprochen und die grundsätzliche Frage nach der individuellen Freiheit begabter Studenten gestellt.

Herr E. nannte Frau Dr. Emmel überheblich. Sie stelle sich keiner Diskussion. Professor Teuchert sprach sich deutlich dafür aus, den Konflikt nur in der Fachrichtung zu erörtern und nur sachliche Kritik zu üben. Die ganze Angelegenheit sei "nicht dazu angetan, ihn weiter als Fachrichtungsleiter zu halten, zumal noch zehn Jahre eingehender Arbeit am Mecklenburgischen Wörterbuch nötig sind". Er verlangte eine Überprüfung der wissenschaftlichen "Qualitäten" Herrn E.

Der 1.Sekretär der SED-Hochschulgruppe sprach klare Worte. "Das ZK der SED ist die oberste Instanz der DDR. Es hat die Leitung der Arbeiterklasse übernommen. Niemand an der Universität wird eingestellt, der nicht von der SED überprüft wird." In den bestehenden

Übergangsschwierigkeiten sei ein taktvolles Verhalten von Marxisten und Nichtmarxisten notwendig. "Allerdings wird loyales Verhalten des Wissenschaftlers gegenüber dem Marxismus gefordert."

Er sprach wie in einer SED-Versammlung. Aber er war in der Philosophischen Fakultät.

Frau Dr. Emmel, Jahrgang 1911, hat 1991 in Rostock ein Buch "Die Freiheit hat noch nicht begonnen" über ihre Erlebnisse und Erfahrungen seit 1933 veröffentlicht. Sie schildert auch den Zusammenstoß mit Herrn E. im Juni 1953 aus ihrer Sicht. Es kommt deutlich zum Ausdruck, wie bedrängt und verletzt die mutige Frau seinerzeit gewesen ist. Leider verwechselt sie hierbei - nach 38 Jahren - die in Rostock wohlbekannten Genossen Bonnen und Mewis.⁷

"Vielleicht können Sie diese Mitteilungen verwerten"

- Hinter den Kulissen der SED - Kaderpolitik -
(25.05.1954)

Die SED hatte überall ihre Augen und Ohren. Gegen mißliebige Professoren und Studenten wurden hinter deren Rücken schriftliche Berichte verfaßt, in denen unmißverständlich gefordert wurde, im Sinne der SED einzugreifen. Im folgenden wird beispielhaft ein solches Schreiben des Prorektors für das Gesell-

schaftswissenschaftliche Grundstudium Professor L. im Wortlaut mit leichten Kürzungen wiedergegeben:

"An das Staatssekretariat für Hochschulwesen
25.05.1954

...Ich halte es für meine Pflicht,...auf einige Erscheinungen an der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock hinzuweisen. Gegenwärtig bemüht sich der Fachrichtungsleiter für Germanistik, Herr Prof.Dr.Teuchert, mit mehr oder weniger örtlichem Erfolg, die Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Angehörige des Lehrkörpers an der Phil. Fakultät, Professor Sielaff und Prof.E., aus der Fakultät zu verdrängen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die dem Staatssekretariat bekannten Schreiben vom 14. April 1954 und 10. Mai 1954...

Desgleichen versucht gegenwärtig Herr Teuchert durch die Zwischenprüfungen bei einzelnen Genossen Studenten den Nachweis zu bringen, daß diese zu dumm für das Studium sind. So bekam z.B. der Parteisekretär der Grundorganisation an der Phil. Fakultät in Mittelhochdeutsch ein "ungenügend". Der Student hat bereits das dritte Studienjahr abgeschlossen und wird von den übrigen auch parteilosen Studenten als Student mit guten Leistungen bezeichnet.

Herr Teuchert äußerte: "Sind Sie denn überhaupt in der Lage, sich mit Ihren Kommilitonen in deutscher Sprache zu verständigen?" Ich rate Ihnen das Studium aufzugeben." Die parteilosen Studenten der Phil. Fakultät sprechen

davon, daß es eben auch in Prüfungen einen Klassenkampf gibt.

Ich halte es auch für notwendig darauf aufmerksam zu machen, daß die Philosophische Fakultät zur Zeit mit einem Herrn Dr.W.Becker, Assistent am Germanistischen Institut an der Karl-Marx-Universität Leipzig, in Verbindung steht, um diesen Herrn für Rostock zu gewinnen. Der von Herrn Dr.Becker gehaltene Vortrag "Gedanken über die Autobiographie" ist nach einem mir vorliegenden Protokoll als unwissenschaftlich, durch und durch idealistisch zu bezeichnen...

Wir werden mit Herrn Teuchert sehr offen über diese Dinge sprechen. Leider ist diese Besprechung bis heute noch nicht zustande gekommen, da auch der Dekan, Prof.Dr.Hartke, sich etwas zögernd zu diesen Dingen verhält. Es wäre überhaupt gut, wenn Vertreter des Staatssekretariats für Hochschulwesen sich während der Zeit der Zwischenprüfungen an den Universitäten aufhalten würden.

Auch an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät gibt es zur Zeit Erscheinungen, die nicht ohne weiteres gebilligt werden können. Da ist vor allem die Frage der Dekanswahl. Die Math.-Nat.-Fakultät hat... Herrn Prof.Dr.Zinner zum Dekan gewählt. Das Sekretariat der Parteileitung ist mit dieser Wahl nicht einverstanden. Herr Prof.Dr.Zinner ist keinesfalls eine ausgereifte Persönlichkeit. Er ist sehr ehrgeizig, was sich in vielem negativ bemerkbar macht.

Auch die Berufungsverfahren auf dem Gebiete der Mathematik gefallen uns nicht...Am objektivsten ist in dieser Angelegenheit Herr Prof.Dr.Falkenhagen...Vielleicht können Sie diese Mitteilungen verwerten."

"...daß man zu der Arbeit der Staatssicherheitsorgane vollstes Vertrauen haben kann"

- Die Verhaftung von zehn Naturwissenschaftlern 1954 - (14.09.1954 und 15.01.1955)

1954 hatte es der Staatssicherheitsdienst für nützlich gehalten, aus dem Kreis der persönlichen Freunde der Verhafteten von 1950/51, die inzwischen ihre Examina abgelegt hatten und teilweise als Assistenten tätig waren, eine weitere "staatsfeindliche" Gruppe zu konstruieren. Insgesamt zehn Naturwissenschaftlern wurde am 31.12.1954 von dem Bezirksgericht Rostock der Prozeß gemacht. Die "Ostseezeitung" hatte darüber am 28. August und 14. September 1954 in großer Aufmachung und mit den unglaublichsten Beschuldigungen berichtet.⁸

Die Protokolle der Fakultätssitzungen gehen auf diese Ereignisse, die an der Universität und in der Öffentlichkeit große Erregung hervorriefen, nur beiläufig und sehr zurückhaltend ein:

Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät am 14.09.1954:

"Nach einem Bericht seiner Spektabilität über die Folgen der Aufhebung einer Untergrundorganisation an der Universität für die Fakultät wurde das Protokoll der Fakultätssitzung vom 31.05.1954 verlesen und genehmigt..."

Durch die Verhaftung einiger Assistenten in der Fachrichtung Biologie entstehen folgende Schwierigkeiten: Im Zoologischen Institut fallen aus: Vorlesungen und Praktikum über Parasitologie und das tierphysiologische Praktikum, im Botanischen Institut ist das pharmakognostische Praktikum unbesetzt."

Philosophische Fakultät am 15.01.1955:

"Spectabilis gab Bericht über den Prozeß gegen die Meini-Gruppe, zu dem er als Vertreter der Universität zugelassen war. Es wurde betont, daß man zu der Arbeit der Staatssicherheitsorgane vollstes Vertrauen haben kann."⁹

Der - unmögliche - Wunsch des ZK der SED, die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten der DDR an das Niveau der europäischen Wissenschaft anzupassen

(17.12.1955)

Die Philosophische Fakultät befaßte sich am 17.12.1955 im Tagesordnungspunkt 1 wieder mit der Politik der SED. Doch diesmal tat sie es gern. Auf dem 25.Plenum des ZK der SED war gefordert worden, die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten der DDR an das Niveau der europäischen Wissenschaft anzupassen. Dies war ein Eingeständnis der Rückständigkeit. Für diese aber waren nicht die Wissenschaftler verantwortlich, sondern die einengende und mißtrauische Politik der SED.

Die Professoren ergriffen die Gelegenheit beim Schopfe. Sie nannten die Gründe der Rückständigkeit deutlich und machten Verbesserungsvorschläge.

"Eine Anpassung der wissenschaftlichen Arbeiten der DDR an das Niveau der europäischen Wissenschaft ist nicht möglich, solange die Beschaffung von wissenschaftlicher Literatur aus Westdeutschland und dem kapitalistischen Ausland weiterhin in der bisherigen schleppenden Weise vor sich geht." Dies gelte sogar für die wichtigsten wissenschaftlichen Werke. Der Leihverkehr der wissenschaftlichen Bibliotheken mit Westdeutschland sei büro-

kratisch geregelt. Ein Wissenschaftler müsse auf ein zur Abfassung seiner Arbeit wesentliches Werk wegen des stockenden Leihverkehrs oft bis zu einem Dreivierteljahr warten.

Die Auslandsreisen von Wissenschaftlern und Studenten sollten nicht mehr starr nach dem bisherigen Delegationssystem vonstatten gehen. Besonders für die Kunstgeschichte und die Sprachwissenschaft seien Auslandsreisen dringend notwendig.

"Als besonders schwerwiegender Mangel wurde das niedrige Niveau der Oberschulen hervorgehoben." Die immer stärker werdende Zurückdrängung der philosophischen Fächer an den Oberschulen und die Mangelhaftigkeit des alt- und neusprachlichen Unterrichts hätten ein immer weiter sinkendes Niveau der Studenten zur Folge. Die Auswahl der Studenten an den Oberschulen erfolge meist unter ganz falschen Gesichtspunkten. Die Schulleiter seien oft fachlich nicht in der Lage, Schüler auf den richtigen Weg zu weisen.

"Der Alleinanspruch des Prorektorats für Studentenangelegenheiten auf die Auswahl der Studenten müßte aufgegeben und dieselbe in höherem Maße als bisher den Fachrichtungsleitern überlassen werden." Der Dekan gab bekannt, daß er dem Prorektor vorgeschlagen habe, Assistenten oder Studenten höherer Semester zur besseren Beratung an die Oberschulen zu entsenden.

Das waren richtige und sehr deutliche Worte. Es ist aber zu vermuten, daß die Forderungen der "Basis" nach oben moderater

weitergegeben wurden. Und sicher ist, daß die SED diese Forderungen im wesentlichen nicht erfüllte; denn ihre totalitäre Herrschaft ließ Auflockerungen nicht zu. Damit war aber auch die Anpassung an das Niveau der europäischen Wissenschaft unmöglich.

"...weisen wir darauf hin, daß es unstatthaft ist, die ausländischen Studentengruppen nach Westberlin zu führen"

- Die Angst des SED-Regimes vor dem Systemvergleich mündiger Bürger -
(27.09.1957)

Unaufhörlich versuchte der Propagandaapparat der SED den Menschen einzureden, die DDR sei der bessere deutsche Staat des Friedens, der Demokratie und großer Wirtschaftserfolge. Der westdeutsche "Klassenfeind" wurde in dunkelsten Farben gemalt. Dieses Täuschungsmanöver konnte nur gelingen, wenn man die Bürger der DDR und Ausländer daran hinderte, die Lage in beiden Teilen Deutschlands mit eigenen Augen zu vergleichen und sich eine eigene Meinung zu bilden.

Zu diesem Zweck wurden "Westreisen" nur wenigen Auserwählten erlaubt. Die Möglichkeit, westliche Fachliteratur einzusehen, wurde stark eingeschränkt. Diese Maßnahmen, die auch in den Protokollen der Philosophischen

Fakultät immer wieder angesprochen werden, haben die Menschen zu unmündigen Bürgern herabgewürdigt.

Am 27.09.1957 gab das Staatssekretariat für Hochschulwesen dem Rektor der Universität Rostock "aus gegebener Veranlassung" genaue Anweisungen, wie bei Besuchen ausländischer Studentengruppen zu verfahren sei.

Es sei unstatthaft, sie nach Westberlin zu führen. Man dürfe auch nicht mit der S-Bahn durch Westberlin fahren. Überhaupt dürften Aufenthalte in Berlin nur unter bestimmten Bedingungen genehmigt werden, nämlich "wenn eine unumgängliche fachliche Notwendigkeit vorliegt und der Aufenthalt in Berlin so kurz wie möglich bemessen wird". Übernachtungen ausländischer Studentengruppen in Berlin sollten möglichst vermieden werden.

Das war der traurige Höhepunkt der Reglementierung, so daß die Regierung sich eine Rechtfertigung aus den Fingern sog. Es gäbe "größere Unterbringungsschwierigkeiten, auch in den Studenteninternaten der Humboldt-Universität, die üblicherweise in Anspruch genommen werden."

Was für eine Angst vor dem Vergleich! Die SED-Machthaber wußten sehr wohl, daß ihr Regime dabei schlecht abschneiden würde.

"Lehrveranstaltungen und Forschungsarbeiten müssen der Heranbildung des sozialistischen Menschen dienen"

(16.10.1957)

Nach dem Ungarn-Aufstand im Herbst 1956 und seiner blutigen Niederschlagung begann die SED, die Professoren und Studenten wieder härter anzufassen. Diese sollten nun die Parteilinie bedingungslos einhalten und sich dem Machtanspruch der Kommunisten und der Ideologie des Marxismus-Leninismus völlig unterwerfen.¹⁰ Abweichler wurden heftig attackiert und unter Druck gesetzt. Viele resignierten, zogen sich zurück oder flüchteten nach Westdeutschland.¹¹ Geistig-inhaltliche Auseinandersetzungen waren an der Universität künftig kaum noch möglich. Die Grundsatzorientierung war einhellig der reinen Zweckorientierung gewichen.¹²

Auf der Sitzung der Philosophischen Fakultät vom 16.10.1957 wurde der Inhalt einer Rede wiedergegeben, die der neue Staatssekretär Dr.Girnus vor der Rektorenkonferenz gehalten hatte. Unmißverständlich hatte er gefordert:

"Lehrveranstaltungen und Forschungsarbeiten müssen der Heranbildung des sozialistischen Menschen dienen. Hochschullehrer, die entgegengesetzte Ziele vertreten, gehören nicht länger an die Universität in der sozialistischen Gesellschaft. So geht es z.B. nicht an, in Westdeutschland erschienene Literatur

kritiklos zu verarbeiten, die darin vertretenen Meinungen als "auch möglich" hinzustellen und den Studenten die Auswahl zu überlassen. In der Kunstgeschichte ist vor allem die Theorie des L'art pour l'art zu bekämpfen."

Forschungsarbeiten, Habilitationsschriften und Dissertationen müßten durch ihren Inhalt dem Aufbau des Sozialismus dienen. "Als Methode für alle Fachgebiete kommt nur die dialektisch-materialistische in Frage. Der Lehrkörper muß sich intensiver mit dem Studium des Marxismus-Leninismus befassen. Zu diesem Zwecke sind im Rahmen des Klubs der Intelligenz Zirkel eingerichtet worden. Regere Beteiligung an diesen Veranstaltungen wurde als dringend erforderlich hingestellt."

Über die Rede des Staatssekretärs hatte Professor Nichtweiß berichtet. Acht Monate später war er tot. Zermürbt von den Angriffen der SED war er aus dem Leben geschieden.¹³

"...weil die nächsten Jahrzehnte bzw. Jahrhunderte durch den Sozialismus bestimmt sein werden"

- Der Beitrag des Instituts für Pädagogik zur sozialistischen Erziehung - (18.01.1958)

Die Fakultätssitzung am 18.01.1958 beschäftigte sich mit dem Beitrag des Instituts für Pädagogik zur sozialistischen Erziehung.

Der Referent Professor Müller berief sich auf "Materialien des Zentralkomitees", auf Ausführungen von Kurt Hager, der damals Kandidat des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees war, und auf Walter Ulbrichts Feststellung, der Aufbau des Sozialismus sei in erster Linie eine Erziehung des Menschen.

Das sozialistische Bewußtsein müsse in der Auseinandersetzung mit alten Bewußtseinsformen entwickelt werden. Dazu sei die Kenntnis des Marxismus-Leninismus Voraussetzung, "weil die nächsten Jahrzehnte bzw. Jahrhunderte durch den Sozialismus bestimmt sein werden".

Die Lehrveranstaltungen am Institut für Pädagogik müßten immer der sozialistischen Erziehung dienen. Der "echte" weltanschauliche Standpunkt des Lehrenden sei entscheidend und werde durch die "Zirkeltätigkeit" am Institut gefördert. "Hier bemühen sich die Mitglieder der SED und alle Parteilosen des Instituts um eine Durchdringung des Marxismus-Leninismus."

Mit westdeutschen Ideen, dem Revisionismus, Reformunterricht und Gruppenunterricht müsse man sich "auseinandersetzen". Die westdeutsche Fachliteratur sei bisher hauptsächlich nur informativ ausgewertet worden. Künftig müsse mit den Assistenten und Aspiranten eine "systematische Diskussion" durchgeführt werden.

Eine unvoreingenommene Diskussion über fachwissenschaftliche Fragen der Pädagogik und über alte und neue "westdeutsche" Ideen

war, wie z.B. noch 1952 über Kerschensteiner, nicht mehr möglich. Das Institut für Pädagogik der Universität Rostock war gleichgeschaltet worden.

"...daß sie bereit sein müssen, die Entwicklung der Wissenschaft im Geiste des Sozialismus zu unterstützen"

- Die Auswahl des wissenschaftlichen Nachwuchses - (05.03.1958)

1958 wurden alle Dozenten- und Assistentenverträge gekündigt und neue Anstellungsverträge abgeschlossen, in denen ausdrücklich zur Unterstützung der Politik von Partei und Regierung verpflichtet wurde.¹⁴ An der Universität Rostock wurde Professor Heidorn, der spätere Rektor, Prorektor für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Die neue Lage wurde auf der Sitzung der Philosophischen Fakultät am **05.03.1958** mitgeteilt. Die Auswahl des wissenschaftlichen Nachwuchses sei früher von den Instituten nach fachlichen und pädagogischen Gesichtspunkten erfolgt. "Es gibt Institute, an denen trotz 12-jähriger Entwicklung seit 1945 keine Einflußnahme in Fragen der sozialistischen Erziehung erkennbar ist."

Nun aber gelte es, die wissenschaftlichen Nachwuchskräfte an der Universität in die sozialistisch-politischen Aufgaben sinnvoll

einzugliedern. "Der Aufbau des Sozialismus stellt erhöhte Anforderungen an den wissenschaftlichen Nachwuchs." Welche Anforderungen waren gemeint? Es werde eine Verbundenheit mit dem Staat der Arbeiter und Bauern verlangt. Die jüngeren seien doch schon unter sozialistischen Verhältnissen aufgewachsen, während die älteren Wissenschaftler einen umfangreichen alten Ballast mit sich herumtrügen.

"In politischen Dingen ist die Aktivität zu erhöhen." Es gäbe keine Umwege mehr. Die bisherigen Rechte des Rektors zu Einstellungen und Entlassungen seien nach der neuen Anordnung auf den Prorektor übertragen worden. Bis zum 31. März 1958 seien auf der Grundlage des neuen Gesetzes mit allen Assistenten Arbeitsverträge abzuschließen. "Eine neue Berufskategorie wird geschaffen, die der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Es darf auf keinen Fall ein Assistent..., der nach dem neuen Gesetz...nicht tragbar ist, in diesen Beruf überführt werden."

Professor Heidorn betonte die politische Seite bei der Auswahl des Nachwuchses. "Jede herrschende Klasse" habe ihre Universitäten und Wissenschaftler geformt. Die Arbeiterklasse wolle Kräfte für die sozialistischen Ziele an den Universitäten schaffen. Der neue Typ des Assistenten werde sich wesentlich vom Typ des westdeutschen Assistenten abheben. Es "beginnt eine neue Etappe in der Hochschulpolitik. Trotz aller Bemühungen sind die Universitäten im gesellschaftlichen Leben zurückgeblieben".

An der Auswahl seien drei Instanzen beteiligt, die Institutsdirektoren, die Gewerkschaftsleitungen und der Prorektor. "Dr.Heidorn hebt nachdrücklich hervor, daß er jedem Assistenten eine Frage vorlegen wird, und zwar "Wie ist Ihr Verhältnis zu unserem sozialistischen Staat?" Sollte diese nicht eindeutig beantwortet werden, ist die Qualifikation für den Erzieher zum Sozialismus nicht gegeben und sein weiteres Verbleiben an der Universität nicht zu verantworten."

Heidorn machte - am Schalthebel der Macht - sehr deutlich, daß er die politische Haltung vorrangig berücksichtigen würde. Es erforderte Zivilcourage und muß gewürdigt werden, daß sich in der anschließenden Diskussion eine Stimme erhob, die die fachwissenschaftliche Leistungsfähigkeit verteidigte: "Dr.Schöler hebt den Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit beim wissenschaftlichen Nachwuchs hervor, der allein im Ergebnis zum Ausdruck kommt. Die Belastung durch gesellschaftliche Funktionen kann nicht Entschuldigung für das Zurückbleiben im wissenschaftlichen Sektor sein. Häufig ist es ein Mangel an Konzentrationsfähigkeit und wissenschaftlicher Begabung..."

"Ein solches Verhalten kommt dem Übergang zum Feinde gleich"

- Die Einschüchterungskampagne gegen Professoren 1958, zunehmende Republikflucht und Aderlaß der Institute - (19.09.1958)

In der Sitzung der Philosophischen Fakultät am **19.09.1958** herrschte Katastrophenstimmung. Sechs Hochschullehrer (!) waren nach Westdeutschland geflüchtet, unter ihnen der angesehene Direktor des Instituts für Romanistik Professor Brummer und der kommissarische Direktor des Instituts für Kunstgeschichte Dr.Koch. Dr.Rothe wurde "beim Verlassen der Republik von Volkspolizisten gestellt und inhaftiert". Alle drei gehörten dem Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät an. Auch drei Assistenten aus den Instituten für Germanistik, Romanistik und Pädagogik hatten sich dem Druck der SED durch Republikflucht entzogen.

Hektisch wurde versucht, die entstandenen Lücken zu schließen. Kommissarischer Leiter des Instituts für Pädagogik wurde Kollege Windoffer. Für Frau Dr.Braemer, der kommissarischen Direktorin des Instituts für Germanistik, wurde eine Professur vorgeschlagen. Für die kommissarische Leitung des Instituts für Romanistik wurde ein Lektor vorgeschlagen, der aber eigentlich für den Sprachunterricht unabhkömmlich war. Frau Herbig wurde mit der Führung der Geschäfte des Instituts für

Kunstgeschichte beauftragt. Es wurde vorge schlagen, Archäologie und Kunstgeschichte zusammenzulegen.

Dr. Häsler wurde die Wahrnehmung einer Professur mit Lehrauftrag übertragen. Kollegin Neumann wurde Assistentin für die Methodik des Biologieunterrichts. Und: dem Professor Jessin sollte eine Gastprofessur angetragen werden. Er war an der Zentralen Parteihochschule Moskau mit Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie tätig. Seine besondere Qualifikation? Er war nach 1945 als Major der Roten Armee für die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes der Universität Rostock eingetreten und 1957 zum Ehrensensator ernannt worden. "Vorschlag wurde vom Fakultätsrat einstimmig angenommen."

Nachdem der Substanzverlust der Fakultät so dramatisch offenbar geworden war, konnte der Dekan Professor Cumme seine Erregung nicht mehr zurückhalten. "Im Westen ist man bereit, den Kampf gegen den Sozialismus in kalter und offener militärischer Form aufzunehmen. Ein solches Verhalten ehemaliger Angehöriger unseres Lehrkörpers ist zu verurteilen und kommt dem Übergang zum Feinde gleich." Er stellte die Frage, ob den Abtrünnigen nicht die an der Rostocker Fakultät erworbenen akademischen Grade aberkannt werden müßten. Mutmaßungen über die Gründe der Republikflucht wurden angestellt.

Die in Rostock Gebliebenen waren erregt. Zugleich wußten sie, daß sie selber nun noch schärfer überwacht wurden.

"Es gab damals sehr heftige Auseinandersetzungen"

- Vertrauliche Dossiers unter Genossen, 1. Teil- (1959)

In den Akten der Philosophischen Fakultät befindet sich ein Dokument ohne Kopf und Unterschrift mit dem handschriftlichen Datum "1959". Die Überschrift lautet: "Zur Frage der Intelligenz an der Philosophischen Fakultät." Der unbekannte Verfasser hat die Entwicklung an der Philosophischen Fakultät in den fünfziger Jahren dargestellt. Es handelt sich um einen der zahlreichen vertraulichen Berichte "von Genossen an Genossen".

Der gutinformierte Verfasser analysiert aus dem Blickwinkel des SED-Funktionärs. Dabei scheint es ihm darauf anzukommen zu berichten, daß inzwischen alles "funktioniert" und unter Kontrolle ist. Er bemüht sich auffallend, auch die "parteilosen Kollegen" zu loyaler Mitarbeit heranzuziehen.

Noch bis etwa 1953/54 sei das Gesicht der Fakultät von den alten bürgerlichen Wissenschaftlern bestimmt worden, z.B. den Professoren Teuchert, Brummer, Emmel und Schröder. Wer für eine sozialistische Orientierung kämpfte, habe sich nur schwer durchsetzen können.

Es habe heftige fachliche und politische Auseinandersetzungen gegeben. Etwa 1954/55 habe sich die Linie der Partei durchgesetzt. "Die Genossen...zogen sich zurück und waren

im großen und ganzen mit ihrem Sieg zufrieden."

Damals hätten neue Auseinandersetzungen begonnen, nun aber innerhalb der Parteiorganisation. Einige neue Genossen mit grundsätzlich richtiger Haltung hätten sich aber ungeeigneter Mittel bedient, Klatschereien, Zuträgereien, Überheblichkeit u.ä. Die Parteigruppe sei zerrissen gewesen.

Erst 1957/58 sei es zu einem Klärungsprozeß und zur Festigung der Grundorganisation gekommen. Dies sei wesentlich durch den Genossen Mewis, den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock, vorangetrieben worden. "Feindliche Kräfte, die in der Zeit der ungeklärten Situation Oberwasser hatten, wurden republikflüchtig. (Prof. Dr. Brummer, Dr. Rothe, Dr. Koch, Dr. Jahn)." Danach hätten die "positiven" Kräfte die Führung an der Fakultät übernommen.

Die bürgerlichen Kräfte hätten sich dann der neuen Linie angenähert und mitgearbeitet. Sie hätten aber noch Probleme durch ihre pazifistische Haltung, unterschätzten die Gefährlichkeit des westdeutschen Militarismus und kritisierten das Paßgesetz. Das schwächste Glied an der Philosophischen Fakultät sei das Institut für Körpererziehung. Von diesem gingen manche negativen Einflüsse aus.

An der Philosophischen Fakultät seien zahlreiche Genossen im Lehrkörper. "Da aber jeder zuerst sein Institut sieht und seine Wissenschaft, sind die Kräfte zersplittert. Nur langsam setzt sich die Einsicht durch, daß es an

der Philosophischen Fakultät eine alle Institute umfassende Aufgabe gibt, die Ausbildung von sozialistischen Lehrern."

"Es zeigte sich, daß auch bei Genossen die marxistischen Gedankengänge nur hauttief saßen"

- Vertrauliche Dossiers unter Genossen, 2. Teil-
(13.01.1959)

Auch das Schreiben des "Dr. Pol." vom 13.01.1959 behandelt Zustand und Perspektiven der Philosophischen Fakultät. Im Gegensatz zu dem unbekanntem Verfasser des Berichts "1959" schlägt "Dr. Pol." einen rüden Ton an. Seine Polemik gegen die "sogenannten" Geisteswissenschaftler liegt unter dem Niveau einer Philosophischen Fakultät. Auch seine Genossen bleiben nicht unverschont.

Die gängigen Phrasen der Agitation und Propaganda mit ihren "Etappen" und "-ismen" beherrscht er gut. Haben wir hier jemanden vor uns, der wissenschaftlich weniger qualifiziert war, aber durch politische Linientreue aufsteigen konnte und Einfluß ausübte? Bei seinem Rundumschlag hat er womöglich auch ganz persönliche Rechnungen beglichen. Dieser Typus gedeiht überall, besonders aber in totalitären Herrschaften, wie wir beim Nationalsozialismus und Kommunismus erfahren haben.

Das Schreiben ging an Professor L., aber nicht an den Prorektor, sondern an den

Genossen im Büro der Bezirksleitung der SED! "Dr.Pol." attackiert die Professoren, die vor dem Druck der SED nach Westdeutschland ausgewichen waren. Er empört sich, sie seien noch nicht einmal bereit gewesen, die "antifaschistisch-demokratische Etappe unserer Umwälzung konsequent zu unterstützen. Diese Leute verließen...die damalige sowjetische Besatzungszone." Andere "vollzogen diesen Schritt in der Etappe der sozialistischen Umgestaltung." Z.B. habe sich Professor Heyde nach Westberlin abgesetzt. Professor Bröker habe das "Fachexistential (sic!) Philosophie" in Kiel übernommen.

"Dr.Pol." denunziert auch Mitglieder der SED. So wirft er ihnen Sozialdemokratismus vor. "Es zeigte sich, daß...auch bei Genossen die marxistischen Gedankengänge nur hauttief saßen. In Wirklichkeit hatten sie auf ihre alte bürgerliche Ideologie nur Begriffe der marxistisch-leninistischen Ideologie aufgefropft... Dieser Teil des Lehrkörpers segelte unter der Flagge der allgemeinen Humanität und kleinbürgerlichen Ideologie."

Natürlich wird auch der "westdeutsche Imperialismus" aufs Korn genommen. Dieser sei "an der Zersetzung unseres sogenannten geisteswissenschaftlichen Lehrkörpers interessiert" gewesen. Die SED-Parteileitung der Universität habe den Ernst der Lage nicht rechtzeitig erkannt. "Die Parteiarbeit an der Fakultät war jahrelang schlecht und lag infolge einer gewissen Zersetzung zeitweise ganz am Boden bzw. war sie mitunter auch falsch orientiert!"

"...empfiehlt, die Kriege Cäsars als Klassenkämpfe gegen sich wehrende präsumptive Sklaven zu betrachten

- Die Geschichtsbetrachtung des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR - (18.05.1960)

Die Historiker mußten den Dialektischen und Historischen Materialismus als geistige Grundlage anerkennen. Und "kämpferische Parteilichkeit" für die sozialistische Sache sollte über dem Streben nach wissenschaftlicher Erkenntnis stehen. So wurden z.B. Vielfalt und Widersprüche des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der Antike dogmatisch zur "Sklavenhaltergesellschaft" verengt.

Am 18.05.1960 hielt ein Habilitand vor dem Rat der Philosophischen Fakultät einen Vortrag über "Humanitas als politisches Schlagwort bei Cäsar". Als Gast weilte hoher Besuch an seiner früheren Wirkungsstätte: Professor Hartke, klassischer Philologe, seit 1958 Präsident der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Die Diskussion über den 2000 Jahre zurückliegenden Vorgang wurde nach dem vorgeschriebenen Ritual mit einem aktuellen Propagandaspruch eröffnet: "Prof.Dr.Hartke hebt die ideologisch-politische Bedeutung des Vortrags hervor; denn in Westdeutschland dient die humanitas-Diskussion teilweise der Rechtfertigung der NATO-Politik."

Auf die Frage, wie Cäsars auswärtige Kriege einzuschätzen seien, antwortete der Habilitand, sie hätten Eroberungscharakter gehabt. Das war dem Präsidenten offenbar zu allgemein und ohne Bezug zum Dialektischen und Historischen Materialismus. Er empfahl daher, "die Kriege Cäsars als Klassenkämpfe gegen sich wehrende präsumptive Sklaven zu betrachten".

So einfach war das also und der Pflicht, bei den alten Römern stets von "Klassenkämpfen" und "Sklaven" zu sprechen, war Genüge getan. Die vielen gelehrten Bücher über die Machtkämpfe und Verwicklungen in Rom und Cäsars ganz persönliche Ziele konnten achtlos beiseitegelegt werden. Ein Mitglied des Lehrkörpers griff die Sache mit den "Sklaven" auf und begab sich aufs Glatteis. Es sprach von "Herder", der Habilitand aber hatte vorher den Altphilologen Harder erwähnt.

Der Präsident verwies noch einmal auf Marx und vermerkte, daß humanitas in Rom zum Parteibegriff und schließlich seines Inhalts entleert wurde. Schließlich kam heraus: "Cäsar hat gerade deshalb mehr erreicht als Cicero, weil er humanitas mehr im Sinne seiner Klasse gebrauchte." Damit war der Klassenkämpfer Cäsar nach 2000 Jahren doch noch entlarvt worden!

Fregattenkapitän X: "Wie weit bedeutet die militärpolitische Konzeption der SPD eine Schwächung der Widerstandskraft der Massen?"

- Die öffentliche Verteidigung einer Dissertation an der Philosophischen Fakultät -
(31.01.1961)

Am 31.01.1961 waren zur öffentlichen Verteidigung einer Dissertation dreißig Gäste gekommen, an ihrer Spitze Fregattenkapitän Kreisel und Oberstleutnant May. Thema war die Militärpolitik der SED. Die Offiziere beteiligten sich rege an der Diskussion und schossen eifrig aus dem Arsenal der Abteilung "Agitation und Propaganda". Da war die Rede von der Kriegsfraktion in der SPD-Führung, den Gemeinsamkeiten der rechten SPD-Führer und der Bonner Militaristen. "Dort wird faktisch die Theorie des begrenzten Krieges sanktioniert." Und: "Wie weit bedeutet die militärpolitische Konzeption der SPD eine Schwächung der Widerstandskraft der Massen?"

Mit den Verteidigern des sozialistischen Vaterlandes wetteiferten einige "parteiliche" Historiker. Sie wollten sich offenbar gegenseitig beweisen, daß sie sich in der politischen Sprachregelung auskannten. Zeitweise vergaßen sie dabei die Hauptperson der Sitzung.

Dr. Polzin begrüßte, daß der Doktorand auch einiges zur Vergangenheit "etlicher rechter

SPD-Führer" sagte. Professor Heidorn betonte, daß "gewisse SPD-Führer Angriffspläne...billigen und zum Teil auch ausgearbeitet haben". Er fragte nach dem Unterschied "zwischen dem Bonner Staat und dem Hitlerstaat" und lieferte die Antwort gleich mit: "Die Militari- sten (halten es) momentan nicht für erforder- lich..., zum Faschismus überzugehen." Dr. Krüger wies auf die strategischen Konzeption- en der SPD hin, die sich mit denen der "Bon- ner Generale" deckten.

Erst in der Beratung übten einige Wissen- schaftler Kritik. "Mangel an Fähigkeit, exakt zu formulieren". "Antworten...dürften durch Um- schweifungen Mangel an Sachkenntnis ver- schleiert haben." Er "hat oft nicht richtig zwi- schen Agitation und Wissenschaft unterschieden!" Genosse Professor Heidorn wischte alle Einwände vom Tisch: Er "hat nicht Geschichte studiert; er ist Absolvent des Franz-Mehring- Instituts". das Urteil der Kommission lautete "cum laude". Es gab einen Doktor mehr im Weltfriedenslager.

"Es macht sich erforderlich, einen längeren Zeitabschnitt für die vormilitärische Ausbildung der Studierenden festzulegen"

- Die Disziplinierung der Philosophischen Fa- kultät nach dem Mauerbau 1961 - (04.09. und 29.09.1961)

Der Mauerbau am 13. August 1961 war ein tiefer Einschnitt in die deutsche und europäi- sche Geschichte und wirkte sich unmittelbar an den Universitäten aus. Nun hatte das SED- Regime die Menschen fest im Griff und brauchte keine Rücksicht mehr zu nehmen. Die Flucht nach Westdeutschland oder auch nur Reisen dorthin mit Begegnungen und Anregun- gen und dem Gefühl der Freiheit waren versperrt.

Die Professoren und Studenten wußten sehr wohl, daß die Mauer nicht gegen den "west- deutschen Imperialismus", sondern gegen sie selbst gerichtet war, weil die Menschen dem "Paradies der Werktätigen" in großer Zahl da- vonliefen. Aber sie wurden gezwungen, Erge- benheitsadressen zu unterschreiben, die Mauer als "antifaschistischen Schutzwall" zu feiern und ihre Bereitschaft zu erklären, das soziali- stische Vaterland zu verteidigen. Auch auf die Philosophische Fakultät stürmten die neuen politischen Forderungen ein.

In der Sitzung am **04.09.1961**, drei Wochen nach dem Mauerbau, also noch in großer

Erregung, wurde die Fakultät diszipliniert. Die Maßnahmen am 13. August und auch die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die Sowjetunion hätten dem Frieden gedient, teilte Spectabilis Professor Müller mit. Der XXII. Parteitag der KPdSU sei ein grandioser Wegweiser für die Zukunft der Menschheit.

"Für alle Angehörigen der Fakultät muß es eine Ehrensache sein, die Deutsche Demokratische Republik mit allen Mitteln gegen jeglichen Aggressor zu verteidigen" und "vorläufig nicht nach Westdeutschland oder in andere NATO-Länder zu reisen." Westdeutsche und ausländische Literatur müsse unbedingt überprüft werden, der Bezug aus Westdeutschland sei möglichst einzuschränken. "Unsere Fakultät nimmt Partei für die Sache des Sozialismus. Parteinahme wird von allen Angehörigen der Fakultät erwartet." Dr. Dessau meinte: "Es kommt darauf an, uns auch ideologisch von Westdeutschen störfrei zu machen."

Von den Studenten forderte man Einsatz für den "Kampfauftrag des Zentralrates der FDJ", Kampfpflicht und Versammlungen, straffe Durchführung des Studiums, Einsatz in der Landwirtschaft und natürlich "Bereitschaft zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes".

Auf der Sitzung am **29.09.1961** wurde deutlich, daß viele Professoren und Studenten sich passiv verhielten und sich nicht einspannen ließen. Professor Heidorn und die Doktoren Polzin und Roger zogen alle Register.

Alles mußte noch verbessert werden, die politische Erziehung, die Disziplin, der GST-Tag. "Die Studenten der Studentenbühne und des Chores waren nicht alle bereit, den Brief an den Genossen Walter Ulbricht zu unterschreiben." "Es gibt zahlreiche pazifistische Ansichten unter den Studenten." Sie brächten dem Staat keinen Dank entgegen.

Jeder Institutsdirektor solle jede Woche einen Informationsbericht an den Dekan geben. "In manchen Instituten fehlt es an der einheitlichen Erzieherfront." Die Hochschullehrer seien Staatsfunktionäre und dem Staat rechenschaftspflichtig. Die Institutsdirektoren sollten auch vom Dekan zur Rechenschaft gezogen werden können.

Im Historischen Institut wurde das Soll übererfüllt. "Die Mitarbeiter des Lehrkörpers haben sich bereiterklärt, an einem Reservistenlehrgang teilzunehmen. Die weiblichen Angehörigen des Lehrkörpers wollen an einem Luftschutzlehrgang teilnehmen. Die Leitung des Instituts nahm an einem FDJ-Lehrgang teil." Ein Professor habe erklärt, er sei nicht bereit, sein Wissen an solchen Studenten zu vermitteln, die das sozialistische Vaterland nicht verteidigen wollen.

Und: "Es macht sich erforderlich, einen längeren Zeitabschnitt für die vormilitärische Ausbildung der Studierenden festzulegen!"

"Der sozialistische Lehrer erzieht glühende Patrioten des sozialistischen Vaterlandes"

- Die Erziehung zu Liebe und Haß -
(25.04.1962)

Zur Sitzung der Philosophischen Fakultät am **25.04.1962** waren auch Schulräte eingeladen. Der Tagesordnungspunkt 2 sollte eine an sich wichtige Frage behandeln: "Welche Anforderung stellt die Schulpraxis an unsere Absolventen?" Bezirksschulrat Wachholz aber erstickte jede Bereitschaft der Wissenschaftler, die Erfahrungen der Praxis für die eigene Arbeit zu verwerten, indem er über seine Zuhörer mit den üblichen Thesen der Agitation und Propaganda herfiel.

"Der Lehrer in der feudalistischen Gesellschaftsordnung hat den Kindern das weltliche Wissen regelmäßig ausgeprägelt...Der Lehrer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hatte die Aufgabe, Menschen zu erziehen, die in der Lage waren, in der kapitalistischen Produktion zu arbeiten. Er erzog die Kinder zu Dienern des kapitalistischen Systems."

Was wurde nun vom sozialistischen Lehrer erwartet? "Er zieht glühende Patrioten des sozialistischen Vaterlandes." Den (natürlich kapitalistischen) Imperialismus, Militarismus und Revanchismus müsse er hassen. Überhaupt müßten theoretische Kenntnisse mit

dem Gefühl verbunden werden. Der Bezirksschulrat konnte auch mit einem negativen Beispiel aufwarten: In der 9.Klasse der Sportschule Rostock verstünden es viele Lehrer noch nicht richtig, die Schüler zu sozialistischen Menschen zu erziehen.

Als Mängel in der praktischen Arbeit der Studenten wurden genannt: Unerfahrenheit und Unbeholfenheit im Umgang mit den Eltern und Schülern und bei der Anwendung der fachlichen Kenntnisse in der Praxis, Probleme bei der Beurteilung der Schüler und in den Fragen der Kollektiverziehung. "Die große Bedeutung der Pionierorganisation Ernst Thälmann und der FDJ für die sozialistische Erziehung wird...ungenügend erkannt."

Eine Äußerung des SED-Pädagogen konnte in diesem Gremium durchaus als Einschüchterungsversuch verstanden werden: Die Mitarbeiter der Abteilung Volksbildung würden gern an Vorlesungen und Seminaren teilnehmen!

Welche Anforderungen stellte also die Schulpraxis an die Fachwissenschaftler der Philosophischen Fakultät? Von Fachwissen war nicht die Rede. Die pädagogische Vorbereitung sollte verbessert werden. Vor allem aber sollten die Professoren daran mitwirken, sozialistische Lehrerpersönlichkeiten hervorzubringen und zu Liebe und Haß zu erziehen. Das mutete das SED-Regime der Philosophischen Fakultät mit ihrer langen humanistischen Tradition zu! Um Humanismus ging es ihm eben nicht, sondern um die eigene Macht.

Das Dokument des Nationalrates der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands

- Der unproduktive Tagungsordnungspunkt 1 der Fakultätssitzungen - (25.04.1962)

Die Beschäftigung mit tagespolitischen Fragen stahl den Wissenschaftlern viel kostbare Zeit. In der Sitzung der Philosophischen Fakultät am **25.04.1962** mußte zunächst "das Dokument" lang und breit erörtert werden. Der Dekan Professor Müller berichtete über die bisherige Diskussion, die am Pädagogischen und Historischen Institut besonders ausführlich geführt worden sei. Stolz wurden "positive" Äußerungen sonst zurückhaltender Kollegen registriert.

Das Dokument sollte in allen Lehrveranstaltungen "verarbeitet" werden. Es habe eine große Bedeutung für eine sehr lange Zeit. Aus dem Protokoll geht hervor, daß die Studenten und auch die FDJ-ler wenig Interesse zeigten. Man gewinnt auch den Eindruck, daß die meisten Professoren das politische Ritual resigniert über sich ergehen ließen.

Der Vertreter der Fakultätsgewerkschaftsleitung wollte auch bedeutende Gedanken beisteuern. Die Diskussion werde zu abstrakt geführt. Sie müsse mit dem gesellschaftlichen Leben verbunden werden. "Die FGL ist der Auffassung, daß an der Fakultät ein Plan erarbeitet werden müßte, der alle Maßnahmen der

Fakultät zur Auswertung des Dokumentes erfaßt und koordiniert."

Die armen Wissenschaftler sollten auch mit den technischen Mitarbeitern politische Aussprachen führen. Sie sollten alle Lehrveranstaltungen überarbeiten, "um die Gedanken des Dokuments wirksam werden zu lassen". Schließlich wurde auch für die Dauer eines Semesters ein Kolloquium vorgeschlagen. Forschung und Lehre blieben auf der Strecke. Wann hätte man sich ihnen auch widmen können?

"...hebt hervor, daß unsere Fakultät vorwiegend Lehrer ausbildet, die gewissermaßen Politoffiziere des gesellschaftlichen Lebens sind"

- Die vormilitärische Ausbildung der Studenten - (28.10.1966)

Womit sollte sich der Fakultätsrat einer Philosophischen Fakultät auf seinen Sitzungen befassen? Mit der fachwissenschaftlichen Ausbildung seiner Studenten? Weit gefehlt! Am **28.10.1966** jedenfalls ging es um ganz andere Dinge: Die militärpolitische Situation der Gegenwart, die sozialistische Wehrerziehung, den Ernte-Einsatz, die politisch-ideologische Erziehung, die Zusammenarbeit mit der FDJ usw. - fast vier Stunden lang.

Genosse Spectabilis Polzin begrüßte eine bunte Schar von Gästen, einen Korvettenkapitän, den Ernteeinsatzbeauftragten, die Mitglieder der Kommission "Sozialistische Wehrerziehung" und vier Studenten, die im Lager der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) in Prerow als "Kommandeure" eingesetzt waren.

Der Korvettenkapitän steuerte sofort auf die amerikanischen Imperialisten, den Gefahrenherd "westdeutsche Republik" und die Möglichkeit eines Krieges zu. Der vormilitärischen Ausbildung käme große Bedeutung zu. Leider zeigten die jungen Rekruten nicht genügend Leistungsfähigkeit und -willen.

Ein als Kommandeur eingesetzter Student berichtete selbstkritisch, es sei ungeschickt gewesen, die Studenten gleich am ersten Tage mit dem Freund-Feind-Verhältnis zu konfrontieren. Genosse Professor Roger hielt es aber für noch bedenklicher, "daß die positiven Kräfte unter den Studenten nicht Front machten gegen die negativen Erscheinungen".

Professor Dessau machte dann die Aufgaben einer Philosophischen Fakultät überdeutlich. "Unsere Fakultät (bildet) vorwiegend Lehrer (aus), die gewissermaßen Politoffiziere des gesellschaftlichen Lebens sind. Deshalb müssen die Studenten wissen, was für ein Feind uns gegenübersteht!" Der Vorschlag, auch die vielen Studentinnen bei der Wehrerziehung zu berücksichtigen, durfte natürlich nicht fehlen.

Auch der Ernteeinsatz schien unbefriedigend verlaufen zu sein. Während im vormilitärischen Lager besonders die Studenten der Landwirt-

schaftlichen und Medizinischen Fakultät ideologische Unklarheiten gezeigt hätten, sei beim Ernteeinsatz von Studenten der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät ein schlechter Einfluß ausgegangen. "Die Leistungsstipendien (sollten) noch einmal unter dem Aspekt der Bewährung im Ernteeinsatz überprüft werden."

So wurde mit großem Einsatz darum gerungen, die Studenten der Philosophischen Fakultät zu "Kommandeuren" und "Politoffizieren" zu erziehen.

"Auf Grund der vorhandenen ideologischen Widersprüche ist er objektiv nicht in der Lage, in der Studentenausbildung tätig zu sein"

- Die Unterdrückung der Proteste gegen den Einmarsch in die CSSR 1968 - (11.09.1968)

Der "Prager Frühling" hatte 1968 versucht, einen Sozialismus "mit menschlichen Antlitz" zu schaffen. Doch die Sowjetunion duldet keinerlei Auflockerung und ließ ihre Truppen am 21. August in die CSSR einmarschieren. Am Einmarsch nahm auch die Nationale Volksarmee der DDR teil.

In der DDR kam es, besonders in der jungen Generation, nicht zuletzt an den Universitäten, zu Protesten gegen den Einmarsch der

Sowjetunion und die Beteiligung der DDR. Das SED-Regime ließ, wie zu erwarten war, keine Kritik an seinen Maßnahmen zu und suchte die Kritiker mundtot zu machen.

"Kollege" Janetzko, Lektor am Institut für Slawistik der Universität Rostock, hatte den Mut, offen zu protestieren. Er mußte also zum Widerruf aufgefordert und gegebenenfalls abgestraft werden. Am **11.09.1968**, drei Wochen nach dem Einmarsch, beriet das Dekanskollegium der Philosophischen Fakultät über den Antrag des Instituts für Slawistik, den Lektor Janetzko von der Lehrtätigkeit zu beurlauben.

"Unter Anwesenheit...des Parteigruppenorganisations des Instituts für Slawistik wurde eine ausführliche Kameradschaftliche Aussprache mit Koll. Janetzko über seine unklare politisch-ideologische Haltung durchgeführt, welche im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen in der CSSR zugespitzt zutage trat."

Angeichts des verschärften Klassenkampfes und der drohenden Konterrevolution in der CSSR sei eine einheitliche Erzieherfront unbedingt erforderlich. Nachdem SED-Professoren "klar und parteilich" Stellung genommen hatten, führten sie dem Uneinsichtigen die Notwendigkeit der "Hilfeleistung der sozialistischen Bruderarmeen für die CSSR" eindeutig vor Augen. "Der Beruf des Lehrers verlangt...eine eindeutige politische Stellungnahme und die Erkenntnis, daß es einen dritten Weg nicht geben kann."

Janetzko hatte bereits seit dem Mauerbau 1961 wider den Stachel gelockt. Auch "in für geschaffenen Bewährungssituationen" habe er sich nicht geändert. Offenbar sei er mit den Informationen aus dem Westen und der CSSR nicht fertig geworden. Seine politische Haltung sei von "Objektivismus" bestimmt. "Auf Grund der vorhandenen ideologischen Widersprüche ist Koll. Janetzko objektiv nicht in der Lage, als Lektor in der Studentenausbildung tätig zu sein."

Der Angeklagte ließ sich auch in der Aussprache nicht zu einer "parteilichen" Stellungnahme bewegen. Befragt, wie er sich seine weitere Tätigkeit vorstelle, erklärte er nachdrücklich, weiterhin als Lektor arbeiten zu wollen.

Das Dekanskollegium aber war einmütig der Auffassung, daß er nicht mehr als Lektor arbeiten könne, da er sich nicht in das Kollektiv einordne und keinen parteilichen politischen Standpunkt erarbeiten wolle. Er solle beurlaubt und woanders, möglicherweise auch außerhalb der Universität, beschäftigt werden. An einer Schule aber dürfe man ihn keinesfalls delegieren. Das Institut für Slawistik erhielt den Auftrag, die Aussprachen mit dem "Kollegen Janetzko" weiterzuführen und eine erweiterte Stellungnahme zu seiner ideologischen Haltung seit 1961 einzureichen.

Wer unter einer autoritären oder totalitären Herrschaft seine Überzeugung gegen die Machthaber verteidigt, obwohl er unerbittlich in die Zange genommen wird, verdient Hochachtung. Dem Angeklagten blieb jedoch nicht

erspart, die Aussprache abschließend als "kameradschaftlich, offen und helfend" anzuerkennen. Machthaber legen auf solche Bestätigungen Wert. Vielleicht haben sie insgeheim doch ein schlechtes Gewissen, das sie - wenn auch vergeblich - beruhigen möchten?

"...ließ sich von der Propaganda der Westsender und der tschechischen Sender völlig verwirren"

- Eine Rostocker "Studentenbrigade" am 21. August 1968 in der SU - (03.10.1968)

Als die Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR einmarschierten, weilte eine Studentenbrigade der Universität Rostock in der Sowjetunion. Die Studenten debattierten über den Einmarsch offenbar heftig.

Ein Bericht der Hochschulgruppenleitung der FDJ über diese Vorfälle ging - ohne Unterschrift - an den Prorektor für wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen, der am **03.10.1968** den Dekan der Philosophischen Fakultät in Kenntnis setzte. Einige Studenten hätten durch ihre Haltung einen denkbar schlechten Eindruck im Ausland hinterlassen. Der Dekan solle die vorgesehenen "Aussprachen" der FDJ-Hochschulgruppenleitung mit den Studenten aktiv unterstützen und an der Beseitigung der ideologischen Mängel mitwirken. "Über das Veranlaßte erbitte ich eine kurze Information."

Die Hochschulgruppenleitung der FDJ berichtete: In der Brigade seien 12 Jungen und 8 Mädchen gewesen, ohne Ausnahme FDJ-Mitglieder, 3 von ihnen Angehörige der SED. Sie seien aus der Ingenieurökonomischen, Technischen und Philosophischen Fakultät gekommen. "Es gab keinen Zusammenhalt in der Gruppe." Einige Techniker erkannten die Autorität des Brigadeleiters offensichtlich nicht an. Sie seien zum Teil älter gewesen und hätten ihre persönlichen Interessen in den Vordergrund gestellt. Die Mädchen hätten sich schnell beleidigt gefühlt. "Sie waren auch bei der Arbeit mit ihren Leistungen schlechter als die Jungen."

Die Arbeit der Brigade sei gut einzuschätzen. Jedoch habe das Geldverdienen im Vordergrund gestanden, da sonst das Kulturprogramm gekürzt worden wäre. In Diskussionen sei viel über die Russen hergezogen worden: Schlechte Organisation der Arbeit, ein Diebstahl, fehlende Gardinen. Politisch sei die DDR abhängig von der Sowjetunion und werde wirtschaftlich ausgenutzt. "Man kann dem Wahrheitsgehalt unserer Zeitungen und der Zeitungen in der Sowjetunion nicht vertrauen."

Der Bericht denunziert namentlich 2 Studenten und 2 Studentinnen, die sich über den Einmarsch in die CSSR negativ geäußert hätten. "Die Hilfsaktion ist eine Okkupation." Eine Studentin habe sich von der Propaganda der Westsender und der tschechischen Sender völlig verwirren lassen. "Fest hinter unserer Partei und Regierung" hätten nur 3 bis 5 namentlich genannte Studenten gestanden. "Der Rest bezog keinen klaren Standpunkt. Die

meisten von ihnen ließen sich von der westlichen Propaganda verwirren."

Abschließend tut sich die FDJ-Hochschulgruppe noch durch etliche Verbesserungsvor-

schläge hervor. Der 9.Vorschlag lautete: "Es dürfen nicht so viele Mädchen mitfahren, höchstens 4!"

Anmerkungen

- 1 Thomas Ammer: "Universität zwischen Demokratie und Diktatur." Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Köln 1969 (Nachdruck 1990 und 1994), S.169 ff - im folgenden zitiert als "Ammer" -
- 2 Ammer, S.64 f
- 3 Ogorodnikow/Schimbirew: Lehrbuch der Pädagogik. Berlin 1954 (6.deutsche Auflage), S.52
- 4 Ammer, S.63
- 5 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.07.1994
- 6 Hans Mieskes: Pädagogik des Fortschritts? München 1960, S.59
- 7 Hildegard Emmel: Die Freiheit hat noch nicht begonnen. Rostock 1991
- 8 Ammer, S.92 ff
- 9 Spectabilis Professor Dr.Werner Hartke
- 10 Ammer, S.100 ff
- 11 Ammer, S.108 ff
- 12 Ernst Richert: Sozialistische Universität. Berlin 1967, S.198
- 13 Ammer, S.110 f
- 14 Ammer, S.106

Dokumentarischer Anhang

Sondergenehmigung für Literatur aus Westdeutschland und dem Ausland (14.12.1951)
(s.S. 79)

Schreiben der Pressestelle der Universität Rostock an den Dekan der Pädagogischen Fakultät
(11.03.1952) (s.S. 80)

Protokoll der Sitzung der Philosophischen Fakultät (05.06.1953) - Auszug (s.S. 81)

Auszug aus: Hildegard Emmel "Die Freiheit hat noch nicht begonnen", Rostock 1991 (s.S. 82)

Schreiben des Prorektors Dr. Luck an das Staatssekretariat für Hochschulwesen in Berlin
(25.05.1954) - Auszug (s.S. 83)

Protokoll über die Sitzung der Philosophischen Fakultät (17.12.1955) - Auszug (s.S. 84)

Protokolle über die Sitzungen der Philosophischen Fakultät (18.01.1958 und 05.03.1958)
- Auszüge (s.S. 85)

Schreiben des "Dr. Pol." an den Genossen Professor Dr. Luck (13.01.1959) - Auszug (s.S. 86)

Protokoll der a.o. Sitzung des Rates der Philosophischen Fakultät (31.01.1961) - und Proto-
koll zur Fakultätssitzung der Philosophischen Fakultät (04.09.1961) - Auszüge (s.S. 87)

Protokoll über die Fakultätsratssitzung der Philosophischen Fakultät (28.10.1966) - Auszug
(s.S. 88)

ZENTRALSTELLE FÜR WISSENSCHAFTLICHE LITERATUR

BERLIN NW7, UNTER DEN LINDEN 8 · TELEFON 520111

SONDERGENEHMIGUNG

Nr. 279

Herrn Prof. Dr. Max Lindh,
Institut für bildende Kunst u. Kunstziehung
Rostock, Stalinplatz

ist die nachstehend bezeichnete Literatur aus Westdeutschland und dem Ausland
auszuhändigen:

Pädagogik, Kunstgeschichte
und verwandte Gebiete

Diese Sondergenehmigung erstreckt sich auf Sendungen dieser Literatur, die unter
Streifenband, in Drucksachenbeutel, als Päckchen oder Pakete eingehen.

Anderungen im Bezug derjenigen Literatur, die in dieser Sondergenehmigung oder
in einem Nachtrag zu dieser Sondergenehmigung aufgeführt ist, sind durch den
Bezugsberechtigten innerhalb eines Monats der Zentralstelle für wissenschaftliche
Literatur zu melden.

Diese Sondergenehmigung verliert am 31.12.1952 ihre Gültigkeit, wenn
sie nicht verlängert wird.

Berlin, den 14.12.1951

Zentralstelle für wissenschaftliche Literatur



Witz
(Dr. Jütz)

UNIVERSITÄT ROSTOCK

Rostock, den 11. März 1952

Der Prorektor
für das Gesellschaftswissenschaftliche
Grundstudium

Pressestelle
der Universität Rostock

An den
Dekan der Päd.Fak.
Herrn Prof.Dr. M ü l l e r

R o s t o c k
=====

Spectabilis!

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, überreichte der stellvertre-
tende Außenminister der UdSSR G r o m y k o den diplomati-
schen Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs im
Auftrage der sowjetischen Regierung eine Note, die eine Kon-
ferenz der vier Großmächte zum Abschluß des Friedensvertrages
mit Deutschland fordert.

Dieser bedeutungsvolle Schritt beweist einmal mehr, daß die Re-
gierung der UdSSR konsequent für die Einheit Deutschlands ein-
tritt, die notwendig mit dem Abschluß eines Friedensvertrages
verbunden ist. Die von der Regierung der UdSSR gemachten Vor-
schläge verfolgen den Zweck, dem deutschen Volke endlich seine
nationale Souveränität wiederzugeben, die ihrerseits den Abzug
aller Besatzungstruppen zur Voraussetzung hat. Diese Note ist
der Ausdruck der Politik der Sowjetunion, die zielklar die Er-
haltung des Friedens verfolgt. Gerade der Abschluß eines Frie-
densvertrages mit Deutschland wird dazu beitragen, den Frieden
der Welt zu erhalten.

Die Pressestelle der Universität bittet Sie und die Damen und
Herren Ihres Lehrkörpers um eine kurze Stellungnahme, damit
wir sie gegebenenfalls der Presse übergeben können.

f.d.Richt. *S. 11*

gez. Luck

Protokoll

der Sitzung der Philosophischen Fakultät am 5. Juni 1953, 10 Uhr c.t.

Anwesend: Spect, Prof. Brummer, Prof. Hartke, Teuchert, Jensen,
Dr. Emmel, Dr. Niepage, Dr. Koch, Herr Epping.

Entschuldigt: Die Proff. v. Lücken, Helm, Albrecht und Dr. Eller

Beurlaubt: Frau Klein.

Tagesordnung: 1) Germanistisches Institut
2) Verschiedenes

Punkt 1) der Tagesordnung - Germanistisches Institut

Auf Beschluss der Fak. wurde die Verlesung des Protokolls der letzten Fak. Sitzung auf die nächste Sitzung verschoben.

Eingangs berichtete Spect., dass aufgrund der Vorkommnisse in der letzten Fak. Sitzung Frau Kirschbaum einen Bericht an die Hochschulgruppe der SED verfasst habe. Da in der Auseinandersetzung zwischen Frl. Dr. Emmel und Herrn Epping die Haltung der SED eine gewisse Rolle spiele, habe Herr Bonnen aufgrund des o.a. Berichtes Spect. gebeten, zur Klärung der Fragen, die im Zusammenhang mit der SED stünden, an der Fak. Sitzung teilnehmen zu dürfen. In der Diskussion über die Frage, ob Herr Bonnen hinzugezogen werden solle, wurde schließlich besonders aufgrund der dringenden Bitte von Frl. Dr. Emmel diesem Wunsche stattgegeben.

10 Uhr 30 wurde Herr Bonnen zur Fak. Sitzung hinzugezogen.

Spect. übergab daraufhin das Wort an Frl. Dr. Emmel.

Frl. Dr. Emmel führte aus, dass sie nach 4-tägiger Überlegung zu grundsätzlicher Klarheit gelangt sei und ihre Stellungnahme schriftlich niedergelegt habe. Sie verlas darauf ihre Stellungnahme. Zunächst gab sie eine Analyse ihrer persönlichen und sachlichen Schwierigkeiten, wie sie sich aus dem dienstlichen und fachlichen Verhältnis zwischen ihr und Herrn Epping ergaben. Sie illustrierte diese Ausführungen durch Beispiele aus dem Lehrbetrieb. Die wesentlichen Schwierigkeiten sah sie darin, dass Herr Epping ohne Absolvierung der Promotion und Habilitation komm. Direktor der Abt. f. neuere deutsche Literaturgeschichte ist und für die wesentliche Fachausbildung des ersten und zweiten Studienjahres die Verantwortung trägt, während sie als promovierte und habilitierte Fachkraft in einer nicht gleichwertigen Stellung die folgenden Studienjahre betreut. Dadurch ergeben sich ausser den persönlichen Schwierigkeiten durch die im wesentlichen marxistische Literaturbetrachtung von Herrn Epping heftige Divergenzen, in die die Studierenden selbst über Gebühr hineingezogen werden. Sie hält sich durch die Verhaltensweisen von Herrn

sein wolle und einen entsprechenden Antrag gestellt habe. Er, als Dekan, lehne die Anwesenheit des Parteisekretärs bei einer Fakultätssitzung ab, doch er möchte meine Meinung darüber hören. Ich entschied sofort: „Ich bitte darum, daß Herr Mewis an der Sitzung teilnimmt. Es ist ja die Partei, die gegen mich kämpft. Herr Epping ist nur ein Strohmann. Sehr lieb soll mir sein, wenn ich den Gegner endlich selbst vor mir habe. Über meine Rede wird er sich wundern. ‚Dusselig‘ hat er von mir gesagt...“ (ich gab den gesamten Ausspruch wieder)... „Ich werde ihm zeigen, wie dusselig ich bin.“ Die Sitzung begann ohne den Sekretär, denn die Fakultät mußte erst den Beschluß über seine Anwesenheit fassen. Alle stimmten dagegen, doch auf meinen Wunsch hin wurde er zugelassen. Der Dekan teilte ihm das nach seinem Eintritt mit. Ein gemessener Austausch von Blicken zwischen ihm und mir; ich sah ihn zum erstenmal, er mich wahrscheinlich auch.

Ich eröffnete meine Rede mit einigen freundlichen Worten an die Fakultät, die mich habilitiert und mir den Einstieg in den Beruf meiner Wahl ermöglicht hatte, und versicherte, ich wollte ihr das nicht vergessen, auch wenn ich mich einmal von ihr trennen müßte. Der Gedanke sei in mir aufgestiegen – und damit war ich beim Thema –, nachdem meine Arbeit in Rostock nicht nur sehr erschwert, sondern fast verhindert würde, „weil ein Nichtfachmann das Ordinariat für Neuere deutsche Literatur versieht“. Herr Epping fuhr dazwischen: „Mäßigen Sie sich, Fräulein Dr. Emmel!“ Ich hielt ein, der Dekan erklärte: „Wir haben Frau Dr. Emmel das Wort gegeben, sie kann sprechen.“ Gleich darauf unterbrach Epping wieder: „Ich bin doch kein Metzger!“ Der Dekan bestätigte: „Nein, ein Metzger sind Sie gerade nicht.“ Der Beweis für die Erklärung vom Nichtfachmann bestimmte den Aufbau meiner Rede und ließ sich leicht erbringen; ich hatte genug Material.

118

Epping erklärte sich am Ende für gescheitert; er hätte die besten Absichten gehabt; es sei aber alles mißverstanden worden und fehlgeschlagen. Der Parteisekretär bedankte sich kräftig und gab rückhaltlos zu: So wie man sich die Zusammenarbeit zwischen Partei und Wissenschaft gedacht habe, ließe sie sich, wie er sähe, nicht durchführen. Es ginge um zu Verschiedenes. Epping und seine Leute hätten den Wunsch, die in der politischen Schulung gewonnenen Ergebnisse anzuwenden, während ich Kenntnisse vermitteln und zur Handhabung wissenschaftlicher Arbeitsmethoden anleiten wolle. Er verstünde durchaus, daß ich auf dem Recht meiner Berufsausübung bestehen müsse.

Der Aufstand des 17. Juni überrollte die Auseinandersetzungen an den Universitäten. Daß Professoren und Studenten sich nicht an dem Aufstand beteiligten, hing damit zusammen, daß sie in Ferien waren. Ich hielt mich im Thüringer Wald auf und wurde, als ich von einer größeren Wanderung etwas spät zurückkam, von den roten Plakaten, die die Ausgangssperre für die Abendstunden verkündeten, überrascht. Durch westdeutsche Radiomeldungen erfuhr ich, was geschehen war. In den nächsten Tagen und Wochen verbreiteten sich durch Berichte von Mund zu Mund die Einzelheiten der Vorgänge und ihrer Auswirkungen. Beschämend war, daß die Regierung sich mit ihrer Rache an die aufständischen Fabrikarbeiter hielt, die Verhaftungen, Verschleppungen, Diskriminierungen, jahrelange Gefängnisstrafen als Folgen ihres im Sinne der gesamten Bevölkerung geleisteten Widerstandes zu ertragen hatten. Die offizielle Presse wiederholte in vielen Variationen die Behauptung von den westlichen Agenten, die den Aufstand angestiftet hätten; man wolle ihre amerikanischen Sporthemdchen in Massen gefunden haben.

In vielen Einzelbereichen lockerte sich nach dem 17. Juni

119

Auszug aus: Hildegard Emmel "Die Freiheit hat noch nicht begonnen", Rostock 1991

25. Mai 1954

A 87

E

An das
Staatssekretariat für Hochschulwesen
z.Hd. von Herrn Franz Woblgemuth

B e r l i n W 1

Wilhelmstr. 64

Sehr geehrter Herr Woblgemuth!

Ich halte es für meine Pflicht, das Staatssekretariat für Hochschulwesen auf einige Erscheinungen an der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock hinzuweisen.

Gegenwärtig bemüht sich der Fachrichtungsleiter für Germanistik, Herr Prof. Dr. Teuchert, mit mehr oder weniger örtlichem Erfolg, die Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Angehörige des Lehrkörpers an der Phil. Fakultät, Professor Sielaff und Prof. Epping, aus der Fakultät zu verdrängen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die dem Staatssekretariat bekannten Schreiben vom 14. April 1954 und 10. Mai 1954.

Herr Teuchert ist in seinen Bemühungen nicht objektiv. Das Sekretariat der Parteiorganisation an der Universität Rostock betrachtet die Angelegenheit an der Phil. Fakultät als eine Reaktion auf eine von uns durchgeführte Maßnahme, indem wir ein ehemaliges Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, einen Studenten der Phil. Fak., wegen parteifeindlichen Verhaltens ausgeschlossen haben. Der Student hat die Republik verlassen.

Desgleichen versucht gegenwärtig Herr Teuchert durch die Zwischenprüfungen bei einzelnen Genossen Studenten den Nachweis zu bringen, daß diese zu dumm für das Studium sind. So bekam z.B. der Parteisekretär der Grundorganisation an der Phil. Fakultät in Mittelhochdeutsch ein "ungenügend" (5). Der Student hat bereits das dritte Studienjahr abgeschlossen und wird von den übrigen auch parteilosen Studenten als Student mit guten Leistungen bezeichnet. Herr Teuchert äußerte: "Sind Sie denn überhaupt in der Lage, sich mit Ihren Kommilitonen in deutscher Sprache zu verständigen?" "Ich rate Ihnen das Studium aufzugeben." Die parteilosen Studenten der Phil. Fakultät sprechen davon, daß es eben auch in Prüfungen einen Klassenkampf gibt.

Auf der anderen Seite haben 24 Studenten, d.h. alle Studenten, die bei Frau Dr. Emmel geprüft wurden, die Note "sehr gut" bekommen. Auch das ist unwahrscheinlich und es verbirgt sich u.E. dahinter eine Diskriminierung der Zwischenprüfungen überhaupt.

Ich halte es auch für notwendig darauf aufmerksam zu machen, daß die Philosophische Fakultät zur Zeit mit einem Herrn Dr. W. Becker, Assistent an Germanistisches Institut an der Karl-Marx-Universität Leipzig, in Verbindung steht, um diesen Herrn für Rostock zu gewinnen. Der von Herrn Dr. Becker gehaltene Vortrag: "Gedanken über die Autobiographie" ist nach einem mir vorlie-

Protokoll

über die Fakultätssitzung vom 17. Dezember 1955, 10 Uhr c.t.
im Dekanat der Philosophischen Fakultät.

Anwesend: Die Proff. Brummer, v.Lücken, Jensen, Dr.Düwel, Koch
Zimmermann, Rothc. Langhans,

Entschuldigt: Die Proff. Teuchert, Rosenfeld, Hartke, Lindh,
Müller, Cumme, Dr.Eller, Herr Epping, Dainas, Dohmann,
Frau Klein.

Tagesordnung:

- 1) Auswertung des 25. Plenums des Zentralkomitees der SED.
- 2) Personalien
- 3) Diverses.

Spect. Kühne eröffnete die Sitzung mit Punkt 1 der Tagesordnung und gab hierzu bekannt, dass das Zentralkomitee der SED. eine Anpassung der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten der DDR. an das Niveau der europäischen Wissenschaft zu fördern wünscht. Diese Forderung fand im Rat der Fak. lobhaftes Echo. Die hierzu vorgebrachten Äusserungen und Wünsche wurden in 3 Punkten zusammengefasst:

- 1) Eine Anpassung der wissenschaftlichen Arbeiten der DDR. an das Niveau der europäischen Wissenschaft ist nicht möglich, solange die Beschaffung von wissenschaftlicher Literatur aus Westdeutschland und der kapitalistischen Ausland weiterhin in der bisherigen schleppenden Weise vor sich geht. Es wurde festgestellt, dass sich die Lage zwar im letzten Jahr gebessert habe, dass aber immer noch grosse Schwierigkeiten in der Beschaffung selbst der wichtigsten wissenschaftlichen Werke bestehen. Auch der Leihverkehr der wissenschaftlichen Bibliotheken der DDR. mit denen Westdeutschlands müsste weniger bürokratisch geregelt werden als bisher. Es geht nicht an, dass ein Wissenschaftler auf ein zur Abfassung seiner Arbeit wesentliche Werk wegen des stockenden Leihverkehrs mit Westdeutschland oft bis zu einem 3/4 Jahr warten muss.
- 2) Zur Frage der Auslandsreisen von Wissenschaftlern und Studenten wurde angeregt, von dem bisherigen Delegationssystem abzugehen. Die dabei getroffene Auswahl (etwa 2 Studenten pro Fach und Institut an den einzelnen Universitäten der D.R.) ist insofern ungünstig, als ein Institut als ein einheitliches Gebilde zu betrachten ist und man

Aus: Protokoll über die Sitzung der Philosophischen Fakultät
(18.01.1958)

die Kenntnis des Marxismus-Leninismus. Vor allen Dingen auch deshalb, weil die nächsten Jahrzehnte bzw. Jahrhunderte durch den Sozialismus bestimmt sein werden.

Es folgt eine kritische Darlegung der Lehrveranstaltungen am Institut für Pädagogik. In diesem Zusammenhang wird noch einmal nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Lehrveranstaltungen nie Selbstzweck haben, sondern immer der sozialistischen Erziehung dienen müssen. Um Anknüpfungspunkte für eine Diskussion zur sozialistischen Erziehung zu haben, veranstalten die Angehörigen des Instituts für Pädagogik Probevorlesungen. Bei den sich anschließenden Aussprachen geht es besonders um den weltanschaulichen Standpunkt des Lehrenden. Ein weiterer Punkt ist die Verbindung der Lehre mit den aktuellen Problemen. Der Herausbildung eines echten weltanschaulichen Standpunktes der Lehrenden dient die Zirkeltätigkeit am Institut. Hier bemühen sich die Mitglieder der SED und alle Parteilosen des Instituts um eine Durchdringung des Marxismus-Leninismus. Ferner betont Herr Prof. Müller die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit westdeutschen Ideen, besonders im Anschluss an westdeutsche Kongresse. Er erwähnt die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit dem Revisionismus, dem Reformunterricht, dem Gruppenunterricht. In Zukunft soll mit Assistenten und Aspiranten eine systematische Diskussion zur westdeutschen Fachliteratur durchgeführt werden, damit diese nicht wie bisher in der Hauptsache nur informativ

Aus: Protokoll über die Sitzung der Philosophischen Fakultät
(05.03.1958)

Dr. Heidorn hebt nachdrücklich hervor, dass er jedem Assistenten eine Frage vorlegen wird, und zwar "Wie ist Ihr Verhältnis zu unserem sozialistischen Staat?" Sollte diese nicht eindeutig beantwortet werden, ist die Qualifikation für den Erzieher zum Sozialismus nicht gegeben und sein weiteres Verbleiben an der Universität nicht zu verantworten. Dr. Heidorn erbittet von den Institutsdirektoren eine Beurteilung der wissenschaftlichen und moralischen Qualitäten der Assistenten und ausserdem eine Stellungnahme, auf Grund welcher Tatsachen der Institutsdirektor den Betreffenden für die sozialistische Erziehungsarbeit geeignet halte. Zusammen mit den Gewerkschaftsleitungen werden dann die Entscheidungen getroffen

15.1.1959

Dr. Pol/Sis.

An den

Genossen Prof. Dr. L u o k
Büro der Bezirksleitung der SED

R o s t o c k

A n a l y s e

des gegenwärtigen Zustandes der Phil. Fakultät und der
Perspektive der Fakultät

zeigte sich, daß bei zahlreichen, ihrer Herkunft nach bür-
gerlichen Hochschullehrern und Assistenten, sogar auch bei
Genossen, die marxistischen Gedankengänge nur hauttief

Ein anderer Teil des Lehrkörpers und der Assistenten, die
1946 und 1949 etwa zur Phil. Fakultät kamen, war noch
nicht einmal bereit, die antifaschistisch-demokratische
Etappe unserer Umwälzung konsequent zu unterstützen. Diese
Leute verließen bereits vorzeitig die damalige sowjetische
Besatzungszone bzw. sie vollzogen diesen Schritt in der
Etappe der sozialistischen Umgestaltung (z. B. Prof. Dr.
Heyde, Fachvertreter für Geschichte der Philosophie und
Pädagogik setzte sich an die Techn. Universität in West-
berlin ab, wo er heute noch tätig ist, oder Prof. Brüller,
ehemals Professor für Philosophie an der Phil. Fakultät
Rostock, übernahm später das Fachexistential Philoso-
phie in Kiel). Solche Beispiele ließen sich beliebig fort-

knüpfen konnten. Die jahrelange Herrschaft des Sozial-
demokratismus an der Phil. Fakultät und die Tätigkeit
von Werner Jahn, Bobohm und anderen muß auch in diesem
Zusammenhang gesehen werden. Die Parteiarbeit an der
Fakultät war jahrelang schlecht und lag infolge einer
gewissen Zersetzung zeitweise ganz am Boden bzw. war sie

Aus: Protokoll der a.o.Sitzung des Rates der Philosophischen Fakultät
(31.01.1961)

Fregattenkapitän Kreisel: Wie weit bedeutet die militärpolitische Konzeption der SPD eine Schwächung der Widerstandskraft der Massen?

Antwort: Seit 1953 Angriff der SPD-Führung gegen die Reste des Marxismus in der Partei, zum gleichen Zeitpunkt, da ein massiver Druck der Regierung einsetzte.

Die Arbeit wurde abgeschlossen im Frühsommer 1960, so dass die Kapitulation der SPD vom 30. Juni 1960 nicht mehr gründlich behandelt werden konnte.

Prof. Heidorn: Wie sieht Herr Schneider den Unterschied zwischen dem Bonner Staat und dem Hitlerstaat. Prof. H. ist der Meinung, dass die Militaristen es momentan nicht für erforderlich und angebracht halten, zum Faschismus überzugehen.

Aus: Protokoll zur Fakultätsratssitzung der Philosophischen Fakultät (04.09.1961)

Spec. Müller nimmt zur gegenwärtigen politischen Situation Stellung und führt u.a. aus: Die Maßnahmen der Partei und Regierung vom 13. August 1961 waren Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens in Deutschland und Europa. Die ~~Wieder~~ Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die Sowjet-Union dient der Erhaltung des Friedens und zügelt die imperialistischen Kriegsbrantifter. Der Abschluß eines Friedensvertrages ist eine unbedingte Notwendigkeit. Das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union für den XXII. Parteitag ist ein grandioser Wegweiser für die Zukunft der Menschheit.

Auf die- Verhältnisse und die Aufgaben an der Fakultät eingehend, erklärt er u.a.: Es kommt darauf an, die Studenten zur Liebe zur Deutschen Demokratischen Republik zu erziehen. Für alle Angehörigen der Fakultät muß es eine Ehrensache sein, die Deutsche Demokratische Republik mit allen Mitteln gegen jeglichen Aggressor zu verteidigen.

Angehörigen der Fakultät muß es eine Ehrensache sein, vorläufig nicht nach Westdeutschland oder in andere NATO-Länder zu reisen. Der Umfang der westdeutschen und ausländischen Literatur, die von den einzelnen Instituten bezogen wird, muß unbedingt überprüft werden, und nach Möglichkeit ist der Bezug, besonders aus Westdeutschland, weitgehendst einzuschränken.

P r o t o k o l l

Über die Fakultätsratssitzung der Philosophischen Fakultät am 28.10.66

Beginn: 15.20 Uhr

Ende: 19.10 Uhr

Anwesenheit: siehe Liste

- Tagesordnung:
1. "Die militärpolitische Situation der Gegenwart und unsere Aufgaben bei der sozialistischen Wehrerziehung"
Korvettenkapitän Diplombistoriker Helmut Dähnioke
 2. Bestätigung der Fakultätskommission sozialistische Wehrerziehung
 3. Abschlußbericht zum Ernteeinsatz 1966, Dr. Wicht
 4. a) Beschluß des Senats vom 14. Sept. über die weitere Arbeit auf dem Gebiet der politisch-ideologischen Erziehung, dazu Berichterstattung aller Institute über die getroffenen Maßnahmen
b) Konkretes Maßnahmenprogramm für die Erziehung der Studenten und die Zusammenarbeit mit der FWJ
 5. Auswertung der Immatrikulationsgespräche
 6. Verschiedenes

Zu Beginn der Sitzung heißt Spectabilis Polzin folgende Gäste willkommen: Korvettenkapitän Diplombistoriker Dähnioke, zwei Vertreter des SHP, Dr. Wicht als Ernteeinsatzbeauftragten, die Mitglieder der Kommission Sozialistische Wehrerziehung und 4 Studenten, die im GST-Lager als Kommandeure eingesetzt waren.

Prof. Roger stimmt den Aufforderungen der Studenten Dalk und Holst zu. Er fügt hinzu, daß man sich aber nicht mit der Erklärung für einige Vorkommnisse in Prerow zufrieden geben könne, daß der betreffende Offizier, der am ersten Tage den Vortrag hielt, ungeschickt vorgegangen sei. Bedenklich ist vielmehr, daß die positiven Kräfte unter den Studenten nicht Front machten gegen die negativen Erscheinungen.

Prof. Dessau hebt hervor, daß unsere Fakultät vorliegend Lehrer ausbildet, die gewissermaßen Politoffiziere des gesellschaftlichen Lebens sind. Deshalb müssen die Studenten wissen, was für ein Feind uns gegenübersteht. Leider wissen die Studenten darüber zu wenig. Es ist wichtig,

Karl Wockenfuß

In memoriam

Karl-Alfred Gedowsky (1927 - 1952)

Sportstudent an der Universität Rostock - umgebracht in der Sowjetunion

1952 wurde ein Rostocker Sportstudent im Alter von 25 Jahren in der Sowjetunion umgebracht. Wieso war das möglich? Was war geschehen? Wer war Karl-Alfred Gedowsky? Wer waren seine Henker?

Auch das ist ein Stück Rostocker Universitätsgeschichte.

Karl-Alfred Gedowsky wurde am 31. Januar 1927 in Rostock als uneheliches Kind der Plätterin Margarete Wolf geboren. Er hatte keine Geschwister. Kindheit und Schulzeit verbrachte er in Güstrow. Dort heiratete seine Mutter am 31. Oktober 1930 den Autoschlosser Walter Gedowsky.

Dieser war häufig arbeitslos, so daß Karl-Alfred in einer Zeit sozialer Not aufwuchs und auch als Heranwachsender mehr als andere Jungen von seinen Eltern zu Arbeiten herangezogen wurde. Er äußerte später, dies habe ihn zwar viel Freizeit gekostet, aber frühzeitig gelehrt, selbständig zu denken und zu handeln.

Zur Freude seiner Eltern lernte er in der Grundschule von 1933 bis 1937 so gut und leicht, daß er von seinen Lehrern 1937 für die Oberschule vorgeschlagen wurde. Seine Eltern brauchten kein Schulgeld zu bezahlen. Mit zehn Jahren trat er 1937 wie alle jugendlichen in das "Deutsche Jungvolk (DJ)" ein. Dem sportlich begeisterten und ehrgeizigen Jungen gefielen offenbar Spiel, Sport, Gemeinschaftserlebnisse und die Chance, Führungsaufgaben zu übernehmen. 1945 wurde ihm bewußt, wie sehr der Idealismus der Jugend von den Nationalsozialisten mißbraucht worden war.

Der Krieg holte auch ihn ein. Am 11. Oktober 1944 erhielt er den sogenannten Reifevermerk der Oberschule und wurde zum "Reichsarbeitsdienst (RAD)" und am 16. Januar 1945 zur Wehrmacht eingezogen. Kurz vor Kriegsende kam er nicht mehr zum Fronteinsatz und geriet, offenbar im Mai 1945, in englische Gefangenschaft, aus der er flüchten konnte. So traf er Heiligabend 1946 wieder bei seinen Eltern in Güstrow ein.

Da der Reifevermerk nicht mehr anerkannt wurde, mußte der 20-jährige Heimkehrer wieder die Schulbank drücken. Am 1. März 1947 trat er in die John-Brinckmann-Oberschule in Güstrow ein. Da er älter und auch durch seine Erlebnisse wohl auch reifer war als seine Klassenkameraden, wurde er von ihnen als Vertrauensschüler gewählt.

Auf die neuen, von der SED-Herrschaft geforderten, "gesellschaftlichen" Aktivitäten reagierte er zurückhaltend: Er arbeitete in Güstrow in der FDJ-Sportgruppe mit und gründete ein Jugendforum des Kulturbundes, in dem offensichtlich vor allem Sport getrieben wurde. 1948 bestand er die Reifeprüfung und wollte nun an der Pädagogischen Fakultät der Universität Rostock Deutsch und Sport studieren, um Lehrer an einer Oberschule zu werden.¹

An der Universität kam er mit vielen aufgeweckten jungen Menschen zusammen. Er gehörte zu denen, die sich durch ihre Erlebnisse und Erfahrungen eine eigene Meinung gebildet hatten. Und was angesichts der zunehmenden Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch die SED-Herrschaft immer seltener wurde: Er sprach auch offen aus, was er dachte und fühlte.

Seinem geliebten Sport gab er sich auch in der Freizeit ganz hin. Unter seinen Ruderkameraden fühlte er sich am wohlsten. 1950 war er sogar 1. Vorsitzender der "Hochschulsportgemeinschaft (HSG)".² Es ist typisch für die SED-Herrschaft, daß diese Tatsache in drei Jubiläumsschriften der HSG von 1969, 1974 und 1979 verschwiegen wurde.

Er wurde dadurch ebenso zur "Unperson" erklärt, wie der Gründungsvorsitzende der HSG vom 4. Mai 1949, der Pädagogikstudent Siegfried Winter.³ Dieser, ein in der Handballhochburg Rostock bekannte Spitzensportler, war am 16. August 1949 verhaftet und zu den damals üblichen "25 Jahren Zwangsarbeit" verurteilt worden.

Gedowsky konnte nicht lange Vorsitzender der HSG bleiben. Die FDJ übernahm am 23. November 1950 ganz einfach die Regie und bestimmte ein neues "Sekretariat". Vorsitzender wurde "Genosse" Erich Jawinsky. Gedowsky war "Praktizismus" vorgeworfen. Er habe die politische Linie gefehlt, man hätte hauptsächlich Sport getrieben!

Der neue Genosse Vorsitzende verkündete: "Damit wird die zukünftige Arbeit im Sinne unserer großen Weltfriedensbewegung durchgeführt werden, und das neue Sekretariat wird eine gute politische Arbeit leisten. Vorwärts zur Verbesserung des Breitensports! Vorwärts im Kampf für den Frieden!" Auf jeder Spartenversammlung sollten die Sportler zu einem gesellschaftspolitischen Thema Stellung nehmen. Man kann sich vorstellen, wie sich die Ruderer und Gedowsky darüber lustig machten.⁴

Doch dann wurde es ernst. Im Juni 1951 hatte Gedowsky noch sein Examen als Sportlehrer gut bestanden. Es wird berichtet, daß er mit dieser Nachricht glücklich zu seinen Eltern nach Güstrow kam. Aber am 26. Juni 1951 wurde er plötzlich verhaftet.

Über seinen letzten Lebensweg haben Rostocker Studenten berichtet, die mit ihm verhaftet worden sind. Sie waren Anfang 1952 mit dem Urteil "25 Jahre Zwangsarbeit" nach Sibirien verschleppt worden, hatten aber das Glück, nach dem Besuch des Bundeskanzlers Adenauer in Moskau 1955 zusammen mit den letzten deutschen Kriegsgefangenen nach Deutschland entlassen zu werden.

Gedowsky hatte kein Glück. Er wurde vom Sowjetischen Militärtribunal in Schwerin am 6. Dezember 1951 zum Tode verurteilt und mit großer Wahrscheinlichkeit 1952 in der Sowjetunion hingerichtet.⁵ Welches todeswürdige Verbrechen hatte er begangen?

Über 70 Rostocker Professoren und Studenten sind von Sowjetischen Militärtribunalen und der SED-Justiz nach 1945 verhaftet und verurteilt worden.⁶ Das bekannteste Opfer ist der Jura-Student Arno Esch, der 1949 aus politischen Gründen verhaftet und 1951 im Alter von 23 Jahren in der Sowjetunion umgebracht wurde.

Wer unter diesen Umständen gegen die zunehmend totalitäre SED-Herrschaft Widerstand leisten wollte, konnte dies nur noch verdeckt tun. Offensichtlich hat sich Gedowsky dabei weit vorgewagt.

Er beschaffte sich beim "Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen" in Westberlin "westliche" Literatur, brachte sie mit Hilfe von Eisenbahnern nach Rostock und verteilte sie dort. Die Studenten sollten nicht nur der Ideologie des Marxismus-Leninismus ausgeliefert

sein, sondern auch andere Meinungen kennenlernen und sich eine eigene Meinung bilden. Zur verbotenen westlichen Literatur gehörten so bekannte Werke wie Orwells Bücher "1984" und "Farm der Tiere", Schriften des ehemaligen Kommunisten Arthur Koestler und Exemplare des "Monat".

Gedowsky hat wohl auch - für westdeutsche Hochschulzeitschriften - über die Entwicklung an der Universität Rostock berichtet, damit den westdeutschen Professoren und Studenten die Augen über die Hochschulpolitik der SED geöffnet wurden. Er hatte offenbar damit begonnen, eigene Flugblätter herzustellen und suchte immer neue Mitstreiter. Woher sollte er auch Erfahrungen im Widerstand gegen eine totalitäre Herrschaft haben? Die "Staatssicherheit" griff unerbittlich zu.

Gedowsky und seine Freunde wurden monatelang verhört. Thomas Ammer berichtet in seinem Buch, wie mit politischen Häftlingen verfahren wurde:

"Meist fanden die Vernehmungen nachts statt. Drohungen mit Todesstrafe und Sippenhaft sowie Prügel waren nicht selten. Anschließend übergab der Staatssicherheitsdienst die Häftlinge den sowjetischen Behörden... Die Vernehmungen wurden fortgesetzt, die Protokolle in russischer Sprache abgefaßt, oft mangelhaft übersetzt, mußten aber von den Vernehmen auf jeder Seite unterschrieben werden. Hier erfuhren die Studenten auch erstmals, wie weit die sowjetische Militärjustiz die Begriffe "Spionage" (z.B. Kontakt mit der

Evangelischen Studentengemeinde in West-Berlin) oder "Antisowjetpropaganda" (z.B. Besitz und Weitergabe von Orwells "1984" faßte.⁷

Ein Leidensgefährte Gedowskys hat über den Prozeß in Schwerin berichtet:

"Ein halbes Jahr nach meiner Verhaftung fand in der Zeit vom 3. bis 6. Dezember 1951 die Hauptverhandlung vor dem Sowjetischen Militärtribunal Schwerin statt... Wir wurden in einen großen Saal geführt, über dessen Eingang ich die Worte "Recht muß doch Recht bleiben" las. Auf einer Art Tribüne saß das Gericht, bestehend aus drei Offizieren, außerdem war ein Dolmetscher anwesend. Die Tische und Wände waren mit roten Fahnen behängt. Bilder von Stalin und Lenin in übernatürlicher Größe starrten uns an. Außer einigen Posten und uns befand sich sonst niemand im Gerichtssaal.

Die Personalien wurden von jedem von uns festgestellt und ausführlich erörtert. Danach wurden sogenannte "Verbrechen" verlesen. Folgende Vorwürfe wurden gegen uns erhoben: "Gründung einer Widerstandsgruppe", "Verbindung mit der Freien Universität Berlin", "Herstellung und Verbreitung von Flugblättern" sowie "Besitz und Verbreitung antidemokratischer Literatur".

Hin und wieder hatten die Angeklagten das Vorgelesene zu bestätigen oder durften sogar Einwände machen. Eine Verteidigung gab es nicht.

Vor der Urteilsberatung hatte jeder Angeklagte ein "letztes Wort". Die "Beratung" des Gerichts dauerte nur wenige Minuten. Alfred Gedowsky wurde als "Leiter" der Gruppe zum Tode verurteilt, ebenso Alfred Gerlach als "stellvertretender Leiter" (sein Urteil wurde später in 25 Jahre Zwangsarbeit umgewandelt). Die anderen Angeklagten erhielten jeweils 25 Jahre Zwangsarbeitslager, lediglich ein Urteil lautete "nur" auf 15 Jahre. Die Abstufungen im Strafmaß entsprachen genau der Sitzordnung, die die Angeklagten schon zu Beginn der Verhandlung im Gerichtssaal hatten einnehmen müssen. Die zum Tode Verurteilten durften ein Gnadengesuch einreichen...

"Wir wollten den Studenten zeigen", so hatte Alfred Gedowsky in seinem Schlußwort erklärt, "daß es neben dem historischen und dialektischen Materialismus noch eine anderen Weltanschauung gibt. Um sich für eine Weltanschauung zu entscheiden, muß man auch die andere kennen". Ich selbst wußte vom Bestehen einer Gruppe überhaupt nichts..."⁸

Karl-Alfred Gedowsky ist in der Sowjetunion spurlos verschwunden. Seine Eltern blieben ohne jede Nachricht. War er von der "Stasi" abgeholt worden? War er nach Westdeutschland gegangen oder gar in die Fremdenlegion? Seine Mutter hat lange auf ein Lebenszeichen ihres Sohnes gewartet und die Hoffnung nicht aufgegeben. Es wird berichtet, daß sie schwer an diesem Schicksal trug. 1984 ist sie gestorben.

Das war das kurze Leben eines normalen, begabten, aufgeweckten und tatkräftigen jungen Menschen in einer nicht normalen Zeit. Hatte er ein todeswürdiges Verbrechen begangen?

Anmerkungen

- 1 Über die Zeit bis 1948 geben Auskunft:
 - Handgeschriebener Lebenslauf Gedowskys vom 16.08.1948
 - Schweriner Volkszeitung, Ausgabe Güstrow vom 09.11. und 27.11.1992
 - Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Güstrow vom 13.11.1992
 - Brief einer Verwandten Gedowskys vom 15.11.1992
- 2 Protokolle der Sekretariatssitzungen der HSG vom 20.10., 06.11. und 10.11.1950

Was war das für ein System, daß sein Leben so einfach auslöschte?

- 3 Protokolle der Vorstandssitzungen der HSG vom 04.05., 11.05. und 25.05.1949
Protokolle der Sekretariatssitzungen der HSG vom 23.11. und 08.12.1950
- 5 Thomas Ammer: "Universität zwischen Demokratie und Diktatur." Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Köln 1969 (Reprint 1990 und 1994), S. 89 und S. 137
- 6 Ammer, S. 169 ff
- 7 Ammer, S. 88
- 8 Ammer, S. 137

Abschrift

Mein Lebenslauf:

Ich, Karl-Alfred Wolf, genannt Gedowski, wurde am 31.1.27. als uneheliches Kind der Plätterin Margarete Wolf zu Rostock geboren. Kurz nach meiner Geburt zog meine Mutter mit mir nach Güstrow, wo ich meine früheste Kindheit als Pflegekind bei fremden Leuten verlebte. Am 31.10.30. erhielt ich in dem Autoschlosser Walter Gedowsky meinen Stiefvater. Meine Kindheit stand unter dem Zeichen schlechter sozialer Verhältnisse, die sich aus häufiger Arbeitslosigkeit meines Stiefvaters ergaben. Ostern 1933 trat ich in die Knaben-volksschule zu Güstrow ein. Da ich leicht lern-te und gute Zeugnisse aufzuweisen hatte, wurde ich nach vierjährigem Besuch der Grundschule von meinen Lehrern für die Ober-schule vorgeschlagen. So trat ich zu Ostern 1937 in die Oberschule zu Güstrow ein, gleichzeitig erhielt ich eine Freistelle, da die Mittel meiner Eltern für den Besuch der Schule nicht ausreichten. Im gleichen Jahr wurde ich in das "Deutsche Jungvolk" aufgenommen. Schon früh mußte ich den größten Teil der Hausarbeit verrichten, da meine Mutter als Plätterin in einer Färberei tagsüber beschäftigt war. Einerseits gingen mir dadurch wohl man-che Freuden der Kindheit verloren, anderer-seits aber wurde ich schon früh an selbständi-ges Denken und Arbeiten gewöhnt. Zugleich mußte ich mit meinen Arbeiten und Schwie-



Abb. 1 Wolf, gen. Gedowsky, Karl-Alfred
Aus: Studentenakte, Archiv der Universität
Rostock

rigkeiten, die sich aus dem Schulunterricht ergaben, selbst fertig werden, denn meine Eltern hatten bei aller Herzensgüte doch nicht die Kenntnisse und das Verständnis für geistige Arbeit, um mir in dieser Beziehung zu helfen. Dazu kam noch der Dienst in der D.J., der mir, ich gestehe es offen, viel Spaß machte, da ich bald eine Schaft und einige jüngere "Pimpfe" zum Kommandieren bekam. Allerdings war mir zu der Zeit noch nicht klar, welche Ziele der Nazismus in Wirklichkeit verfolgte und wie groß sein Verbrechen gerade an der deutschen Jugend war, deren heiligste Gefühle er hohnlächelnd für seine Zwecke mißbrauchte. -

Da aber niemand von all den Erwachsenen, die dies klar erkannten, die Jugend zu warnen wagte, ging auch mein Leben in den üblichen Bahnen vonstatten: Im April 1944 wurde ich aus dem D.J. in die N.S.D.A.P. übernommen, ohne mich jedoch jemals aktiv in dieser Organisation bestätigt zu haben, am 11.10.44. wurde ich zum R.A.D. einberufen und erhielt gleichzeitig den Reifevermerk. Vom R.A.D. wurde ich am 4.12.44. wieder entlassen, um am 16.1.45. in die Wehrmacht einberufen zu werden. Nach Beendigung der Rekrutenzeit erkrankte ich auf dem Wege zur Front an einer Blutvergiftung, so daß ich in ein Lazarett in Schwerin eingeliefert werden mußte, als ich endlich wieder genesen und frontreif war, streckte das Dritte Reich die Waffen. Ich geriet in englische Kriegsgefangenschaft und wurde zu einer Arbeitskompanie nach Köln a./Rh.

kommandiert. Da dort keine Aussicht auf Entlassung war, entschloß ich mich zur Flucht, um endlich, ich stand vor der Vollendung meines 20. Lebensjahres, einen Beruf zu erlernen! Am 24.12.46. gelangte ich wieder am Ausgangspunkt meiner Deutschlandreise, bei meinen Eltern, an. Um eine abgeschlossene Schulbildung zu erhalten, kehrte ich am 1.3.47. auf die Oberschule zurück. Neben dem Besuch der Schule sah ich meine Hauptaufgabe darin, meinen Schulkameraden, die durchweg jünger sind als ich, aus ihrer allgemeinen Passivität einen Weg zu zeigen durch Mitarbeit an der Schüler selbstverwaltung, durch Gründung eines Jugendforums innerhalb der Wirkungsgruppe Güstrow des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands und auch durch Hebung ihres Interesses für den Sport. Seit meiner Rückkehr aus der Gefangenschaft gehöre ich außerdem der Sportgruppe der FDJ in Güstrow an. Augenblicklich stehe ich vor der Reifeprüfung und hoffe nach Bestehen derselben, an der Universität Rostock Deutsch und Sport studieren zu können, mit dem Ziel, einmal Lehrer an einer Oberschule zu werden.

Güstrow, den 16.6.48.

gez. Karl-Alfred Gedowsky

...und die sich aus dem Schulumacht
...erhalten, nicht fertig werden, denn meine
Eltern hatten bei aller Herzensgüte doch nicht
die Kenntnisse und das Verständnis für geist-
liche Arbeit, um mir in dieser Beziehung zu hel-
fen. Ich habe mich dem Dienst in der U.S.A. be-
reitet, ich gestatte es offen viel Spaß machte,
da ich dort eine Arbeit und einige Kollegen
gefunden habe. Ich habe mich dem Dienst in der
U.S.A. begeben, ich gestatte es offen viel Spaß
machte, da ich dort eine Arbeit und einige
Kollegen gefunden habe. Ich habe mich dem
Dienst in der U.S.A. begeben, ich gestatte
es offen viel Spaß machte, da ich dort
eine Arbeit und einige Kollegen gefunden
habe. Ich habe mich dem Dienst in der
U.S.A. begeben, ich gestatte es offen
viel Spaß machte, da ich dort eine
Arbeit und einige Kollegen gefunden habe.

...und die sich aus dem Schulumacht
...erhalten, nicht fertig werden, denn meine
Eltern hatten bei aller Herzensgüte doch nicht
die Kenntnisse und das Verständnis für geist-
liche Arbeit, um mir in dieser Beziehung zu hel-
fen. Ich habe mich dem Dienst in der U.S.A. be-
reitet, ich gestatte es offen viel Spaß machte,
da ich dort eine Arbeit und einige Kollegen
gefunden habe. Ich habe mich dem Dienst in der
U.S.A. begeben, ich gestatte es offen viel Spaß
machte, da ich dort eine Arbeit und einige
Kollegen gefunden habe. Ich habe mich dem
Dienst in der U.S.A. begeben, ich gestatte
es offen viel Spaß machte, da ich dort
eine Arbeit und einige Kollegen gefunden
habe. Ich habe mich dem Dienst in der
U.S.A. begeben, ich gestatte es offen
viel Spaß machte, da ich dort eine
Arbeit und einige Kollegen gefunden habe.

Ein Kapitel für sich

Zur Geschichte des Verbandes ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)

Der Rostocker Schriftsteller Walter Kempowski hat seine Ergebnisse als politischer Häftling im Zuchthaus Bautzen von 1948 bis 1956 in dem Roman "Ein Kapitel für sich" geschildert.

Ein bestimmtes Kapitel hätte auch in der "Geschichte der Universität Rostock", die 1969 in Rostock zum 550-jährigen Jubiläum der Universität veröffentlicht worden war, geschrieben werden müssen, fehlte aber. Es fehlte die wahrheitsgemäße Berichterstattung über die Unterdrückung der Freiheit und Würde durch das SED-Regime und über die maßlose Verfolgung derer, die sich dagegen wehrten.

Verschwiegen wurde auch die Tatsache, daß viele Rostocker Studenten ihr Studium nach Flucht oder Verbüßung von Haftstrafen aus politischen Gründen in der Bundesrepublik Deutschland fortsetzen mußten. Sie gründeten dort den "Verband ehemaliger Rostocker Studenten" und ließen die Verbindung nach

Rostock jahrzehntelang und über die Wende des Jahres 1989 hinaus nicht abreißen.

Von keiner anderen Universität der ehemaligen DDR ist ähnliches bekanntgeworden. So wird der Rostocker Universitätsgeschichte ein besonderes Kapitel angefügt.

Die Anfänge des VERS

Am 31. März 1957 gründeten acht ehemalige Rostocker Studenten im südwestdeutschen Tübingen den "Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)". Die Gründer hatten nach 1945 in Rostock studiert und gehörten zu denen, die sich der Unterdrückung entgegenstellten. Mutige politische Opposition etwa eines Arno Esch hatte unter den kommunistischen Machthabern keine Chance: Der Rostocker Jurastudent wurde 1949 verhaftet und 1951 in der Sowjetunion im Alter von 23 Jahren umgebracht.

Die Versuche, Sand im Getriebe des Systems zu sein, sich gegenseitig zu stützen, verbotene Literatur zu verbreiten und die westdeutschen Hochschulen mit Informationen über die Universität Rostock zu versorgen, hatten mehr Erfolg. Sie forderten aber auch viele Opfer. Mit großer Härte gingen das SED-Regime und die Sowjetischen Militärtribunale gegen "feindliche" Kräfte vor. Die übliche Strafe war damals "25 Jahre Zwangsarbeit".

Von den Gründern des VERS hatten einige 1950/51 vor dem Zugriff des Staatssicherheitsdienstes nach Westdeutschland flüchten können. Andere waren nach Workuta am Nördlichen Polarkreis und in andere Lager des "Archipel Gulag" und der DDR verschleppt worden, konnten aber glücklicherweise nach dem Besuch des Bundeskanzlers Adenauer in Moskau 1955 zusammen mit den letzten Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückkehren.

In der Bundesrepublik Deutschland waren sie auf sich allein gestellt. Daher wollten sie sich wiedersehen und einander mit Rat und Tat helfen. Da sie die Bedeutung politischer Macht am eigenen Leibe gespürt hatten, waren sie politisch außerordentlich interessiert. Sie wollten nicht nur alte Erinnerungen wachhalten, sondern dazu beitragen, die Gegenwart in Frieden und Freiheit mitzugestalten. Sie hatten auch vermerkt, daß die Menschen in Westdeutschland über die Verhältnisse an den Hochschulen der DDR und über die Verfolgung politisch Andersdenkender wenig wußten.

So trafen sie sich 1957 in Tübingen und beschlossen, möglichst viele der alten Freunde anzusprechen und ein Treffen vorzubereiten. Die Abneigung, sich einem "Verein" anzuschließen, war zunächst groß. Doch ohne Ordnung ließen sich die Ziele nicht verwirklichen. Dr. Hartwig Bernitt, Biologie-Student in Rostock und von 1952 bis 1955 in Workuta, wurde erster Vorsitzender und blieb es über Jahrzehnte.

In ihrer damaligen Situation konnten die ehemaligen Rostocker Studenten eine gemeinsame Tagung nicht finanzieren. Erst ein Zuschuß des Bundespresseamtes ermöglichte die erste VERS-Tagung 1958 in Blankenburg/Sieg. Die Mittel waren unter der Auflage genehmigt worden, daß es sich um eine Veranstaltung der politischen Bildung handeln mußte.

Dies kam dem politischen Interesse der VERS-Gründer entgegen. Sie achteten aber auch - nach ihren Erfahrungen unter totalitärer Herrschaft - sehr darauf, daß sie unabhängig blieben und ihre Meinung frei und offen austauschten. Die Rostocker hatten "Bonn" schnell überzeugen können, daß sie kein beliebiger Verein waren. Schließlich saßen in Blankenburg über 100 Jahre Zwangsarbeit in kommunistischen Lagern mit am Tisch.

Natürlich stand die Wiedersehensfreude der 37 Teilnehmer im Vordergrund des Treffens. Mit Rücksicht auf die Freunde im kommunistischen Machtbereich wurde bewußt darauf verzichtet, den VERS in der Öffentlichkeit bekanntmachen.

Die erste Tagung 1958 begann mit einem Besuch bei der jungen Bundeswehr, deren Aufstellung die kommunistische Propaganda seinerzeit zu diffamieren versuchte. Hermann Becker, führender LDP-Politiker aus Thüringen und viele Jahre politischer Häftling in Workuta, sprach über "Die sowjetische Deutschlandpolitik".

Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Mecklenburg, der auch nach Blankenburg gekommen war, machte es möglich, daß sich der selbständige VERS korporativ an die Landsmannschaft anschließen konnte. Zur Landsmannschaft gehörte bereits ein "Verband mecklenburgischer Studenten" (VMS), dessen Mitglieder aus Mecklenburg stammten, aber von Anfang an an westdeutschen Universitäten studierten. Diese jungen Studenten zeigten großes Interesse an den Ergebnissen und Erfahrungen der ehemaligen Rostocker.

In Blankenburg verabschiedeten 23 Mitglieder auch eine Satzung. Ihre Präambel lautet - in der Fassung von 1987 - :

"Der VERS will das Verantwortungsbewußtsein gegenüber den unveräußerlichen Menschenrechten und der freiheitlich-demokratischen, rechtsstaatlichen Lebensordnung wecken und bewahren.

Die Tradition der mitteldeutschen Hochschulen soll gepflegt und der Kontakt zwischen ehemaligen Studierenden

und Lehrenden erhalten bzw. hergestellt werden.

Mitgliedern und Freunden werden nach besten Kräften menschliche, soziale und fachliche Hilfe für den Abschluß ihres Studiums und die Schaffung einer Existenz gewährt sowie Erfahrungen und Kenntnisse der Mitglieder zur Verfügung gestellt."

Die Information über die Entwicklung in der DDR und besonders an der alten Universität sollte immer ein Schwerpunkt der Treffen bleiben.

Zur Zweiten Tagung 1959 in Frankfurt a.M. kam als erster ehemaliger Rostocker Hochschullehrer der Germanist Professor Walter Johannes Schröder zu seine Rostocker Studenten. Am dritten Treffen 1960 in Königswinter bei Bonn nahm Professor Johannes Erich Heyde, Philosoph und Pädagoge, teil und hielt einen Vortrag über "Wissenschaft und Bildung". Das Hauptthema der Tagung, die zusammen mit dem VMS durchgeführt wurde, hieß "Die politische Verantwortlichkeit der akademischen Jugend in Deutschland".

1961 - 1963 bemühte sich der VERS vergeblich um Zuschüsse. Aber 1964 gingen die Treffen weiter und rissen nicht mehr ab. Als dritter ehemaliger Rostocker Hochschullehrer war der Historiker Professor Albrecht Timm ein häufiger Gast.

Die 550-Jahr-Feier in Kiel

Die Treffen von 1965 bis 1969 standen im Zeichen des bevorstehenden Jubiläums der Universität Rostock im Jahre 1969. Es war klar, daß viele "Ehemalige" an den Feierlichkeiten in Rostock aus politischen Gründen nicht teilnehmen konnten. Der VERS war maßgeblich daran beteiligt, daß im Mai 1969 in Kiel eine würdige "westdeutsche" Feier stattfand. Sie war auch ein Höhepunkt in der Geschichte des VERS.

Die Vorbereitungen und der Verlauf der Kieler Feier werden in diesem Heft an anderer Stelle ausführlich geschildert. Dort wird auch berichtet, wie das Buch von Thomas Ammer "Universität zwischen Demokratie und Diktatur", das 1969 in Kiel veröffentlicht wurde, entstanden ist.

Die VERS-Treffen

Die alljährlichen Treffen des VERS gehörten seit 1964 zu den wichtigen Terminen des Jahres. Das Programm nahm feste Konturen an, die Vorträge und Diskussionen brachten immer neue Anregungen. So sprach 1965 in Hede- münden z.B. Herbert Bartholmes über "Die Auswirkungen der sowjetischen Ideologie auf die deutsche Sprache". 1968 fiel das Thema "Student und Gesellschaft in Deutschland von 1933 bis heute" in die aktuelle Situation der Studentenunruhen in Westdeutschland.

1964 in Lankau bei Ratzeburg nahe der mecklenburgischen Grenze und 1965 in Hede- münden bei Kassel machten Fahrten an die Zonengrenze die Teilung Deutschlands besonders bewußt. 1966 waren in Lankau erstmals Kinder dabei. Die Familientreffen begannen. Die Finanzierung und Auswahl anspruchsvoller Referenten wurde dadurch erleichtert, daß das Gesamtdeutsche Ministerium die Förderungswürdigkeit des VERS erkannte und unterstützte. Mit den Jahren stieg auch die finanzielle Eigenbeteiligung.

Ein besonderes Jahr war 1967: Vor zehn Jahren war der VERS gegründet worden. Seine Mitglieder hatten inzwischen ihr Studium abgeschlossen und Boden unter den Füßen. Es waren keine leichten Jahre gewesen. Die Jubiläumsfeier 1969 in Kiel, die ja der VERS maßgeblich angeregt und mitgestaltet hatte, war ein weiterer Höhepunkt seiner Geschichte.

1970, im Jahr danach, kam der VERS auf seiner Jahrestagung zu Pfingsten erstmals auf dem Heiligenhof bei Bad Kissingen zusammen. Dieser Standort erwies sich durch Größe, Räumlichkeiten und Atmosphäre als so geeignet für die größer werdende VERS-Familie, daß er seit 1975 bis heute beibehalten worden ist.

Die Vorträge standen, wie auch in den nächsten Jahren, ganz im Zeichen der aktuellen und umstrittenen Deutschland- und Ostpolitik der neuen Bundesregierung. Wie sollte nach den Verträgen von 1970 bis 1973 die Einheit

des deutschen Volkes und das Ziel der Wiedervereinigung gewahrt werden?

In den siebziger und achtziger Jahren stand auf jeder Jahrestagung ein bestimmtes Sachgebiet im Vordergrund, das "gesamtdeutsch" untersucht wurde, z.B. Erziehung und Bildung, Wirtschaft, Landwirtschaft, Verteidigung, Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Sport, Jugend, Schriftsteller, Umweltschutz, Kirche, Medien und Bildende Künste.

Von 1971 bis 1974 tagte der VERS im Naturfreundehaus in Oberreifenberg im Taunus. Zum 15-jährigen Jubiläum im Jahre 1972 stand erstmals Arno Esch, der 1951 in der Sowjetunion umgebrachte Rostocker Jurastudent, im Vordergrund. In einem Podiumsgespräch wurden seine in der sowjetischen Besatzungszone entwickelten liberalen Ideen und Aktivitäten wieder lebendig.

Seit 1972 sandte der VERS-Vorsitzende Dr. Bernitt jedes Jahr "VERS-Nachrichten" an die Mitglieder, in denen über die Jahrestagung zu Pfingsten, andere regionale und private Treffen, die Entwicklung in Rostock, persönliche Nachrichten und neue Veröffentlichungen ausführlich berichtet wurde. Diese Nachrichten wurden ein weiteres enges Band, das alle Mitglieder und Freunde des VERS zusammenhielt.

1974 hatten die Veranstalter für die Jahrestagung ein besonders anspruchsvolles Thema ausgewählt: "Intelligenz zwischen Staatsanspruch und Meinungsfreiheit". Die "Gesellschaft für Menschenrechte" in Frankfurt a.M.

informierte über den geistigen Widerstand und die Verfolgung der Regimekritiker in der Sowjetunion. Dieses Thema berührte die ehemaligen Rostocker wegen ihrer eigenen Erfahrungen mit dem totalitären Regime der Kommunisten sehr und war aktuell durch die Ausweisungen von Solschenizyn, Bukowski, Amalrik und Grigorenko aus der Sowjetunion. Eine große Literatúrausstellung rundete diese "Samisdat"-Tagung ab.

Der VERS wird 25 Jahre alt

Immer größere Bedeutung erlangten auf den Pfingsttreffen die "Aktuellen Berichte aus der DDR", z.B. von geflüchteten oder freigekauften Studenten, aber auch von Reisen einiger VERS-Mitglieder. Solche Berichte trugen dazu bei, daß die ehemaligen Rostocker im westdeutschen Wohlstand, der natürlich auch sie erreicht hatte, nie vergaßen, was ihnen von Anfang an wichtig gewesen war: Menschenwürde, Freiheit und die Wiedervereinigung Deutschlands. Neu ankommende Rostocker wurden aufgefangen und fanden in diesem Kreis der gleichen Erfahrungen und Gesinnungen einen ersten Halt.

Mit Ingrimm wurde 1976 die Nachricht aufgenommen, daß der Universität Rostock nun doch der Name "Wilhelm-Pieck-Universität" aufgezwungen worden ist. Die VERS-Mitglieder sahen darin ein weiteres Beispiel der fremden Willkürherrschaft, der es nicht mehr um irgendwelche Ideale ging, die sie früher einmal gehabt haben mag, sondern die nur noch ihre

Macht durchsetzen wollte. Befriedigt nahmen sie davon Kenntnis, daß sich zur Namensänderung keine Vertreter skandinavischer und westdeutscher Universitäten eingefunden hatten.

Zum 20-jährigen Jubiläum 1977 kamen als Referenten u.a. Walter Kempowski und Siegmund Faust. Ersterer hatte 1975 sein Buch "Ein Kapitel für sich" veröffentlicht. Das Tagungsthema widmete sich der Deutschlandpolitik der letzten 20 Jahre. Es wurde abgerundet durch eine Ausstellung von Büchern zur Geschichte der Universität Rostock und von Publikationen Rostocker Professoren und VERS-Referenten.

Die Pfingsttreffen wurden durch Regionaltreffen und private Zusammenkünfte ergänzt. Ehemalige Rostocker aus Nord- oder Nordwestdeutschland, die doch etwas abseits vom fränkischen Bad Kissingen wohnten, nahmen solche Gelegenheiten gern wahr.

Zum 25. Jubiläum des VERS 1982 hieß das Thema des Pfingsttreffens "Die beiden deutschen Staaten und ihre Politik der Friedenssicherung". Dies war auch ein Thema, das die VERS-Jugendlichen, ebenso wie das Thema "Umweltschutz" 1984, besonders interessierte. Sie konnten sich inzwischen als Gesprächspartner voll akzeptiert fühlen. Die Erwachsenen legten großen Wert darauf, daß die sowjetische Vorrüstung deutlich gemacht wurde, und daß nicht nur für "Frieden", sondern für "Frieden in Freiheit" gestritten wurde. Über die Wege dazu konnte es durchaus unterschiedliche Meinungen geben.

Ein fester Bestandteil war schon seit 1972 und verstärkt in den achtziger Jahren die Buchversandaktion des VERS "Kulturelle Hilfe". Durch Zuschüsse und Spenden war es möglich geworden, die Kosten für Bücher, die in die DDR an Freunde und Verwandte geschickt wurden, zu ersetzen.

Perestrojka auch in der DDR?

Pfingsten 1983 hieß das Thema "Schriftsteller in Deutschland". Die Referenten versuchten, das Spannungsverhältnis zwischen Macht und Geist in der DDR aufzudecken und Rahmenbedingungen und Wirkung zu zeigen. Ausgewählte Texte und eine große Literaturobstellung machten auch mit neuer Lyrik und Prosa bekannt. Siegmund Faust berichtete aus eigenen Erlebnissen. Höhepunkt war die Dichterlesung von Erich Loest, der die dramatischen Ereignisse beim Abriß der Leipziger Paulinerkirche, eines der bedeutendsten Baudenkmäler Mitteldeutschlands, schilderte.

Pfingsten 1984 wurde erstmals über Pläne gesprochen, ein Buch über Leben und Wirken des Rostocker Jurastudenten Arno Esch zu schreiben, der 1951, wie schon erwähnt, im Alter von 23 Jahren in der Sowjetunion umgebracht worden war.

1985 hielt Dr. Friedrich-Franz Wiese, der seinerzeit mit Esch zum Tode verurteilt, dann aber zu 25 Jahren Zwangsarbeit "begnadigt" worden war und 1955 aus der Sowjetunion wieder nach Deutschland zurückkehrte, einen

bewegenden Vortrag. In ihm stellte er die menschlichen und persönlichen Aspekte in den Vordergrund. Eine Arbeitsgruppe von Zeitzeugen stellte Material zusammen, das Esch als Menschen, überzeugenden Redner und Vortreiber liberaler Ideen wieder lebendig werden ließ. 1986 war der Text im wesentlichen fertig.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre behandelte der VERS auf seinen Pfingsttreffen Themen wie "Kirche" und "Medien" in beiden Teilen Deutschlands sowie "Bildende Künste" in der DDR. Das Thema "Kirche" war für viele Teilnehmer mit persönlichen Erfahrungen und Erlebnissen verbunden. 1987 feierte der VERS sein 30-jähriges Jubiläum und bestand nun eine Generation lang. In diesem Jahre wurde er auch als gemeinnützige Körperschaft anerkannt.

Das Thema der Pfingsttagung 1986 "Die Entwicklung der deutschen Frage" verdient besonders Beachtung. Zwei Filme führten in die ersten Nachkriegsjahre und waren in ihrer Gegensätzlichkeit aufschlußreich. Neben dem DDR-Film "Erinnerung an die Gründung der DDR" wurde der preisgekrönte Film von Karl Wilhelm Fricke "Die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland" gezeigt.

Die aktuellen und inzwischen nicht mehr gemeinsamen Positionen der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland wurden gegenübergestellt. Auch im VERS waren die Meinungen geteilt. Doch war für seine Mitglieder die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit

weiterhin oberstes Ziel. Sie machten Tendenzen, das totalitäre kommunistische Regime zu verharmlosen und den fundamentalen Unterschied zwischen demokratischer, autoritärer und totalitärer Herrschaft zu verwischen, nicht mit. Vielen gingen die Annäherungsversuche vor allem der SPD an die SED zu weit.

Die VERS-Mitglieder hatten in den achtziger Jahren bisweilen das Gefühl, daß ihr unerschütterliches Eintreten für die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit von interessierter Seite als "Kalter Krieg" oder "primitiver Antikommunismus" diffamiert wurde. Es muß zugegeben werden, daß auch viele VERS-Mitglieder allmählich die Hoffnung aufgaben, die Wiedervereinigung noch zu ihren Lebzeiten verwirklicht zu sehen. Bezeichnend ist auch der in den Schriftstücken sichtbare Wandel der Bezeichnung des anderen Teils Deutschlands: Von der "Sowjetzone" des Jahres 1957 über "Mitteldeutschland" war auch der VERS schließlich bei "DDR" angekommen.

Ein Referent fragte 1986: "Ist die deutsche Frage noch offen?" Die ehemaligen Rostocker hielten es mit dem treffenden und drei Jahre später historisch werdenden Wort: "Die deutsche Frage ist so lange offen, wie das Brandenburger Tor zu ist".

1988 wurde auch im VERS immer drängender über die Entwicklung in der Sowjetunion unter Gorbatschow diskutiert. Auch hier war es, zuletzt unter Breschnew, nur noch um Machterhaltung der kommunistischen Partei gegangen, deren frühere Ideale längst erloschen waren. Das Bewußtsein, im wirtschaft-

lichen und auch sozialen Bereich den Wettbewerb mit der sozialen Marktwirtschaft verloren zu haben, hatte das totalitäre Regime gelockert und bisher unbekannte Freiräume eröffnet. Das erstarrte SED-Regime geriet in die Isolierung und auf die abschüssige Bahn. In den VERS-Nachrichten vom Februar 1989 hieß es: "Wohin die Gorbatschow-Fahrt zum Schluß geht, bleibt offen."

Als Hauptthema der Pfingsttagung 1989 wurde das Thema "Perestrojka und Glasnost in der Sowjetunion" gewählt. Gebannt verfolgten die VERS-Mitglieder das Aufbegehren der ihnen so nahe stehenden Landsleute in der DDR im Sommer und Herbst 1989. Die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 und die Rufe "Wir sind das Volk" und "Wir sind ein Volk" wühlten die ehemaligen Rostocker im Innern tief auf. Über die wiedergewonnene Einheit waren wir grenzenlos glücklich.

War aber damit nicht zugleich Zweck und Daseinsberechtigung des 1957 in Westdeutschland gegründeten VERS beendet?

Würde er sich nun auflösen?

Wieder in Rostock - mit neuen Aufgaben

Der VERS war nie ein beliebiger Verein. Seine Mitglieder hatten in Rostock versucht, sich der Unterdrückung durch das SED-Regime entgegenzustellen. In der Bundesrepublik Deutschland hatten sie dann als Gemeinschaft

ehemaliger politischer Häftlinge und Flüchtlinge mit prägenden Erlebnissen und Erfahrungen zusammengefunden.

Drei von ihnen waren zum Tode verurteilt und später zu 25 Jahren Zwangsarbeit "begnadigt" worden, einer hatte "lebenslänglich", viele erhielten längere Freiheitsstrafen, davon neunzehn die seinerzeit in der SBZ/DDR üblichen "25 Jahre".

Dieser Verband, der über 30 Jahre lang Bestand hatte, obwohl er die Entwicklung an der Universität Rostock nur aus der Ferne beobachten konnte, löste sich nicht auf. Das große Ziel war erreicht, aber es war klar, daß die Zeit des Umbruchs und Neuanfangs neue Aufgaben mit sich bringen würde. Jetzt konnten die ehemaligen Rostocker zeigen, daß sie die Ziele der Präambel ihrer Satzungen von 1958 mit Leben erfüllten wollten.

Die Wiedervereinigung hatte lange auf sich warten lassen, die VERS-Gründer waren älter geworden, aber der VERS nahm die Herausforderung sofort an. Seine Mitglieder konnten Erfahrungen, Informationen und erste praktische Hilfen mitbringen. Vor allem kamen sie nicht als "Besservwissis" sondern gingen in alter Verbundenheit, vorurteilsfrei und uneigennützig auf die Rostocker zu.

Beide Seiten lernten sich wieder kennen, lernten voneinander und versuchten so, ein gutes Beispiel für die Wiedervereinigung der Menschen in Deutschland zu geben.

Ein Anlaß bot sich bereits im November 1989. Im Zusammenhang mit Rehabilitie-

rungsverfahren der Universität Rostock erreichte den VERS die Bitte, mehrere Exemplare der Dokumentation "Universität zwischen Demokratie und Diktatur" von Thomas Ammer zur Verfügung zu stellen. Im Dezember erschien in der "Mecklenburger Kirchenzeitung" ein Auszug aus dem 1969 erschienenen Buch und rief rege Nachfrage hervor. Der "Ammer" konnte 1990 mit Hilfe des Innerdeutschen Ministeriums neu aufgelegt werden. Der VERS stellte dem Studentenrat und der Universität 2000 Exemplare kostenlos zur Verfügung.

Im Januar 1990 fuhren Dr. Hartwig Bernitt und Karl Schröder vom Vorstand des VERS erstmals nach Rostock, um die Lage zu sondieren und erste Kontakte zu knüpfen. Im Februar 1990 hinterließ eine Lesung im Kleinen Haus des Rostocker Volkstheaters tiefe Betroffenheit. "Das durfte nie wahr sein - Rostocker Universitätsprotokolle zum Stalinismus" nannte Regisseur Georg Lichtenstein diese ersten Berichte über die Verfolgung Andersdenkender an der Universität Rostock nach 1945. Den Veranstaltern stand der "Ammer" zur Verfügung. Dr. Friedrich-Franz Wiese las aus seinem Manuskript "Erinnerungsreste". Diese denkwürdige Veranstaltung wurde zugleich zu einem ergreifenden Wiedersehen vieler ehemaliger Rostocker Studenten nach jahrzehntelanger Trennung. Es war praktisch das erste VERS-Treffen in der ehemaligen DDR.

Die ersten Eindrücke von der Lage in Rostock waren deprimierend. Einfachste Hilfsmittel fehlten, viele Gebäude und Ausstattungen waren im erbärmlichen Zustand, Geld fehlte an allen Ecken und Kanten. Der VERS rief seine

Mitarbeiter sofort zu einer Spendenaktion auf. Hilfe ging vor allem an den neu gewählten Studentenrat, der den ehemaligen Rostocker Studenten natürlich besonders am Herzen lag, sowie an die Theologische und Juristische Fakultät und die Kinderklinik. Im Februar 1991 startete der VERS eine zweite Spendenaktion für den Wiederaufbau des Instituts für Altertumswissenschaften, das im Oktober 1991 eröffnet wurde.

Für Arno Esch fand im Februar 1990 in der Aula der Universität Rostock in Anwesenheit von VERS-Mitgliedern eine Gedenkstunde statt. Anschließend wurde eine Gedenktafel im Foyer der Universität enthüllt. Sie erinnert an den 23 Jahre alt gewordenen Studenten und alle Opfer des Stalinismus. Die 1986 im wesentlichen fertiggestellten Dokumentation "Mein Vaterland ist die Freiheit - Das Schicksal des Studenten Arno Esch" konnte nun auf großes Interesse rechnen und erschien im September 1990 im Rostocker Hinstorff-Verlag. Im Oktober wurde das Buch in der Aula gemeinsam von der Universität, dem Verlag, den Autoren und dem VERS der Öffentlichkeit vorgestellt.

Dr. Friedrich-Franz Wiese konnte nach hartnäckigem Bemühen in der Sowjetunion die Wiederaufnahme des Verfahrens von Arno Esch erreichen. Im Juli 1990 wurde das Urteil "mangels Tatbestandes eines Verbrechens" aufgehoben!

Das Pfingsttreffen des VERS in Bad Kissingen 1990 wurde mit 142 Teilnehmern zum bisher größten Treffen in der Geschichte des

VERS. Erstmals kamen viele Teilnehmer aus Rostock, so daß die menschlichen Begegnungen im Vordergrund standen. Die Schauspieler des Rostocker Volkstheaters wiederholten ihre Lesung "Das durfte nie wahr sein..".

Seit 1990 trat neben die traditionelle Pfingsttagung in Bad Kissingen eine Herbsttagung in Mecklenburg. Die Tagungsorte waren 1990 und 1991 Rostock mit 80 und Graal-Müritz mit über 100 Teilnehmern. Vortragsthemen aller VERS-Treffen waren die neue Lage in Osteuropa und der ehemaligen DDR, die demokratische Erneuerung der Universität Rostock und Aufbauprobleme in Stadt und Universität Rostock.

1991 wirkte der VERS maßgeblich an der Gründung der "Gesellschaft der Förderer der Universität Rostock" mit und trat ihr korporativ bei. Hinzu kamen zahlreiche Einzelmitgliedschaften. Zwei Vertreter des VERS arbeiten im Verwaltungsausschuß mit. Vertreter des VERS nehmen auch an Tagungen des Außerordentlichen Konzils und anderer Institutionen als Gäste teil.

1992 und 1993

1992 und 1993 verlagerte der VERS den Schwerpunkt seiner Aktivitäten immer mehr nach Rostock und Mecklenburg. Auf seinen Veranstaltungen tauchten viele neue Gesichter aus Rostock auf. Die Herbsttagungen finden seit 1992 in Waren/Müritz statt.

1992 wurde deutlich, daß auf den VERS eine neue Herausforderung zukommt. Das Zusammenwachsen Deutschlands nach 45-jähriger Trennung und der Neuaufbau der Universität Rostock im besonderen bringen natürlich in den ersten Jahren viele sachliche und menschliche Probleme mit sich, die offen ausgesprochen werden müssen. Hierbei kommt auch - in Ost und West - ein unzureichender Informationsstand zum Vorschein, der wiederum zu Vorurteilen, Mißverständnissen und Emotion führen kann. Die VERS-Mitglieder sind aufgefordert, in dieser Situation ihren Beitrag zu leisten: zu informieren, zu klären und Brücken zu bauen.

"Regionaltreffen" in und um Rostock boten im Mai und Dezember 1992 weitere Gelegenheiten, sich zu treffen, miteinander zu sprechen und Pläne zu schmieden. Etwa zweidrittel der Teilnehmer kamen aus Rostock und Mecklenburg.

Ein Schwerpunkt der Aktivitäten blieb die Wiedereröffnung der Juristischen Fakultät an der Universität Rostock. An der Festveranstaltung im Dezember 1992 nahmen zahlreiche Mitglieder teil. Im Juli 1992 fand eine gemeinsame Veranstaltung des VERS und der Juristischen Fakultät statt, die vor allem der Erinnerung an Arno Esch gewidmet war. Hierbei wurden den Jurastudenten des Jahres 1992 fünfzig Exemplare des Buches "Mein Vaterland ist die Freiheit.." und etwa hundert Fachbücher übergeben. Letztere waren von ehemaligen Rostocker Studenten gestiftet worden, die der 1950 von DDR-Regime geschlossenen

Juristischen Fakultät der Universität Rostock angehört hatten.

Der VERS bemüht sich, das Schicksal des Pädagogikstudenten Karl-Alfred Gedowski aufzuklären. Er war 1951 verhaftet und wahrscheinlich 1952 in der Sowjetunion umgebracht worden.

Im Februar 1993 bildete sich im VERS eine Arbeitsgruppe ehemaliger politischer Häftlinge. Sie will die Schicksale der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft dokumentieren und der Nachwelt überliefern. Sie setzt sich für eine gerechte Entschädigung dieser Opfer ein und will sich auch mit Fragen der Rehabilitierung befassen. Im März trat sie dem Dachverband "Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft" (UOKG) bei.

Ungeachtet der Aktivitäten in Mecklenburg findet das traditionelle Pfingsttreffen des VERS in Bad Kissingen immer noch den größten Zuspruch: 1992 zählte die VERS-Familie 90 Teilnehmer, darunter 15 aus den neuen Bundesländern. Jeder fünfte gehörte der "VERS-II-Generation an.

VERS-Mitglied Dr. Egon Klepsch, Präsident des Europäischen Parlaments, sprach über Probleme und Aufgaben des europäischen Einigungsprozesses. Weitere Themen waren die Agrarpolitik in Deutschland und die personelle Erneuerung an der Universität Rostock. Etwas Besonderes war die Lesung aus einem Interview, das der Leiter des Staatssicherheitsdienstes im Bezirk Rostock vor der Wende, offenbar parteiintern, gegeben hatte: Sie

zeigte die ganze menschenverachtende Einstellung der kommunistischen Machthaber.

Die Vortragsthemen des Pfingsttreffens 1993 waren wie immer aktuell und wichen vor umstrittenen Fragen nicht aus. "Wächst auseinander, was zusammengehört?" fragte Professor Libbert, Vorsitzender des Hochschulverbandes in Mecklenburg-Vorpommern. Er schildert die Erfahrungen und Probleme der Menschen in den neuen Bundesländern in den schwierigen Jahren des Überganges. Engagiert forderte er dazu auf, im wiedervereinigten Deutschland zusammenstehen und die neuen Aufgaben der Gegenwart zu bewältigen.

Die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, die die totalitäre Herrschaft der Kommunisten in der DDR aufzuhellen versucht, wurde ebenso erörtert, wie die neuen Untersuchungsergebnisse über die Hochschul- und Wissenschaftspolitik der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) in der SBZ/DDR von 1945 bis 1952.

Die VERS-Gründergeneration hatte diese Politik in Rostock am eigenen Leibe erfahren müssen. Das galt auch für Professor Wolfgang Natonek, den 1948 verhafteten Vorsitzenden des Studentenrates der Universität Leipzig. Er war eine Symbolfigur der Opposition gegen die kommunistische Machtergreifung an den Universitäten der sowjetischen Besatzungszone. Acht Jahre lang mußte er als politischer Häftling in Bautzen und Torgau verbringen. Nach der Wende wurde er in Leipzig rehabilitiert und hochgeehrt. Sein Vortrag beim VERS hieß "Von der Erinnerung zur Erneuerung".

Natonek ist im Januar 1994 im Alter von 74 Jahren verstorben.

Der Vortrag "Sprache als Heimat bei Fritz Reuter und Uwe Johnson" von Dr. Liselotte Davis von der Yale University bildete und bezeugte zugleich.

Wegen der neuen größeren Aufgaben seit 1990 wurde die Satzung des VERS geändert: Der Vorstand wurde erweitert, und ab 1994 wird ein jährlicher Beitrag erhoben. Der VERS hat inzwischen über 40.000 DM an Geld- oder Sachspenden aufgebracht und eine weitere annähernd so große Summe vermittelt.

Vor dem 575-jährigen Jubiläum der Universität Rostock

Auf der westdeutschen Feier zum 550-jährigen Jubiläum der Universität Rostock 1969 in Kiel hatte der Festredner die Hoffnung ausgedrückt, das nächste Jubiläum wieder in Rostock feiern zu können. Die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 hat diesen Traum wahr werden lassen. Sorgfältig bereiten sich die Universität und auch der VERS auf das besondere Ereignis vor.

Im September 1993 widmete sich die nun schon traditionelle Herbsttagung in Waren/Müritz wieder den Erfolgen und Problemen der deutschen und europäischen Einigung. Neue Schwerpunkte waren die Entwicklung einer Rostocker Schule seit der Wende, der

Ostseeraum, das Baltikum und die GUS-Staaten.

Peter Schulz, Sohn des Rostocker Oberbürgermeisters der ersten Nachkriegsjahre und ehemaliger Bürgermeister in Hamburg, sprach über die Grenzen des Rechtsstaates gegenüber dem Unrecht eines totalitären Regimes. Ein Film über den Besuch ehemaliger politischer Häftlinge im Zwangsarbeitslager Workuta am Nördlichen Polarkreis wurde mit großer innerer Bewegung angesehen. Dort hatten auch mehrere Rostocker Studenten viele Jahre ihres Lebens zubringen müssen.

Unmittelbar nach "Waren" fuhren einige Teilnehmer auf Einladung der Bundeswehr nach Rostock und Warnemünde, wo sie über Lage und Probleme besonders der Bundesmarine informiert wurden. Auf dem Rostocker VERS-Kaffeenachmittag in der Adventszeit ging es hauptsächlich um die Vorbereitungen auf das Jubiläum.

VERS-Mitglied Roland Bude wurde Vorsitzender der "Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)". Er hatte maßgeblichen Anteil daran, daß sich im Oktober 1993 in Berlin mehrere Mitglieder des VERS mit Vertretern anderer Universitäten der ehemaligen DDR trafen. Sie wollten ihre Erfahrungen mit der Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte austauschen und mögliche gemeinsame Projekte erörtern. Eine Koordinationsstelle wurde bei der Dr. Klaus-Dieter Müller vom Historischen Seminar der Universität Hannover ein gerichtet. Sehr engagiert förderte die

UOKG auch die Veröffentlichungen des VERS nach der Wende.

Das Pfingsttreffen 1994 in Bad Kissingen stand wieder unter dem Zeichen von Referenten "aus Ost und West". Ulrike Poppe schilderte die Selbstbehauptung der Menschen gegen das allmächtige und allgegenwärtige SED-Regime im privaten Bereich mit zahlreichen selbsterlebten Beispielen. Der Vortrag von Heike Schmoll über "Kirche und Sozialismus" berührte ein heikles Thema, das auch kontrovers diskutiert wurde.

Professor Dr. Ernst-Albert Arndt machte am Beispiel eines naturwissenschaftlichen Instituts der Universität Rostock deutlich, wie die Stasi - unter Regie der SED - arbeitet. Unter die 66 Angestellten wurden 15 Stasi-Mitarbeiter gemischt! Der Druck auf die Hochschullehrer und ihre Überwachung habe sich besonders nach dem Mauerbau 1961 verstärkt.

Die Leiterin des Archivs der Universität Rostock gab einen Einblick in ihre Arbeit und die ihr anvertrauten Schätze. Der Bürgermeister von Krakow am See brachte uns Alltag und Sorgen eines Kommunalpolitikers näher. Dr. Friedrich-Franz Wiese berichtete über seine China-Reise und stellte das zweite Buch über Arno Esch mit vielen neuen Materialien vor.

Welche Beiträge hat der VERS zur 575-Jahr-Feier im November 1994 vorbereitet? Er bemühte sich vor allem, eigene Beiträ-

ge zur Geschichte der Universität Rostock nach 1945 zu veröffentlichen.

Das Buch von Thomas Ammer über die politische Unterdrückung und Verfolgung an der Universität Rostock in den ersten Nachkriegsjahren, das 1969 zur 550-Jahr-Feier in Kiel erschienen und 1990 mit 3000 Exemplaren neu aufgelegt worden war, wurde Anfang 1994 zum zweitenmal nachgedruckt.

Das Manuskript der Lesung "Das durfte nicht wahr sein" von Georg Lichtenstein, die Anfang 1990 in Rostock für Aufsehen gesorgt hatte, konnte ebenfalls mit 3000 Exemplaren gedruckt werden. Friedrich-Franz Wiese und Hartwig Bernitt haben ein zweites Buch über Arno Esch "Eine Dokumentation" vorgelegt.

Ein Sonderheft der an der Universität Rostock erscheinenden "Silbernen Reihe" soll der Aufarbeitung der Universitätsgeschichte dienen. Es enthält u.a. "Einblicke in Akten und Schicksale der Philosophischen und Pädagogischen Fakultät von 1950 bis 1968", "Die Feier zum 550-jährigen Jubiläum der Universität Rostock 1969 in Kiel", "In memoriam: Karl-Alfred Gedowsky" und "Die Geschichte des VERS von 1957 bis 1994". Autor der genannten Schriften ist Karl Wockenfuß.

Anlässlich der Feierlichkeiten im November 1994 wird Georg Lichtenstein zu einer erneuten szenischen Lesung mit dem Titel "Von der ohnmächtigen Macht des Gewissens. Rostocker Akademiker unter Zirkel und Ährenkranz" einladen.

Mitglieder des VERS werden die Gelegenheit wahrnehmen, von ihrer Herbsttagung in Waren aus in großer Zahl zu den Feierlichkeiten nach Rostock zu fahren. Dort sind sie mit der großen Rostocker Universitätsfamilie vereint. Sie denken an über vierzig Jahre einer wechselvollen Geschichte, die auch ein "Kapitel für sich" ihres Lebens ist, zurück. Gleichzeitig sehen sie die Forderungen der Gegenwart und des Neuaufbaus, die es gemeinsam zu bewältigen gilt.

Zusammensetzung und Alter der VERS-Mitglieder wandeln sich. Die Gründergeneration wird in absehbarer Zeit in das zweite Glied zurücktreten. Sie hofft, daß ihre Nachfolger an der Universität Rostock, die den aufgewungenen Namen "Wilhelm-Pieck" wieder abgeschüttelt hat, den Zielen des VERS "Einheit, Freiheit und Menschenwürde in Deutschland" treu bleiben werden.

Verzeichnis der nach 1945 verhafteten Angehörigen der Universität Rostock (einschließlich Studienbewerber)¹

Vorbemerkung: Die Angaben beruhen auf Dokumentationen des Verbandes Deutscher Studentenschaften - Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen - "Namen und Schicksale der seit 1945 in der sowjetischen Besatzungszone verhafteten und verschleppten Professoren und Studenten". 4. Auflage 1955 und 5. Auflage 1962, auf dem Verzeichnis bei Marianne und Egon Müller. "... stürmt die Festung Wissenschaft", Berlin 1953, S. 363ff., sowie auf einigen zusätzlichen Unterlagen, die dem Verfasser vorlagen. Aufgenommen wurden nur Fälle, die hinreichend belegt sind.

Abkürzungen:

SMT = Sowjetisches Militärtribunal

ZAL = Zwangsarbeitslager

MWD = Ministerium für Innere Angelegenheiten der UdSSR

Juristische Fakultät

Braun, Erwin, geb. 1921, verhaftet 29.6.1960, verurteilt vom 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Frankfurt/Oder zu lebenslangem Zuchthaus am 15.7.1961, entlassen 14.9.1966.

Esch, Arno, geb. 1928, verhaftet 18.10.1949, verurteilt vom SMT Schwerin zum Tode am 20.07.1950, wahrscheinlich hingerichtet in der UdSSR 1951.

Haaker, Rudolf, geb. 1921, verhaftet im April 1949, verurteilt durch ein sowjetisches Ferntribunal zu 25 Jahren ZAL, entlassen im Januar 1956.

Hildebrandt, Wolfgang, geb. 1924, verhaftet 3.4.1949, verurteilt vom SMT Schwerin zu 25 Jahren ZAL, entlassen 1955.

¹ Entnommen aus: Thomas Ammer: Universität zwischen Demokratie und Diktatur.- Verlag Wissenschaft und Politik, 1969, S. 169-174; Korrektur nach Zeitzeugen.

Liedke, Joachim, geb. 1930, verhaftet im Juni 1951, verurteilt zu 5 Jahren Zuchthaus, entlassen 1.12.1955.

Schönborn, Herbert, geb. 1927, verhaftet 2.3.1948, verurteilt von einem SMT zu 25 Jahren ZAL, entlassen 28.12.1953.

Schultz, Gerhard, geb. 1921, verhaftet 6.5.1949, verurteilt von einem Sondergericht des MWD zu 10 Jahren ZAL, entlassen 28.12.1953.

Tartarin-Tarnheyden, Edgar, Prof.Dr., geb. 1882, verhaftet 20.11.1945, verurteilt von einem SMT zu 10 Jahren ZAL, entlassen 28.12.1953.

Voigt, Heinz, in Untersuchungshaft für mehrere Wochen 1947.

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Albrecht, Dieter, geb. 1931, verhaftet 10.7.1952, verurteilt vom Landgericht Halle zu 10 Jahren Zuchthaus am 30.7.1952, entlassen 5.1.1957.

Worm, Horst, geb. 1934, in Untersuchungshaft 1954, erneut verhaftet am 26.4.1957, verurteilt zu 6 Monaten Gefängnis am 3.7.1957, entlassen 26.10.1957.

Philosophische Fakultät

a) Geisteswissenschaften

Bail, Franz, geb. 1927 - Klassische Philologie, verhaftet 18.1.1951, verurteilt vom Landgericht Greifswald zu 10 Jahren Zuchthaus am 22.8.1951, entlassen 5.9.1956.

Broecker, Ingrid, geb. 1925 - Kunstgeschichte, verhaftet 31.10.1949, verurteilt vom SMT Schwerin zu 15 Jahren ZAL, entlassen 20.1.1954

Bude, Roland, geb. 1926 - Slawistik, verhaftet 13.7.1950, verurteilt vom SMT Schwerin zu 2mal 25 Jahren ZAL am 31.10.1950, entlassen 16.10.1955.

Haase, Ulrich, geb. 1928 - Germanistik, verhaftet 22.9.1949, verurteilt von einem SMT zu 25 Jahren ZAL, entlassen 16.1.1954.

Krenkel, Werner, in Untersuchungshaft Mitte 1950.

Rothe, Wolfgang, Dr., verhaftet Anfang Juni 1958, verurteilt zu 6 Monaten Gefängnis, Entlassungsdatum unbekannt.

Schönbeck, Gerhard, geb. 1927 - Philosophie, verhaftet 6.9.1950, verurteilt vom Landgericht Güstrow zu 8 Jahren Zuchthaus am 22.8.1951, entlassen 15.11.1954.

Wraske, Elsbeth, geb. 1925 - Anglistik, verhaftet 11.4.1950, verurteilt vom SMT Schwerin zu 20 Jahren ZAL am 28.7.1950, entlassen 17.1.1954.

b) Naturwissenschaften

- Ahrenholz, Gerd-Manfred, geb. 1926 - Chemie, verhaftet 23.6.1948, verurteilt von einem SMT zu 25 Jahren ZAL, entlassen 11.10.1955.
- Bernitt, Hartwig, geb. 1927 - Biologie, verhaftet 29.6.1951, verurteilt vom SMT Schwerin zu 25 Jahren ZAL am 5.12.1951, entlassen 12.12.55.
- Blank, Jürgen, geb. 1927 - Physik, verhaftet August 1954, verurteilt vom Bezirksgericht Rostock zu 4 Jahren Zuchthaus am 31.12.1954, entlassen August 1956.
- Brilla, Günther, geb. 1927, Dipl.-Biologe, verhaftet 5.8.1954, verurteilt vom Bezirksgericht Rostock zu 4 Jahren Zuchthaus am 31.12.1954, entlassen 1.10.1956.
- Brinkmann, Roland, Prof.Dr., verhaftet 1949, Freispruch, entlassen Juli 1951.
- Dunker, Gerhard, geb. 1929 - Physik, verhaftet 24.12.1951, verurteilt vom Landgericht Güstrow zu 8 Jahren Zuchthaus am 17.6.1952, entlassen 27.6.1956.
- Krug, Elisabeth, geb. 1928 - Biologie, verhaftet 5.8.1954, verurteilt vom Bezirksgericht Rostock zu 3 Jahren Zuchthaus am 31.12.1954, entlassen 1.10.1956.
- Leddin, Fred, geb. 1925 - Chemie, verhaftet 27.9.1947, verurteilt von einem SMT zu 25 Jahren ZAL, Entlassungsdatum unbekannt.
- Lübcke, Ernst, Prof. Dr., geb. 1890, von sowjetischen Offizieren festgenommen am 8.9.1946 und zum Arbeitseinsatz in die UdSSR verbracht, entlassen 1955.
- Meinl, Gerhard, Dr., geb. 1925, verhaftet 3.8.1954, verurteilt vom Bezirksgericht Rostock zu 6 Jahren Zuchthaus am 31.12.1954, entlassen August 1958.
- Neubeck, Linde, geb. 1926 - Biologie, verhaftet 9.8.1954, verurteilt vom Bezirksgericht Rostock zu 4 Jahren Zuchthaus am 31.12.1954, entlassen 1.10.1956.
- Simon, Hans-Joachim - Naturwissenschaften, verhaftet 27.9.1947, Datum und Höhe des Urteils unbekannt, in einer mitteldeutschen Strafvollzugsanstalt verstorben.
- Walsmann, Peter, Dipl.-Chemiker, geb. 1927, verhaftet August 1954, verurteilt vom Bezirksgericht Rostock zu 4 Jahren Zuchthaus am 31.12.1954, entlassen 1956.
- Wiese, Friedrich-Franz, geb. 1929 - Chemie, verhaftet 18.10.1949, verurteilt vom SMT Schwerin zu 25 Jahren ZAL am 20.7.1950, vom SMT Berlin-Lichtenberg zum Tode am 23.11.1950, begnadigt zu 25 Jahren ZAL, entlassen 15.12.1955.
- Woochsmann, Heino, Dr., in Untersuchungshaft Anfang August bis Mitte September 1954.

Medizinische Fakultät

- Arnold, Hans, Dr., geb. 1928, verhaftet August 1954, verurteilt vom Bezirksgericht Rostock zu 4 Jahren Zuchthaus am 31.12.1954, entlassen September 1956.
- Gerlach, Alfred, geb. 1929, verhaftet 29.6.1951, verurteilt vom SMT Schwerin zum Tode am 6.12.1951, begnadigt zu 25 Jahren ZAL, entlassen 15.12.1955.
- Goldbach, Gustav, geb. 1929, verhaftet Juli/August 1952, verurteilt zu 6 Jahren Zuchthaus 1953, entlassen 25.9.1956.
- Joram, Gerald, geb. 1930, verhaftet 29.6.1951, verurteilt vom SMT Schwerin zu 25 Jahren ZAL am 6.12.1951, entlassen 16.10.1955.
- Klett, Hans-Joachim, geb. 1923, verhaftet 23.3.1959, verurteilt vom SMT Schwerin zu 20 Jahren ZAL am 12.12.1950, entlassen 17.10.1955.
- Koch, Gerhard, geb. 1924, verhaftet 13.7.1950, Datum und Höhe des Urteils sowie Entlassung unbekannt.
- Lindenberg, Karl-Heinz, geb. 1924, verhaftet 16.9.1950, verurteilt vom Landgericht Greifswald zu 15 Jahren Zuchthaus am 21.10.1951, entlassen 20.5.1957.
- Lücht, Hans, geb. 1926, verhaftet 15.8.1947, verurteilt vom SMT Schwerin zu 25 Jahren ZAL am 30.4.1948, entlassen 14.8.1956.
- Meisel, Gerhard, geb. 1938, verhaftet 20.1.1958, verurteilt vom Bezirksgericht Rostock zu 1 1/2 Jahren Gefängnis am 6.8.1958, entlassen 22.8.1959.
- Mittag, Günter, geb. 1930, verhaftet Anfang Juni 1950, verurteilt von einem SMT, Datum und Höhe des Urteils unbekannt, entlassen 5.1.1954.
- Paepke, Erich-Otto, geb. 1927, verhaftet 8.3.1948, verurteilt vom SMT Schwerin zu 25 Jahren ZAL, entlassen 10.9.1956.
- Pinnow, Horst-Karl, geb. 1919, verhaftet 2.4.1949, verurteilt von einem sowjetischen Ferntribunal zu 25 Jahren ZAL im Mai 1950, entlassen 13.1.1956.
- Popp, Gerhard, geb. 1924, verhaftet 12.7.1950, verurteilt vom SMT Schwerin zu 25 Jahren ZAL am 31.10.1950, entlassen 17.1.1954.
- Reincke, Joachim, geb. 1927, verhaftet 1948, verurteilt vom SMT Schwerin zu 25 Jahren ZAL, entlassen 8.3.1956.
- Sauerteig, Jürgen, geb. 1933, verhaftet 26.11.1953, verurteilt zu 2 Jahren Zuchthaus am 8.4.1954, entlassen 26.11.1955.
- v. Stockert, Franz Günter, Prof.Dr., verhaftet Ende März 1958, befand sich einige Zeit in Untersuchungshaft.

Landwirtschaftliche Fakultät

Lehmitz, Hans, Prof.Dr., geb. 1903, verhaftet 26.11.1949, verurteilt vom Landgericht Güstrow zu 15 Jahren Zuchthaus am 17.7.1950, entlassen 26.3.1959.

Mehl, Otto, geb. 1929, verhaftet 29.6.1951, verurteilt vom SMT Schwerin zu 25 Jahren ZAL am 6.12.1951, entlassen 12.12.1955.

Wiese, Heinz, geb. 1926, verhaftet 19.4.1955, verurteilt vom Bezirksgericht Rostock zu 8 Jahren Zuchthaus am 2.8.1955, entlassen 19.4.1960.

Pädagogische Fakultät

Albrecht, Brunhilde, geb. 1928, verhaftet 29.6.1951, verurteilt vom SMT Schwerin zu 15 Jahren ZAL am 6.12.1951, entlassen 20.10.1955.

Gedowski, Karl-Alfred, geb. 1927, verhaftet 26.6.1951, verurteilt vom SMT Schwerin zum Tode am 6.12.1951, wahrscheinlich hingerichtet in der UdSSR 1952.

Loup, Alfred, geb. 1923, verhaftet 3.7.1950, verurteilt vom SMT Schwerin zu 25 Jahren ZAL am 31.10.1951, entlassen Ende 1955.

Näther, Hildegard, geb. 1923, verhaftet 8.10.1948, verurteilt vom SMT

Schwerin zu 25 Jahren ZAL am 9.6.1949, entlassen 23.10.1956.

Prenk, Lothar, geb. 1924, verhaftet 24.3.1950, verurteilt vom SMT Schwerin zu 25 Jahren ZAL am 9.12.1950, entlassen 20.10.1955.

Rubach, Jürgen, geb. 1920, verhaftet 8.2.1949, verurteilt vom SMT Schwerin zu 25 Jahren ZAL am 9.6.1949, entlassen 18.1.1954.

Winter, Siegfried, geb. 1927, verhaftet 16.8.1949, verurteilt vom SMT Schwerin zu 25 Jahren ZAL am 27.8.1950, entlassen 18.1.1954.

Technische Fakultät für Schiffbau

Hedrich, Karl-Peter, geb. 1937, verhaftet 28.2.1958, verurteilt vom Bezirksgericht Rostock zu 1 Jahr 8 Monaten Zuchthaus am 2.6.1958, entlassen Oktober 1959.

Töpfer, Christian, geb. 1935, verhaftet 4.6.1957, verurteilt zu 6 Monaten Gefängnis, Entlassungsdatum unbekannt.

Wilde, Hans, verhaftet 22.2.1951, entlassen 30.4.1951.

Worofsky, Klaus, geb. 1936, verhaftet 28.4.1958, verurteilt vom Bezirksgericht Rostock zu 2 Jahren 9 Monaten Zuchthaus am 2.6.1958, entlassen 10.11.1960.

Zaar, Jürgen, geb. 1934, verhaftet 10.2.1954, verurteilt vom Bezirksgericht Leipzig zu 2 Jahren Zuchthaus am 6.5.1954, entlassen 18.10.1955.

Ziegler, Friedrich, geb. 1937, verhaftet 1960, verurteilt vom Kreisgericht Rostock zu 9 Monaten Gefängnis, entlassen 1960.

Arbeiter-und-Bauern-Fakultät, Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät

Heidorn, Günter, geb. 1925, Mitte 1949 für etwa eine Woche in Untersuchungshaft.

Ölschlägel, Helmut, Dr. verhaftet Anfang 1952, Datum und Höhe des Urteils sowie Entlassungsdatum unbekannt.

Studienbewerber

Broecker, Jürgen, geb. 1927, verhaftet 21.10.1949, verurteilt vom SMT Schwerin zu 25 Jahren ZAL am 27.1.1950, entlassen 31.8.1956.

Dethloff, Susanne, geb. 1929, verhaftet 4.5.1949, verurteilt von einem sowjetischen Ferntribunal zu 10 Jahren ZAL im Mai 1950, entlassen 16.10.1955.

Kohberg, Ewald, geb. 1932, verhaftet 30.6.1952, verurteilt vom Bezirksgericht Rostock zu 8 Jahren Zuchthaus im Februar 1953, entlassen 25.9.1956.

Lamprecht, Peter, geb. 1931, verhaftet August 1950, verurteilt vom Landgericht Erfurt zu 3 Jahren Zuchthaus im Dezember 1950, Entlassungsdatum unbekannt.

Wiese, Alexandra, geb. 1923, verhaftet 18.10.1949, verurteilt vom SMT Schwerin zu 25 Jahren ZAL im April 1950, entlassen 1956.

Fakultät unbekannt, Sonstige

Jansen, Hermann, geb. 1910, katholischer Studentenfarrer an der Universität Rostock, verhaftet 1948, verurteilt vom SMT Schwerin zu 25 Jahren ZAL, entlassen 1957.

Opieleas, Wilhelm, verhaftet 1949, weiteres Schicksal unbekannt.

Prestel, Horst, verhaftet 1949, verurteilt vom SMT Schwerin, Datum und Höhe des Urteils unbekannt, in der UdSSR verstorben am 16.2.1953

Velten, Heinz, geb. 1927, verhaftet 1950, verurteilt von einem SMT zu 25 Jahren ZAL, entlassen 1954/55.

Statistische Übersicht über die Verhaftungen

Verhaftungen:

1945/46	2	1954	10
1947	4	1955	1
1948	7	1956	-
1949	17	1957	2
1950	13	1958	5
1951	10	1959	-
1952	4	1960	2
1953	1		

Strafmaß:

Todesurteil	2
Todesurteil (begnadigt)	2
Lebenslanges Zuchthaus	1
25 Jahre	25
20 Jahre	2
15 Jahre	4
10 Jahre	5
5-8 Jahre	7

2-4 Jahre	10
unter 2 Jahre	6
unbekannt	6
Untersuchungshaft ohne Verurteilung	7

Entlassungen:

1947	1	1954	10
1948	-	1955	18
1949	1	1956	18
1950	1	1957	5
1951	2	1958	3
1952	-	1959	3
1953	3	1960	3
		1966	1
	unbekannt		5
	hingerichtet		2
	in der Haft verstorben		2

Anmerkung: Sofern das Entlassungsdatum unbekannt war, wurde bei Strafen unter 1 Jahr das Ende der Strafzeit entsprechend dem Urteil als Entlassungsdatum angenommen.

Fakultäten

Juristische Fakultät	9	Technische Fakultät für Schiffbau	6
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	2	Arbeiter-und-Bauern-Fakultät,	
Philosophische Fakultät		Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät	2
(Geisteswissenschaften)	8	Studienbewerber	5
Philosophische Fakultät		Fakultät unbekannt, Sonstiges	<u>4</u>
(Naturwissenschaften)	15	Insgesamt	77
Medizinische Fakultät	16		
Landwirtschaftliche Fakultät	3		
Pädagogische Fakultät	7		

Anmerkung: Fälle, in denen die Namen der Verhafteten nicht zu ermitteln waren, wurden in die Statistik nicht aufgenommen.

Ein Jubiläum - zwei Feiern

Die Feier zum 550-jährigen Jubiläum der Universität Rostock in Kiel 1969

Im Jahre 1969 feierte die Universität Rostock ihr 550-jähriges Bestehen. Doch fanden zwei Feiern statt, die die schmerzliche Teilung Deutschlands und Europas wieder einmal bewußt machten.

Viele ehemalige Professoren und Studenten, die in der Bundesrepublik Deutschland oder im westlichen Ausland lebten, konnten an den Feierlichkeiten in Rostock aus politischen Gründen nicht teilnehmen. Sie waren nach 1945 mit der totalitären Herrschaft der Kommunisten in Konflikt geraten und hatten Rostock verlassen müssen. Nicht wenige von ihnen waren vor dem Zugriff des Staatssicherheitsdienstes geflüchtet oder hatten sogar bittere Jahre als politische Häftlinge in der DDR oder der Sowjetunion hinter sich.

Von Studenten mit diesen Erlebnissen und Erfahrungen wurde 1957 in Westdeutschland der "Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)" gegründet. Seine Mitglieder begannen seit 1965, sich Gedanken über eine würdige Feier in der Bundesrepublik Deutschland zu

machen. Ein Jahr später ergriffen sie auf ihrem alljährlichen Pflingstreffen die Initiative und schlugen allen in Frage kommenden Personen und Institutionen vor, einen Arbeitskreis zu bilden.

In diesem Gremium fanden sich Vertreter des Landes Schleswig-Holstein, der Landsmannschaft Mecklenburg und der Universität Kiel zusammen. Unter ihnen waren Professor Dr. Hellmuth Mayer, ehemaliger Rostocker Ordinarius, Staatssekretär i.R. Dr. Dr. Wegner, Ltd. Ministerialrat Dr. Tiedemann und Albert Schulz, Rostocker Oberbürgermeister der ersten Nachkriegsjahre. Sie trafen sich seit 1967 unter dem Vorsitz des VERS-Vorsitzenden Dr. Hartwig Bernitt mehrmals in Kiel und bereiteten die Feier mit großem Einsatz und Idealismus vor. Sie sollte nicht den Charakter einer offiziellen "Gegenfeier" haben.

Schwierigkeiten tauchten auf, als sich das Kultusministerium in Kiel, die westdeutschen Universitäten und die Hochschulrektorenkonferenz reserviert verhielten. Sie befürchteten ein

"Politikum" und mögliche Störungen ihrer Beziehungen zu den Universitäten der DDR. 1968 konnten die politischen Bedenken gegen die Feier in Kiel ausgeräumt werden. Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein übernahm die Schirmherrschaft.

Dennoch waren Zugeständnisse nicht zu vermeiden. Die Kieler Feierlichkeiten durften nur eine "Erinnerungsfeier" sein; auch sollte das Wiedersehenstreffen gleichrangig neben dem Festakt im Kieler Schloß stehen und auf einen Festumzug verzichtet werden. Der Termin wurde auf den 17. Mai 1969 gelegt - etwa ein halbes Jahr vor der Festwoche in Rostock. Das Wappen der Universität wurde auf den Einladungen nicht verwendet.

So konnte am 17. Mai 1969 die westdeutsche Feier zum 550-jährigen Jubiläum der Universität Rostock mit einem Festgottesdienst in der St. Nikolaikirche in Kiel eröffnet werden. Pastor Meyer-Buchtien, ein ehemaliger Rostocker Student, erinnerte an die Studentenzeit in Rostock: "Unendlich vieles wird... in diesen Tagen vor uns lebendig, was uns in den Jahren unseres Studiums in Rostock bewegt hat... Und wie manch' einem Menschen darf man hier wieder begegnen, mit dem man sich einst eng verbunden wußte. Vor uns steht das Bild der Stadt Rostock, die Universität mit dem Blücherplatz, die Blutstraße, der Marktplatz, der gewaltige Bau der Marienkirche, der schlanke Turm der Petrikerche..."

Dann sprach er den Anlaß des Treffens an und die Teilung Deutschlands, "die sich uns immer wieder so schwer auf unser Herz legt und mit der wir heute wieder so unmittelbar

konfrontiert werden". Er forderte die anwesenden Rostocker auf, nicht nur im Beruf, sondern auch im weltanschaulichen Ringen unserer Zeit verantwortlich zu handeln. "Wie sagt Luther: Niemand soll den Glauben fahren lassen, daß Gott durch ihn eine Tat tun will."

Auf dem Festakt im Kieler Schloß begrüßte Staatssekretär i.R. Dr.Dr. Wegner im Namen des Arbeitskreises die Vertreter des Landes Schleswig-Holstein, des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen und der Universität und der Stadt Kiel. Ein besonderer Gruß ging an den Festredner Professor Dr. Walter Hallstein als ehemaliger Rostocker Hochschullehrer und Präsidenten der EWG-Kommission von 1958 bis 1967.

Statt des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein war der Kultusminister erschienen. Und auch der Rektor der Universität Kiel war "verhindert", doch waren mehrere Professoren und Senatsmitglieder der Universität gekommen.

Der Redner dankte den Mitgliedern des Arbeitskreises, dem Patenland Schleswig-Holstein und der Universität Kiel für Mithilfe und Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Feier. Er erinnerte an die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg mit ihren materiellen Nöten, in der aber Freiheit in Forschung und Lehre herrschte und die Kunst gepflegt wurde. Heute wolle man Erinnerungen austauschen, Freundschaften erneuern oder begründen und sich dankbar daran erinnern, "welchen Fundus seinerzeit unsere Alma mater für uns gelegt hat".

Professor Dr. Hellmuth Mayer überbrachte die Grüße der Universität Kiel und damit aller deutschen Universitäten. "Damit erweist die jüngere benachbarte Ostsee-Universität ihren Respekt vor der älteren Schwester und ihren bedeutsamen Leistungen in der deutschen Wissenschaftsgeschichte. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß es dem Rektor der Kieler Universität noch möglich sein wird, seine Glückwünsche auf einer offiziellen Feier der Universität Rostock im Herbst auf eine für beide Seiten angemessene Weise auszusprechen. Leider ist aber nach den Erfahrungen der letzten Jahre kaum daran zu denken, daß auch nur ein bescheidener Teil der hier Versammelten an der offiziellen Feier teilnehmen kann."

Diese Zusammenkunft habe gar nichts Institutionelles. "Sie ist eine spontan und frei zustandegewonnene Versammlung freier Bürger, welche es drängt, sich zu ihrer alten Universität mit Liebe zu bekennen, und welche sich dieses natürliche Recht nicht nehmen lassen wollen."

Der Redner erinnerte daran, daß alle Jahrhundertfeiern der Universität Rostock in schwierigen Zeiten stattfanden. Es habe dennoch immer wieder einen Aufstieg gegeben. Wir Deutschen müßten aber wohl die Tugend der ausharrenden Geduld üben, um im Frieden den wahren zu gewinnen.

Höhepunkt des Festaktes war die Rede Professor Dr. Hallsteins. Er war 1930 mit 28 Jahren aus Süddeutschland als Professor an die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Rostock berufen worden.

In Rostock habe er zehn glückliche Jahre verlebt. "Die noch unversehrte alte hanseatische Stadt, die Ostsee und ihre Dünen unter Sonne und Wind, das weite Land dahinter - Hügel, Felder und Seen - und Menschen ... zugleich ernst, besinnlich, humorvoll und unendlich zuverlässig" wurden seine neue Heimat.

Er stellte die Frage, ob der Heimatgedanke heute noch Bedeutung habe, und antwortete zugleich: "Nun, unsere Feier hier beweist es. Der Heimatgedanke ist eine reale Kraft... Wir dürfen darauf vertrauen, daß sich doch der Heimatgedanke stärker erweisen wird als die künstliche Konstruktion eines nur ideologisch begründeten Herrschaftsgebildes. So wollen auch wir hier ein Fest der Heimat begehen und zu unserem Teil dafür sorgen, daß die Menschen hüben und drüben sich nicht menschlich fremd werden, sondern sich im Heimatgedanken verbunden fühlen."

In diesem Zusammenhang nannte der Festredner die Teilung Deutschlands und Europas in zwei Heerlager unvernünftig. Unvernünftig sei auch die Zersplitterung in Nationalstaaten. Nur ein vereintes Europa könne - gegenüber den Supermächten USA und Sowjetunion - die politischen, wirtschaftlichen, militärischen, gesellschaftlichen Notwendigkeiten dieser Jahrzehnte bewältigen und an der Weltfriedensordnung mitwirken. Die Amerikaner seien damit einverstanden.

Kulturell sei Europa - seit der Zeit Karls des Großen - eine Einheit. Auch die Universitäten hätten europäische Traditionen. "Auch Rostock (ist) als eine abendländische, euro-

päische Universität entstanden." Professor Dr. Hallstein machte deutlich, daß sie geschichtlich als "Universität des Nordens" in einer Hansestadt, also in dem großen "Gemeinsamen Markt" der Hanse, entstanden und gewachsen ist.

Die europäische Universität sei von Anfang an die Stätte freien Geistes, Denkens, Ringens und Forschens gewesen. Es gab auch schwere Zeiten und Rückschritte. Schließlich entstand die moderne Landesuniversität des 19. und 20. Jahrhunderts, die aber zugleich eine Universität für das ganze deutsche Sprachgebiet war. Sie lebte aus der gemeinsamen Überlieferung und dem gemeinsamen Geist der großen deutschen Klassik.

Der Festredner sprach sodann die Situation der Professoren unter der totalitären Herrschaft der Nationalsozialisten an. "Jeder war vor eine grundsätzliche Frage gestellt: Offene Trennung von der in böse Hände geratenen deutschen Welt mit der Folge der Emigration oder zäher und meist stiller Widerstand und Festhalten an der alten wissenschaftlichen Aufgabe. Es ist schwer, diese Lage denen klarzumachen, die sie nicht erlebt haben."

Nun sei unser Vaterland zerschlagen und geteilt, der Weg nach Rostock sei uns versperrt. Wir in der Bundesrepublik Deutschland würden unerschütterlich an der Wiedervereinigung festhalten, auch deshalb, weil es unerträglich sei, daß ein großer Teil unseres deutschen Volkes ohne freie Selbstbestimmung leben müsse. Professor Dr. Hallstein schloß mit den Worten: "Auch für die Zukunft

vertrauen wir auf die größte Kraft, die die Geschichte bewegt, die Kraft des freien Geistes."

Am Nachmittag trafen sich viele Festteilnehmer auf dem Schiff "Tom Kyle", das zu einer mehrstündigen Fahrt in die Kieler Förde und auf hohe See auslief. In gelöster Stimmung erlebten die Rostocker ihre Gemeinschaft. Ein besinnlich-heiterer Festabend in den Räumen der Neuen Mensa der Universität Kiel schloß den denkwürdigen Tag ab.

An den Feierlichkeiten in Kiel nahmen etwa 1000 ehemalige Rostocker Professoren, Studenten und Freunde der Universität aus der Bundesrepublik Deutschland und dem europäischen und überseeischen Ausland teil. Ein Teilnehmer drückte die Gefühle aller aus: "Wie gern wären wir alle wohl nach Rostock gefahren!"

Natürlich war diese "Erinnerungsfeier" in Kiel letzten Endes doch ein Politikum. Sie machte die Teilung Deutschlands und die Unterdrückung der Freiheit in Rostock deutlich. Die Verantwortlichen der DDR beobachteten die Vorbereitungen in Kiel argwöhnisch und suchten näheres zu erfahren. Im "Neuen Deutschland" vom 30.10.69 wurde denn auch der "humanistische Geist" der Universität Rostock und der DDR dem "Trüpplein Ehemaliger" in Kiel gegenübergestellt. Hallsteins Wunsch, sich beim nächsten Jubiläum wieder in Rostock zu treffen, brachte ihm das Schimpfwort "Revanchist" ein.

Auf der Kieler Feier stellte der VERS der interessierten Öffentlichkeit das Buch "Univer-

sität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock" von Thomas Ammer vor. Die Mitglieder des VERS hatten erfahren, daß in Rostock zum Jubiläum eine "Geschichte der Universität Rostock" veröffentlicht werden würde. Sie waren sich im klaren darüber, daß die "parteiliche" Geschichtsschreibung der Kommunisten ein Kapitel auslassen würde: die politische Verfolgung an der Universität Rostock nach 1945, der über 70 Professoren und Studenten zum Opfer gefallen waren.

Seit 1965 gingen sie daran, dieses Kapitel nachzuliefern. Auf dem Pfingsttreffen 1965 in Hedemünden hielt der bekannte Autor Karl Wilhelm Fricke, selbst politischer Häftling in der DDR von 1955 bis 1959, einen Vortrag über "Möglichkeiten und Bedingungen einer Dokumentation des politischen Widerstandes an der Universität Rostock von 1945 bis 1955". An der lebhaften Diskussion nahmen auch Manfred Klein und Wolfgang Natonek

teil, bekannte Oppositionelle aus den ersten Jahren nach 1945, die lange Jahre in der DDR inhaftiert waren.

In den folgenden Jahren wurden zahlreiche Erlebnisberichte und umfangreiches Material zusammengestellt. Die Ergebnisse wurden mehrmals beraten und überarbeitet. Freunde in Rostock durften auf keinen Fall gefährdet werden. Anfang 1969 übernahm Thomas Ammer, ehemaliger Student der Universität Jena und politischer Häftling in der DDR, die Aufgabe, die Dokumentation zu ergänzen und fertigzustellen. Das aktuelle Buch erfreute sich in Kiel reger Nachfrage. Es traf sich gut, daß daneben - ebenfalls zum Jubiläum - das Buch "Universität Rostock" von Paul Kretschmann erschien, der die Geschichte der Universität seit 1419 nachzeichnete.

Der "Ammer" ist 1990 und 1994 - nach der Wende - neu aufgelegt worden.

Quellen

1 "Auch ein Kapitel für sich." Der Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) 1957 - 1993. Dannenberg 1993, S. 3 ff.

2 "Carolinum". Historisch-literarische Zeitschrift, hrsg. von der Carolinerschaf. Göttingen 1969, S. 15 ff.

Dokumentarischer Anhang

Schreiben des VERS vom September 1966 zur Gründung eines Arbeitskreises (s.S. 125)

Einladung des Arbeitskreises "550 Jahre Universität Rostock" vom März/April 1966 (s.S. 126)

Einladungskarte zur "Erinnerungsfeier" am 17. Mai 1969 (s.S. 127-129)

Bild Prof. Dr. Walter Hallstein bei seiner Festansprache im Kieler Schloß 17. Mai 1969 (s.S. 130)

Bild von der Ansprache von Prof. Dr. Hellmuth Mayer auf dem Festakt im Kieler Schloß (s.S. 131)

Schreiben des VERS vom September 1969: Werbung für die Publikation Thomas Ammer, Universität zwischen Demokratie und Diktatur (s.S. 132)

Informationskarte von Peter Babendererde zur Ausstellung am 16. und 17.05.1969 (s.S. 133)

Information zum Sonderheft des Carolinum vom März 1969 (s.S. 134)

Artikel "Kieler Nachrichten", Nr. 114, vom 19. Mai 1969 (s.S. 135)

Schreiben von Dr. J. Keller vom 02.07.1969 (s.S. 136)

Postkarte: Zeichnung Thuro Balzer (s.S. 137)

VERBAND EHEMALIGER
ROSTOCKER STUDENTEN
V E R S
Dr. Hartwig Bernitt
1. Vorsitzender

2208 Glückstadt, den im Sept. 1966
Schulgang 1

550 Jahr-Feier an Universität Rostock

1969 besteht die Universität Rostock 550 Jahre. Viele ehemalige Rostocker Studenten und viele ehemalige Mitglieder des Lehrkörpers werden aus politischen Gründen an den Jubiläumsfeierlichkeiten in Rostock nicht teilnehmen können. Es ist damit zu rechnen, daß die Feiern von den derzeitigen Machhabern propagandistisch mißbraucht werden und besonders die jüngste Geschichte der Universität entstellt wird.

Unser Verband - in dem sich Studenten aller Fakultäten zusammengeschlossen haben, die nach 1945 in Rostock studiert haben - hat auf seinem letzten Treffen deshalb beschlossen, allen Interessenten in der Bundesrepublik die Gründung eines Arbeitskreises vorzuschlagen, der eine der alma mater rostochiensis würdige 550-Jahr-Feier vorbereiten und durchführen sollte.

Wir überreichen Ihnen in der Anlage eine erste und vorläufige Aufstellung von Institutionen und Personen, die uns als Interessenten genannt und vorgeschlagen wurden. Wir wären Ihnen für eine Stellungnahme dankbar, insbesondere dazu, ob Sie bereit sind, in diesem Arbeitskreis mitzuwirken. Wir bitten auch, uns weitere Interessenten namhaft zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitskreis
550 Jahre Universität Rostock
Sekretariat

2 Hamburg 36, März/April 1969
Vor dem Holstentor 2
Telefon (0411) 343218

Schr geehrte Damen und Herren!

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse an der 550-Jahr-Feier unserer alma mater und freuen uns, Ihnen nunmehr die Einladung übersenden zu können.

Das **Tagungsbüro** befindet sich im Fremdenverkehrsamt der Stadt Kiel, der Stirnseite des Hauptbahnhofes gegenüber (Eingang von der Hafenseite des Hausblockes). Es ist ab Donnerstag (Himmelfahrt) 16 Uhr geöffnet und steht Ihnen für Auskünfte zur Verfügung. Dort erhalten Sie auch die für alle Veranstaltungen gültige Teilnehmerkarte. Sie kostet pro Person 10,- DM oder, falls Sie nicht an der Hochseefahrt teilnehmen wollen, 5,- DM. Diese Karte ist auch am Sonnabend, dem 17. Mai, von 8 bis 11 Uhr im Kieler Schloß, später vor der „Tom Kyle“ und abends in der Mensa erhältlich.

Unterkunft in Kiel vermittelt das Fremdenverkehrsamt. Es bittet, die anliegende Bestellkarte bis zum 25. April zurückzusenden. Die Unterkunft wird schriftlich bestätigt.

Am Freitag, dem 16. Mai, werden viele Teilnehmer bereits in Kiel eintreffen. Für ein zwangloses Beisammensein haben wir das Hotel »Flensburger Hof« (Stadtmitte) und die Fördegaststätte »Bellevue, Hindenburgufer«, vorgesehen.

Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen wir am **Sonnabend** die **Verkaufsausstellungen** im Foyer des Kieler Schlosses und abends in der Mensa:

Das Lübecker Buch- und Kunstantiquariat Peter Babendererde,
ehemals Leopold's Universitätsbuchhandlung Rostock;

Der Mecklenburger Heimatbuchverlag F. W. Giebel, Bremen;

Reproduktionen des Mecklenburger Malers Karl Christian Klasen (1911 - 1945);

„Carolinum“, historisch-literarische Zeitschrift.

Die Mensa der Universität Kiel, Westring, erreicht man auch mit der Straßenbahnlinie 2 bis Endhaltestelle.

Im Anschluß an unsere Veranstaltungen können Sie an einer mehrtägigen Seefahrt nach Göteborg mit der „Stena-Germanica“ zu einem Vorzugspreis von 69,50 DM (einschließlich Hotelübernachtung und Teilverpflegung) teilnehmen. Abfahrt in Kiel am 18. Mai um 11.30 Uhr - Rückkehr am 20. Mai um 8 Uhr. Auskunft und Anmeldung bei Dr. Walter Lehmbecker, 23 Kiel, Aubrook 4.

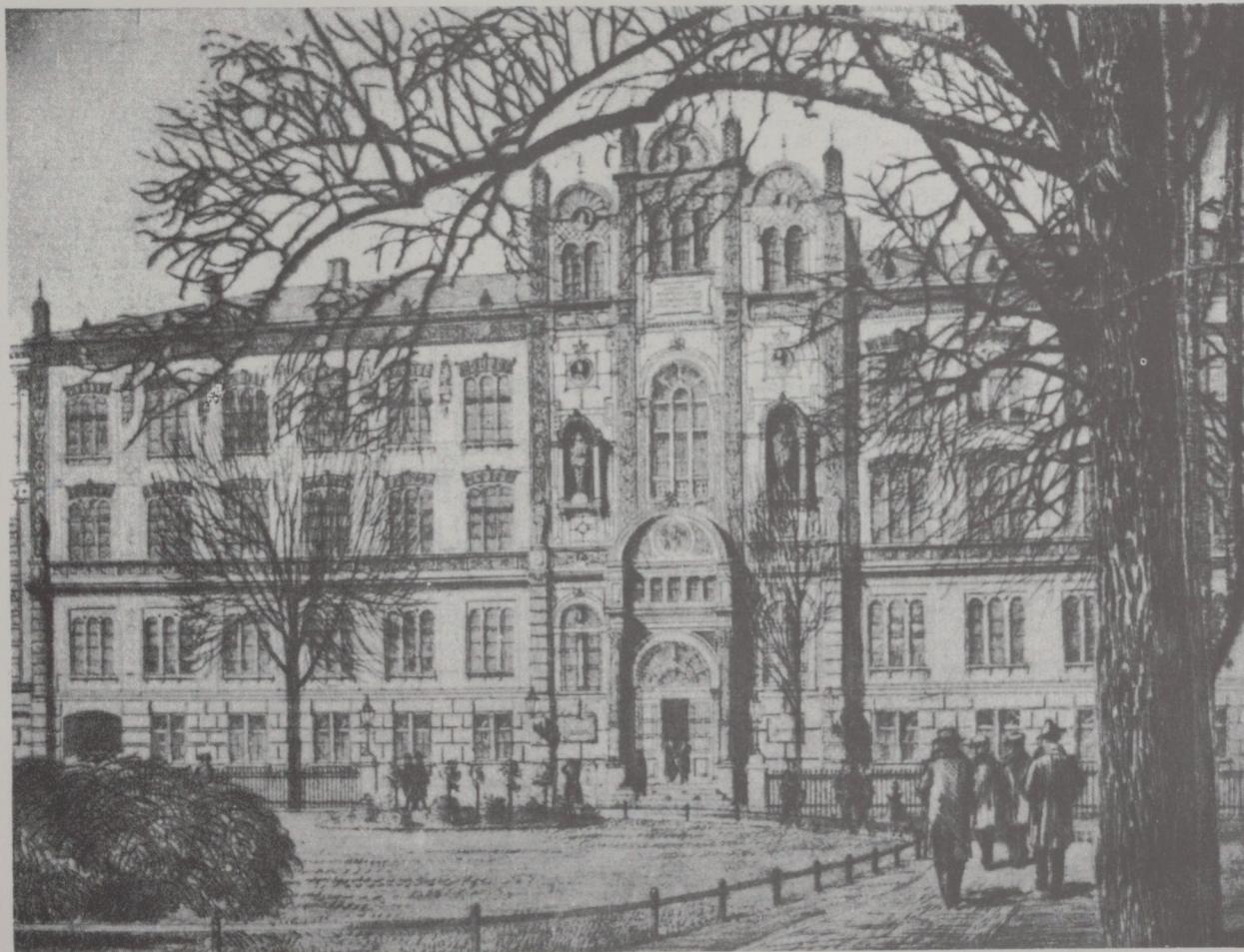
Wegen der großen Zahl der Anmeldungen geben Sie bitte auf der beiliegenden Antwortkarte bis zum 25. April 1969 bekannt, ob Sie an der Ostseefahrt mit der „Tom Kyle“ am Sonnabendnachmittag teilnehmen wollen, damit wir eine Übersicht bekommen, ob wir ein zweites Schiff einsetzen müssen.

Der Arbeitskreis hat sich bemüht, möglichst viele ehemalige Rostocker Studenten, Professoren und andere Interessierte von der Feier in Kiel in Kenntnis zu setzen und den geäußerten Wünschen zur Ausgestaltung der Feier und des Wiedersehentreffens zu entsprechen. Zu unserer Freude hat unsere Ankündigung großen Widerhall gefunden. Bisher trafen rund 800 Anmeldungen ein, darunter solche aus Österreich, der Schweiz, Belgien, England, Schweden, USA, Brasilien, Argentinien und Ceylon. In mühevoller Kleinarbeit wurden von unserem Sekretariat über 2000 Adressen ermittelt und angeschrieben. Damit haben sich leider auch die Kosten für die Vorarbeiten erheblich erhöht. Wir bitten Sie daher um einen kleinen Beitrag für die entstehenden Ausgaben entweder auf das unten bezeichnete Konto oder mittels anliegender Zahlkarte.

Wir wünschen Ihnen eine gute Reise und hoffen, Sie in Kiel begrüßen zu können.

Für den Arbeitskreis
gez. Becker

Bankkonto: Deutsche Bank AG, Hamburg Nr. 1/11617 unter Dr. Hartwig Bernitt Sonder-Kto. Rostock



EHRENKARTE

550 JAHRE UNIVERSITÄT ROSTOCK

Festfolge:

- 9.30 Uhr Festgottesdienst in der St. Nikolaikirche, Kiel, Alter Markt
Predigt: Herr Pastor Meyer-Buchtien
- 11.15 Uhr Festakt im Kieler Schloß
Begrüßung: Herr Staatssekretär a. D. Dr. Dr. Wegner
Ansprachen: Herr Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Helmut Lemke
Herr Prof. Dr. Hellmuth Mayer
Festrede: Herr Prof. Dr. Walter Hallstein
Der Festakt wird musikalisch umrahmt vom Kieler Jugendorchester unter Leitung von Herrn Musikdozent Reinhard Göttl
- 14.45 Uhr Hochseesonderfahrt mit MS „Tom Kyle“
Rückkehr gegen 18.30 Uhr
- 20.00 Uhr Festabend in sämtlichen Räumen der Mensa der Christian-Albrecht-Universität
Kiel, Westring.

Der Arbeitskreis „550 Jahre Universität Rostock“

gibt sich die Ehre,
aus Anlaß des 550jährigen Bestehens der Universität Rostock

zu einer

ERINNERUNGSFEIER

und einem Wiedersehenstreffen

unter der Schirmherrschaft des Herrn Ministerpräsidenten
des Landes Schleswig-Holstein Dr. Helmut Lemke

am Sonnabend, dem 17. Mai 1969

in Kiel einzuladen.

Für den Arbeitskreis:

Prof. Dr. Hellmuth Mayer

Dr. Hartwig Bernitt



Prof. Dr. Hallstein hält die Festansprache im Kieler Schloß



Ansprache Prof. Dr. Hellmuth Mayer auf dem Festakt im Kieler Schloß

VERBAND EHEMALIGER
ROSTOCKER STUDENTEN
V E R S

Karl Schröder, 2. Vors.

2 Hamburg 50, im September 1969
Humperdinkweg 13
Tel. (0411) 897084

Sehr geehrte Damen und Herren!

In diesem Jahr besteht die Universität Rostock 550 Jahre. Aus diesem Anlaß fand im Mai eine Erinnerungsfeier in Kiel statt, für November sind die Jubiläumsfeierlichkeiten in Rostock vorgesehen.

Es liegt nahe, daß im Vordergrund des Interesses die Entwicklung der Universität seit 1945 steht. Thomas Ammer hat in Zusammenarbeit mit ehemaligen Rostocker Studenten und Professoren einen Dokumentationsbericht über diese bewegte Zeit abgefaßt. Es ist die erste Darstellung dieser Art und schildert die ebenso erschütternden wie aufschlußreichen Ereignisse dieser Zeit.

Dieses Buch ist zustande gekommen durch die Initiative des Verbandes ehemaliger Rostocker Studenten, in dem sich Studierende aller Fakultäten aus der Zeit nach 1945 zusammengeschlossen haben. Dem Verband steht daher ein begrenztes Kontingent zur Verfügung, aus dem Exemplare bis zum 31. Oktober 1969 gegen einen Unkostenbeitrag von DM 10,- pro Stück abgegeben werden können (Der Buchhandelspreis beträgt DM 15,-).

Das Inhaltsverzeichnis des Buches finden Sie auf der Rückseite.

Wir nehmen an, daß das Buch auch Ihr Interesse findet, und legen Prospekt und Bestellkarte bei. Die Bezahlung erbitten wir mittels beiliegender Zahlkarte oder durch Überweisung auf das unten angegebene Konto; die Kosten für Porto und Verpackung sind im Unkostenbeitrag inbegriffen.

Mit freundlichen Grüßen
Karl Schröder

Konto: Dr. Bernhard Schmidt, Sonderkonto VERS, Badische Beamtenbank Karlsruhe 98329

G. B. Leopold's

UNIVERSITÄTSBUCHHANDLUNG

Paul Babendererde

SEIT 1840 IN ROSTOCK

jetzt

BUCH- UND KUNSTANTIQUARIAT

Peter Babendererde

24 LÜBECK - DANZIGER STRASSE 49

TELEFON (0451) 63485

*Ausstellung und
Verkauf*

im Schloß

Freitag, 16. Mai, von 16 bis 19 Uhr

Sonnabend, 17. Mai, von 8.30 bis 13 Uhr

in der Mensa

Sonnabend, 17. Mai, ab 18 Uhr

Zum 550. Jubiläum

unserer Universität
zeige ich unter anderem

Rostocker Universitätsschriften
Chroniken von Rostock und anderen Orten
Mecklenburgische Heimatkunde
Plattdeutsche Literatur
Landkarten von Mecklenburg
Städteansichten aus Mecklenburg
Universitätsstädte aus der Biedermeierzeit
Rostocker Studenten von 1736/37
Akademische Berufsdarstellungen sowie
sonstige dekorative Graphik

Originale ab 1550

ferner preiswerte Neudrucke

*Spezialgebiete
des Antiquariats*

Mecklenburg - Pommern - Ostpreußen - Baltikum
Lübeck - Holstein - Schleswig - Dänemark
Ostsee und Seefahrt
Geographie - Topographie - Chroniken
Städteansichten und Landkarten aus aller Welt
Alte Medizin, Naturwissenschaft und Technik
Berufsdarstellungen und dekorative Graphik
in Originalen aus dem 15. bis 19. Jahrhundert,
ferner einige Neudrucke nach alten Vorlagen.

Wenn Sie Ihre Wünsche recht genau sagen,
sende ich gern zur Ansicht,
biete ich an oder versuche Fehlendes zu beschaffen.
Gern kaufe ich alte Bibliotheken sowie wertvolle
Bücher und Stiche aus früheren Jahrhunderten.

Carolinum
Historisch-literarische Zeitschrift

34 Göttingen, im März 1969
Guldenhagen 19

Das

Carolinum

Historisch-literarische Zeitschrift

gibt aus Anlaß des 550jährigen Bestehens der Universität Rostock die erste Nummer
des 35. Jahrgangs als

Sonderheft

heraus. Alle Autoren dieses Heftes sind ehemalige Studenten, Dozenten und Professoren
der Rostocker Universität.

Das Heft wird am 17. Mai in Kiel an die Festteilnehmer zum halben Preis (5,- DM)
abgegeben. Auf Wunsch wird es vorher zugesandt gegen Einzahlung von 5,50 DM.
(Postscheckkonto: Walter Blank, 23 Kiel 1, Graf-Spee-Straße 49, Hamburg 21 80 06 für
Carolinum).

Die Schriftleitung:

Oberstudiendirektor G. H. Piehler, Dr. W. Lehmbecker

Bitte wenden!

Aus dem Inhalt

Ein Rostocker Student über die Belagerung von Siena. Zwei niederdeutsche Briefe aus
dem Jahre 1554 (Dr. Hildegard Thierfelder)

Die Anfänge des Rostocker Buchdrucks (Dr. Carl Meltz)

Erinnerungen Rostocker Professoren und Studenten an die Alma Mater Rostochiensis
(Dr. Otto Witte)

Die 500-Jahrfeier der Rostocker Universität 1919 (Dompropst H. H. Schreiber †)

Die Brüder Boll als Freunde von Fritz Reuter (Prof. Dr. Friedrich Scheven)

Aus vergangenen Zeiten (Dr. Gerhard Reinhold)

Chronik der Mecklenburgischen Landesgeschichte VIII i. Die Kämpfe der Armee Blüchers
im Februar 1814 (Staatsarchivrat a. D. Dr. Paul Steinmann)

Universität und Studententum in Rostock bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts
(Dr. Willy Krogmann)

Gegen „nationales Schrebergartensystem“

Prof. Dr. Hallstein sprach zur 550-Jahr-Feier der Universität Rostock — Bekenntnis zur europäischen Einheit

(US/os) Ein Bekenntnis zur europäischen Einheit legte der ehemalige EWG-Präsident Professor Dr. Walter Hallstein in der Festrede zur 550-Jahr-Feier der Universität Rostock ab. Gleichzeitig bekräftigte er im Kieler Schloß die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung. An der Erinnerungsfeler, die unter der Schirmherrschaft Ministerpräsident Dr. Lemkes stand, nahmen ehemalige Mitglieder und Freunde der mecklenburgischen Universität teil, die in der Bundesrepublik leben und nicht zum Jubiläum nach Rostock fahren können.

Hallstein, der als 28-jähriger 1930 ein Ordinariat an der Rostocker Fakultät für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften übernahm, verknüpfte seine Feststellungen mit einem Hinweis auf die überregionale europäische Kulturleistung, die sich in der Gründung der Universität — gleich welcher Nationalität — dokumentiert.

Der Wissenschaftler beklagte die zweifache Spaltung Europas. Einmal sei es unvernünftig, daß sich zwei Heerlager mißtrauisch, ja feindlich gegenüberstünden und daß man durch Vertreibung im 20. Jahrhundert glaubte, „chemisch reine Nationen“ schaffen zu können; zum anderen sei es ebenso bedauernswert, wenn Westeuropa in ein Schrebergartensystem von Nationalstaaten zerfalle.

Nur ein geeintes Westeuropa besitze genügend Gewicht bei politischen Verhandlungen, um am Tisch der Supermächte mitreden zu können. Diese Mitsprachemöglichkeit Europas in Weltangelegenheiten, die von Amerika gefördert, von der Sowjetunion jedoch behindert werde, könnte nach Ansicht Hallsteins dazu beitragen, die Ost-West-Teilung zu überwinden. Nur so seien Sicherheit und Frieden zu gewährleisten und die „unerhörten materiellen Möglichkeiten unseres Zeitalters“ auszuschöpfen.

Vor diesem großen Hintergrund betrachtete Hallstein das Heimatproblem der Vertriebenen und Flüchtlinge. Er bekannte sich als gebürtiger Süddeutscher zu seiner Wahlheimat Mecklenburg und betonte den geschichtlich gewachsenen, eigenständigen kulturellen und gesellschaftlichen Stellenwert die-

ses Gebietes. So sehr aber das Heimatgefühl den Selbstbehauptungswillen stärke, so sehr binde es auch aggressive, nationalistische Tendenzen. Das zeige sich deutlich an den Vertriebenenorganisationen. Heimat lasse sich nicht mit Gewalt schaffen; aus diesem

SED vertieft den Graben

Kultusminister Hannemann hatte zuvor in seiner Begrüßungsansprache bedauert, daß es durch die Spaltung Deutschlands unmöglich sei, an den im Herbst stattfindenden Feiern in Rostock teilzunehmen. Der Minister warf der SED vor, sie vertiefe mit ihrer Politik den Graben zwischen den beiden Teilen Deutschlands und fördere die Entfremdung.

Die Staatsgrenze sei ein Anachronismus in einer Zeit, in der die Völker Europas erkennen, daß der Wille zur Freundschaft und die Überwindung der Schwierigkeiten notwendig seien, um in Frieden leben zu können. Der Minister betonte, daß die Feier keine politische Demonstration sei, sondern eine Stunde der Besinnung. Trotz allem müsse man auch die Aufbauleistung im anderen Teil Deutschlands anerkennen, die es der Rostocker Universität ermöglichte, der technischen Revolution gerecht zu werden.

Prof. Dr. Mayer überbrachte die Grüße der Kieler Universität und sprach die Hoffnung aus, daß der Rektor seine Glückwünsche persönlich in Rostock aussprechen könne. Prof. Mayer erinnerte an das Studentenleben früherer Zeiten sowie an die Jahre des Wie-

Grunde dürfe es auch keine „Rückvertreibung“ geben.

Andererseits unterstrich Hallstein: „Mecklenburg ist deutsch und darf für uns nie Ausland werden. Wir müssen darauf vertrauen, daß sich der Heimatgedanke stärker erweisen wird als die künstliche Konstruktion eines ideologisch begründeten Herrschaftsgebildes.“

Diese Hoffnung bekräftigte Hallstein mit dem Hinweis, daß die deutsche Nation bereits zweimal die Zerstörung ihrer Einheit überwunden habe: nach dem dreißigjährigen Krieg und ebenso nach der Eroberung durch Napoleons Armeen.

deraufbaus nach dem zweiten Weltkrieg und empfahl, es an der Tugend ausharrender Geduld nicht fehlen zu lassen. Auch Staatssekretär a. D. Dr. Dr. Wegener hob bei der Begrüßung der Gäste hervor, daß es sich bei dem Festakt um eine unpolitische Erinnerungs- und Wiedersehensfeier handle.

Dresden, den 2.7.69

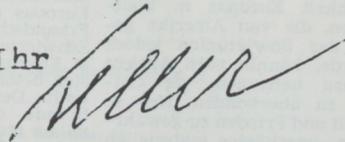
Sehr geehrter Herr Dr. Bernitt!

Auf Grund einer brieflichen Mitteilung des Herrn Professor Dr. Eggers trete ich an Sie mit einer Bitte heran, weil Sie Leiter des Arbeitskreises 550 Jahre Universität Rostock sind. Ich wurde 1919 immatrikuliert und denke an meine alma mater, der ich so sehr viel verdanke, mit großer Anhänglichkeit zurück. Nun soll in Kiel als eine Art Patenstadt eine eindrucksvolle Jubiläumsfeier mit großer Teilnehmerzahl im Mai stattgefunden haben. Hier in der DDR weiß man leider nichts und ich richte an Sie die Bitte, mich doch etwas wissen zu lassen. Die Feier 1919 in Rostock fand in den letzten Wochen des Jahres statt. Als Historiker und Archivar ist man an solchen Vorgängen hochinteressiert. Ich habe seinerzeit nach Rostock geschrieben und bislang überhaupt keine Antwort bekommen. Aber so ändern sich leider die Zeiten. Verzeihen Sie bitte, meine Zeilen mit der gezielten Bitte.

Ich verbleibe mit ergebenen Grüßen

DEUTSCHE GESELLSCHAFT
FÜR GESCHICHTE DER MEDIZIN,
NATURWISSENSCHAFT
UND TECHNIK
Archivar:
San.-Rat Dr. J. Keller
605 Dresden, Otto-Buchwitz-Str. 57

Ihr





Thuro Balzer

Universität Rostock 1419-1969

Thuro Balzer war Zeichenlehrer an der Großen Stadtschule in Rostock in den 20er Jahren.
Von diesen Karten wurden 6 000 Stück z.T. verkauft, z.T. als Werbung verschenkt.

Vertrag über

Die Stadt
Dr. Robert
Leiter
1899

Universität Rostock 1111-1111

Von diesen Karten wurden 8 000 Stück z.T. verkauft, z.T. als Werbung verwendet.
Trotz dieser war Zeichnung an der Göttinger Staatsbibliothek im Jahr 1900

Veröffentlichungen zur Universitätsgeschichte

Geschichte der Universität 1419 - 1969

Festschrift zur Fünfhundertfünfzig-Jahr-Feier der Universität Rostock

Band I: Die Universität 1419 - 1945

Band II: Die Universität 1945 - 1969

Mögen viele Lehrmeinungen um die eine Wahrheit ringen - 575 Jahre Universität Rostock (Konrad-Reich-Verlag 1994)

In der Reihe "**Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock**"

sind bisher erschienen: (Heft 1-5; 9 und 10 sind vergriffen)

- | | | | |
|--------|---|---------|---|
| Heft 1 | 25 Jahre Historisches Institut/Sektion Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 1956-1981, Rostock 1981 | Heft 6 | Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Rostock 1984 |
| Heft 2 | Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Rostock 1982 | Heft 7 | 5 Jahre Landtechnische Hochschul-
ausbildung an der Universität Ro-
stock, Rostock 1985 |
| Heft 3 | Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Rostock 1983 | Heft 8 | 40 Jahre neue Lehrerbildung an der
Universität Rostock, Rostock 1986 |
| Heft 4 | Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Rostock 1983 | Heft 9 | 150 Jahre klinische Geburtshilfe in
Rostock
100 Jahre Klinik für Gynäkologie und
Geburtshilfe an der Wilhelm-Pieck-
Universität Rostock, Rostock 1987 |
| Heft 5 | 125 Jahre Germanistik an der Univer-
sität Rostock 1858-1983, Rostock
1983 | Heft 10 | Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-
Pieck-Universität Rostock, Rostock
1987 |

- Heft 11 Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Rostock 1988
- Heft 12 Wirtschaftliche Lehre und Forschung an der Alma mater rostochiensis, Rostock 1988
- Heft 13 Zur Entwicklung der Chemie als Wissenschaft in Rostock, Rostock 1989
- Heft 14 Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Rostock 1990
- Heft 15 Zur Entwicklung der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde an der Universität Rostock, Rostock 1990
- Heft 16 Otto-Körner-Klinik 90 Jahre Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten Rostock, Rostock 1990
- Heft 17 Zur Entwicklung der Physik an der Universität Rostock, Rostock 1991
- Heft 18 Die Geschichte der Kinderheilkunde und der Kinderklinik an der Universität Rostock, Rostock 1993

Verzeichnis

Die hier aufgeführten Werke sind in der Bibliothek des
Herrn v. ...
Sammelwerke ...
Bände ...
...
und einige ...

...
...
...

...
...
...

...

Heft 11 Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-
Fleck-Universität Rostock, Rostock
1985

Heft 12 Wirtschaftliche Lehre und Forschung
an der Alma Mater rostochensis, Ro-
stock 1988

Heft 13 Zur Entwicklung der Chemie als Wis-
senschaft in Rostock, Rostock 1989

Heft 14 Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-
Fleck-Universität Rostock, Rostock
1990

Heft 15 Zur Entwicklung der Zahn-, Mund-
und Kieferheilkunde an der Universität
Rostock, Rostock 1990

Heft 16 Ohr-, Nasen- und - Ohren-
90 Jahre Hals-, Nasen- und - Ohren-
Kränkheiten Rostock, Rostock 1990

Heft 17 Zur Entwicklung der Physik an der
Universität Rostock, Rostock 1991

Heft 18 Die Geschichte der Kinderheilkunde
und der Kinderklinik an der Universi-
tät Rostock, Rostock 1993

Korrekturzettel

Wir bitten den Leser zu berücksichtigen auf

Seite 7, rechte Spalte 2. Absatz, 6. Zeile **muß es heißen statt** Oberstudienrat Oberstudiendirektor

Seite 50, rechte Spalte 3. Absatz, 1. Zeile **muß es heißen statt** damals mehrmals

Seite 69, rechte Spalte 1. Absatz, 5. Zeile **muß es heißen statt** SED SPD

Seite 90, linke Spalte 1. Absatz, 4. Zeile **muß es heißen statt** Brinckmann Brinckman

Seite 97, linke Seite 1. Absatz, 2. Zeile **muß es heißen statt** Ergebnisse Erlebnisse

und einige Druckfehler, die wir hier nicht gesondert ausweisen.

Korrekturzeile

Wir bitten den Leser zu berücksichtigen auf
Seite 7, rechte Spalte 2. Absatz, 6. Zeile muß es heißen statt Oberstabsarzt
Seite 50, rechte Spalte 3. Absatz, 1. Zeile muß es heißen statt damals
Seite 69, rechte Spalte 1. Absatz, 2. Zeile muß es heißen statt SPD SPD
Seite 90, linke Spalte 1. Absatz, 4. Zeile muß es heißen statt Brückmann Brückmann
Seite 97, linke Seite 1. Absatz, 2. Zeile muß es heißen statt Egonmire Egonmire
und einige Druckfehler, die wir hier nicht gesondert aufweisen

1987, Rostock, Rostock 1987

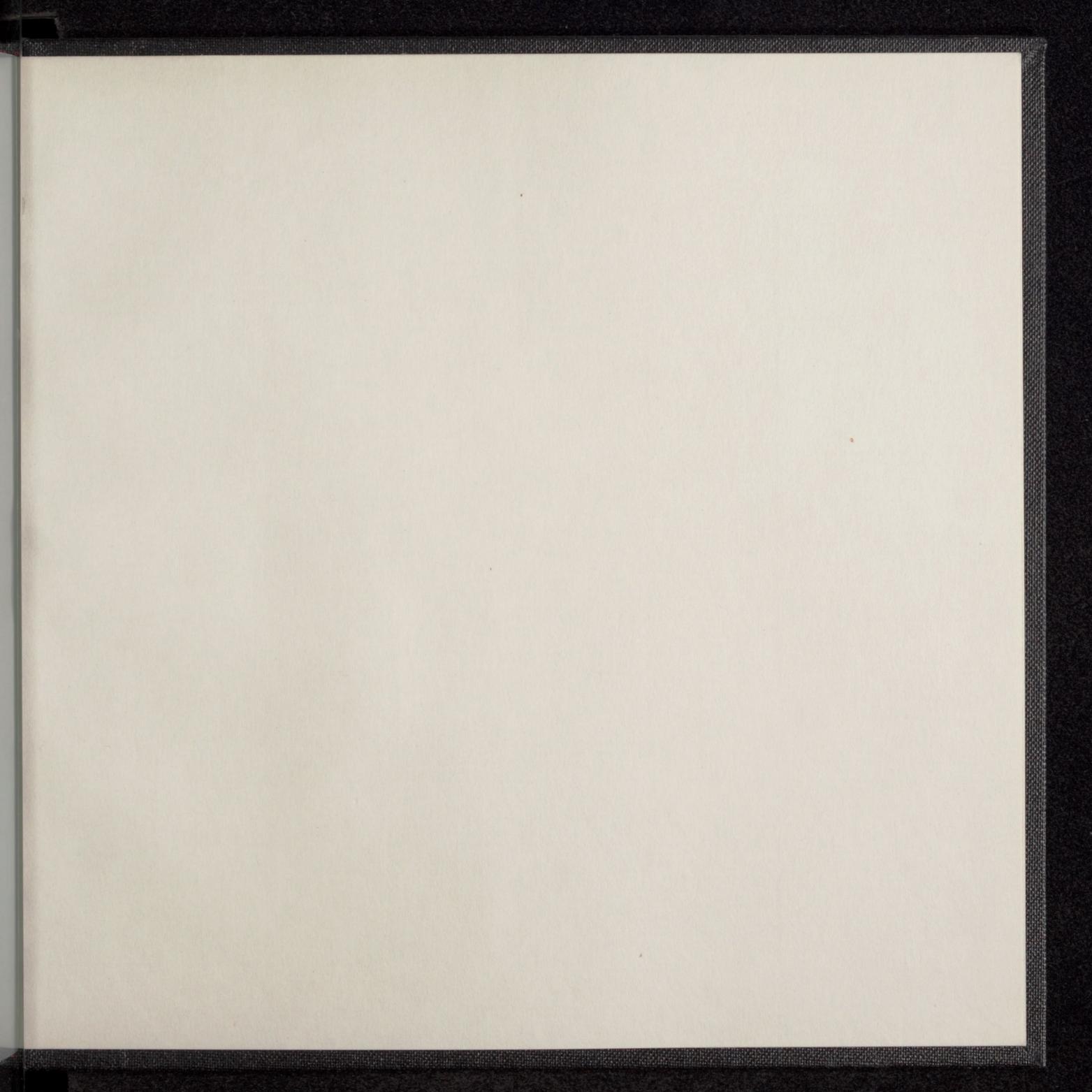
Universität Rostock, Rostock 1987

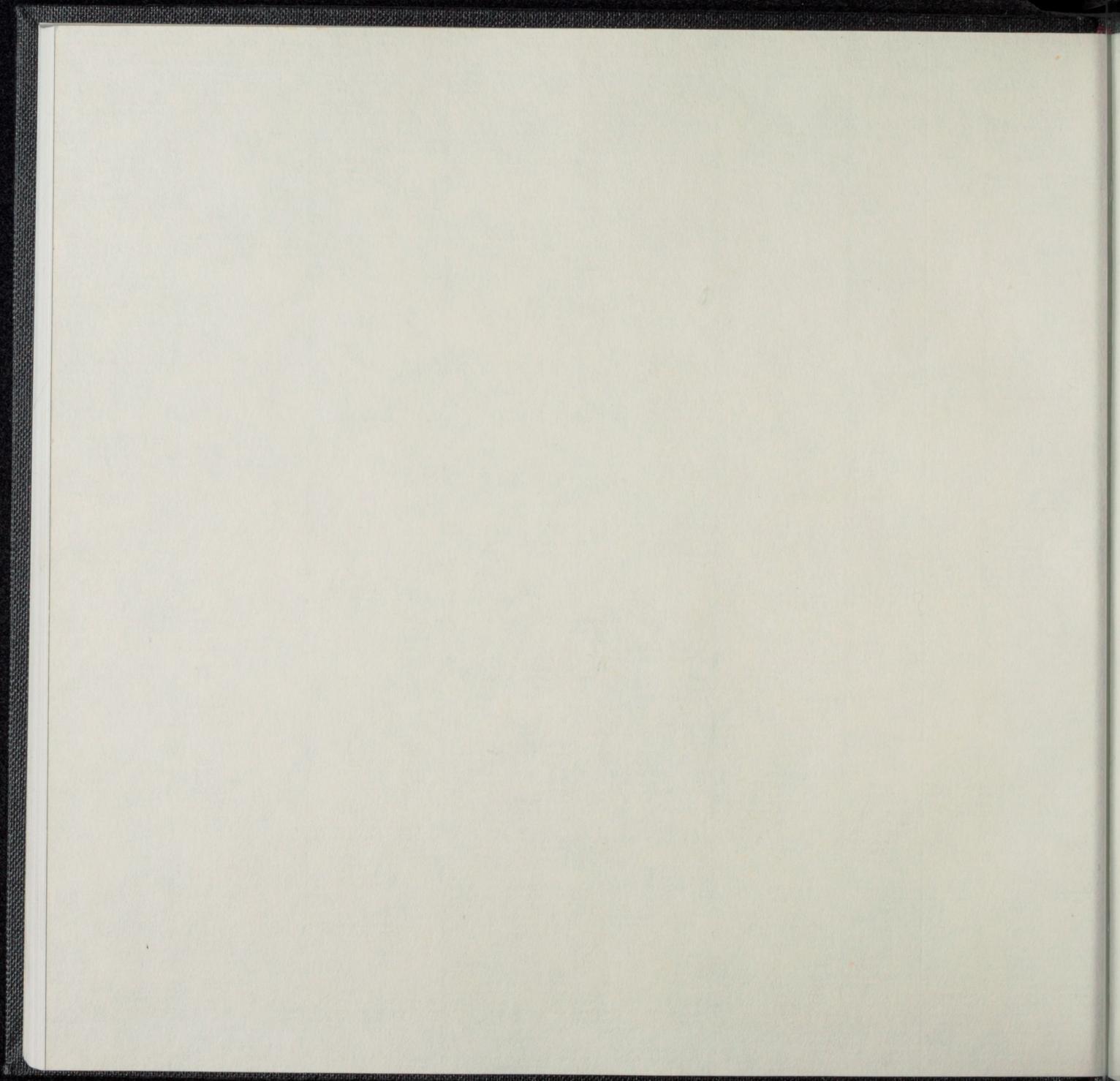
Heft 14 Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-
Pfeck-Universität Rostock, Rostock,
1980

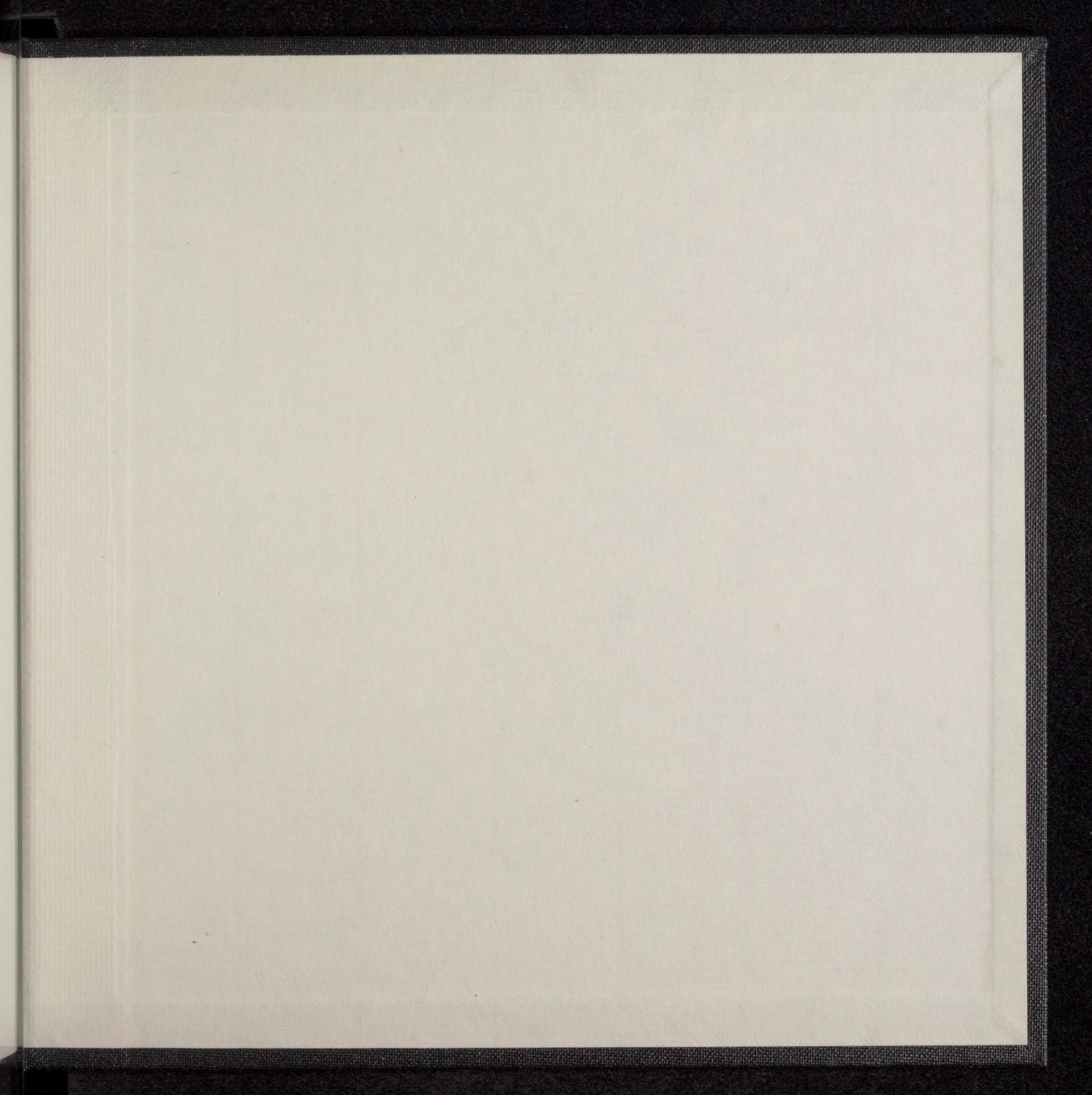
Heft 18 Die Geschichte der Kinderklinik
und der Kinderklinik an der Universi-
tät Rostock, Rostock 1983



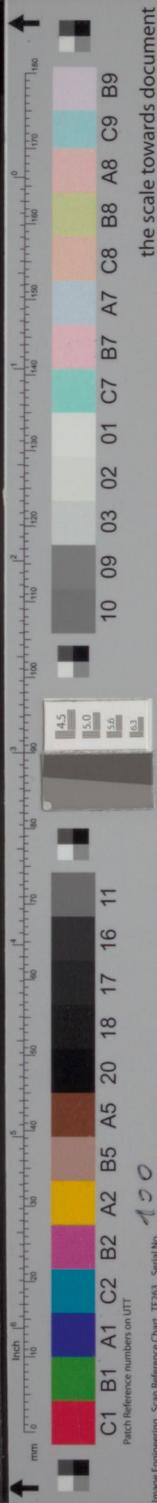








U3



the scale towards document

„nationales Schrebergartensystem“

Hallstein sprach zur 550-Jahr-Feier der Universität Rostock — Bekenntnis zur europäischen Einheit

Bekenntnis zur europäischen Einheit legte der ehemalige EWG-Direktor Dr. Walter Hallstein in der Festrede zur 550-Jahr-Feier der Universität ab. Gleichzeitig bekräftigte er im Kieler Schloß die Hoffnungen auf die Wiedervereinigung. An der Erinnerungsfeder, die unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Dr. Lemkes stand, nahmen ehemalige Mitglieder der mecklenburgischen Universität teil, die in der Bundesrepublik zum Jubiläum nach Rostock fahren können.

Als 28jähriger 1930 ein Mitglied der Rostocker Fakultät für Wirtschaftswissenschaften wurde, verknüpfte seine Tätigkeit mit einem Hinweis auf die europäische Kultur. In der Gründung der Universität gleich welcher Nationen orientiert.

Hallstein beklagte die Zersplitterung Europas. Einmal sei es, daß sich zwei Heeresfronten gegenüberstanden, ja feindlich gegenüber, daß man durch Verdrängung im 20. Jahrhundert glaubte, die Nationen schaffen zu können, wenn Westeuropa in ein System von Nationalstaaten überführt werden sollte.

Westeuropa besitze die Kraft, die nicht bei politischen Verdrängungen am Tisch der Supermächte zu können. Diese Mitte Europas in Welt, die von Amerika und der Sowjetunion jedoch nicht erreicht werden könnte, die Ost-West-Brücke zu überwinden. Nur so Frieden zu gewährleisten, „unerhörten materiellen Reichtum unseres Zeitalters“ auszubauen.

Der große Hintergrund bei Hallstein das Heimatproblem der Flüchtlinge. Er sprach als gebürtiger Süddeutscher Wahlheimat Mecklenburg den geschichtlich gegenständlichen kulturellen Stellenwert die

des Gebietes. So sehr aber das Heimatgefühl den Selbstbehauptungswillen stärkte, so sehr binde es auch aggressive, nationalistische Tendenzen. Das zeige sich deutlich an den Vertriebenenorganisationen. Heimat lasse sich nicht mit Gewalt schaffen; aus diesem

SED vertieft den Graben

Kultusminister Hannemann hatte zuvor in seiner Begrüßungsansprache bedauert, daß es durch die Spaltung Deutschlands unmöglich sei, an den im Herbst stattfindenden Feiern in Rostock teilzunehmen. Der Minister warf der SED vor, sie vertiefe mit ihrer Politik den Graben zwischen den beiden Teilen Deutschlands und fördere die Entfremdung.

Die Staatsgrenze sei ein Anachronismus in einer Zeit, in der die Völker Europas erkennen, daß der Wille zur Freundschaft und die Überwindung der Schwierigkeiten notwendig seien, um in Frieden leben zu können. Der Minister betonte, daß die Feier keine politische Demonstration sei, sondern eine Stunde der Besinnung. Trotz allem müsse man auch die Aufbauleistung im anderen Teil Deutschlands anerkennen, die es der Rostocker Universität ermöglichte, der technischen Revolution gerecht zu werden.

Prof. Dr. Mayer überbrachte die Grüße der Kieler Universität und sprach die Hoffnung aus, daß der Rektor seine Glückwünsche persönlich in Rostock aussprechen könne. Prof. Mayer erinnerte an das Studentenleben früherer Zeiten sowie an die Jahre des Wie-

deredung. Gründe dürfe es auch keine „Rückverdrängung“ geben.

Andererseits unterstrich Hallstein: „Mecklenburg ist deutsch und darf für uns nie Ausland werden. Wir müssen darauf vertrauen, daß sich der Heimatgedanke stärker erweisen wird als die künstliche Konstruktion eines ideologisch begründeten Herrschaftsgebildes.“

Diese Hoffnung bekräftigte Hallstein mit dem Hinweis, daß die deutsche Nation bereits zweimal die Zerstörung ihrer Einheit überwunden habe: nach dem dreißigjährigen Krieg und ebenso nach der Eroberung durch Napoleons Armeen.

deraufbaus nach dem zweiten Weltkrieg und empfahl, es an der Tugend ausharrender Geduld nicht fehlen zu lassen. Auch Staatssekretär a. D. Dr. Dr. Wegener hob bei der Begrüßung der Gäste hervor, daß es sich bei dem Festakt um eine unpolitische Erinnerungs- und Wiedersehensfeier handle.